

asta

UNI
FFM

ZEITUNG 01/2013

KOSTENLOS ODER 1,5 ESEL!

- THEMENSCHWERPUNKT UMZUG**
- ZUR GESCHICHTE DER UNI IM NS**
- STUDENTISCHE RÄUME UND WAHLERGEBNISSE**

EDITORIAL

**Geneigte Leser_innen,
liebe Polemiker_innen,
verehrtes Publikum,**

das neue Semester hat begonnen und für viele von uns so einiges an Neuerungen mit sich gebracht. Der noch im letzten Semester sehr kontrovers diskutierte Umzug auf den IG Faben-Campus ist nun nahezu vollzogen und dürfte für alle Beteiligten, also auch für die Fachbereiche, die schon länger auf dem IG-Farben-Campus ansässig waren, eine beachtliche Umstellung bedeuten.

Wir haben dies zum Anlass genommen, die aktuelle Ausgabe der AStA-Zeitung dem Schwerpunktthema „Umzug“ zu widmen, um noch einmal - auch für die Neueren unter uns - einige der Problematiken aufzuzeigen, die mit dem Umzug und der Ausgestaltung des neuen Campus einhergehen und die symptomatisch für die derzeitige Entwicklung des Modells Universität und dieser Gesellschaft sind. Wichtige Themen hierbei sind die Vergangenheitspolitik der Uni-Leitung, der generelle Platzmangel sowie die Diskussion über studentisch-selbstverwaltete Räume und nicht zuletzt die Ausgrenzung kritischer Standpunkte im allgemeinen.

Die Texte in diesem Heft wurden natürlich bereits vor Semesterbeginn verfasst und können daher noch keinen Bezug auf die aktuellsten Ereignisse im Rahmen des Umzugs nehmen, es ist aber davon auszugehen, dass die vielfältigen Missstände und Konfliktlinien uns über das Sommersemester hinaus begleiten, für Kontroversen und womöglich auch die ein oder andere Protestkundgebung sorgen werden.

Aber auch die Ergebnisse der Anfang des Jahres stattgefundenen Wahlen, Geschichten aus der Unigeschichte oder einfach nur Gedanken zum Leben findet ihr in dieser Zeitung. Lieber als aber das Inhaltsverzeichnis zusammenzufassen, würden wir euch gerne zum Mitarbeiten motivieren; die AStA-Zeitung wird von uns organisiert, lebt aber von euren Beiträgen. Immer wieder erreichen uns Anfragen, ob Leute etwas schreiben dürfen, was Hinderungsgründe wären und was Vorgaben sind. Grundsätzlich gilt: nichts muss, aber vieles kann! Schreibt uns, wenn ihr Ideen oder Anregungen habt. Verweist uns auf spannende Artikel, Beiträge oder Themen, die ihr gerne lesen oder bearbeiten würdet. Und als kleine Anregung; für die nächste Ausgabe der AStA-Zeitung haben wir ans Thema

„Krise“ gedacht. Was also haben Euro- und Finanzkrise mit dem Studium zu tun? Was sind die kleinen persönlichen Krisenmomente im Leben, und wann wird aus einer kleinen eine große Krise. Wie schnell finden wir uns in den nächsten Wochen auf dem neuen Campus zurecht, in dem Treppenhäuser nicht in alle Stockwerke, geschweige denn zu Ausgängen führen, werden wir gestapelt essen und studieren und warum lassen sich Hausarbeiten - trotz der vielen Ideen im Kopf- nicht so zu Papier bringen, wie man es sich bei der Referatsvorbereitung vorgestellt hat?

Ihr lest von uns, und wir hoffentlich von euch!

IMPRESSUM

Mitgliederzeitung der verfassten Studierendenschaft der Universität Frankfurt a.M.
Hrsg.: AStA der Universität Frankfurt a.M.
V.i.S.d.P.: AStA-Vorstand (D. Malcharczyk, D. Katzenmaier)
Anschrift: Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt a.M.
Web: www.asta-frankfurt.de | info@asta.uni-frankfurt.de

Redaktion: Laura Elsebach, Tobias Lauterbach, Sarah Tolba
E-Mail: zeitung@asta.uni-frankfurt.de
Gestaltung: construct-communication.com
Druck: Bechtle Verlag&Druck
Auflage: 45000
Jahrgang: 2013

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Mitglieder des AStA oder der Redaktion wieder.

Die Rechte der Artikel liegen bei den Autoren.

Eigentumsvorbehalt: Keiner..Geben Sie diese Zeitung gerne jeder x-beliebigen Person weiter.

INHALT

POSTER ZUM RAUSNEHMEN IN DER MITTE!!!!

WAHLERGEBNISSE - S.4

SCHWERPUNKT UMZUG:

IMMER WIEDER DAS GLEICHE - S.5

ABENTEUER UMZUG - S.11

EIN FREIRAUM: WAS IST DAS?! - S.15

SELBSTVERWALTETE RÄUME AN DER UNI - S.17

WIR LIEGEN LACHEND IN DEN TRÜMMERN... - S.18

DAS NEUE STUDIERENDENHAUS - S.20

HILFE DIE ZECKEN KOMMEN! - S.21

STUDENTISCHES:

THIS IS STILL NOT A NICE PLACE... - S.23

VORTEILE DES NEUEN HESSENTICKETS - S.29

ÜBERSICHTSKARTE & CALL A BIKE - S.30

STUDENTISCHE PROJEKTE - S.31

AUSCHWITZ-MONOWITZ: EIN ZU BESTIMMENDES VERHÄLTNIS - S.34

KRITISCHE THEORIE: WAR DA WAS? - S.36

78 JAHRE RASSENHYGIENE AN DER UNI FRANKFURT - S.37

NIE WIEDER RECHTSEXTREMISMUS! - S.39

20 JAHRE KEIN ASYLRECHT IN DEUTSCHLAND - S.40

**VON DER FIKTIVEN BILDUNGSREPUBLIK UND
DER UNTERFINANZIERTEN REALITÄT - S. 43**

KULTUR:

ENKLAVEN DER UNMITTELBARKEIT - S.44

LEBEN & STUDIEREN AM FB ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN - S.46

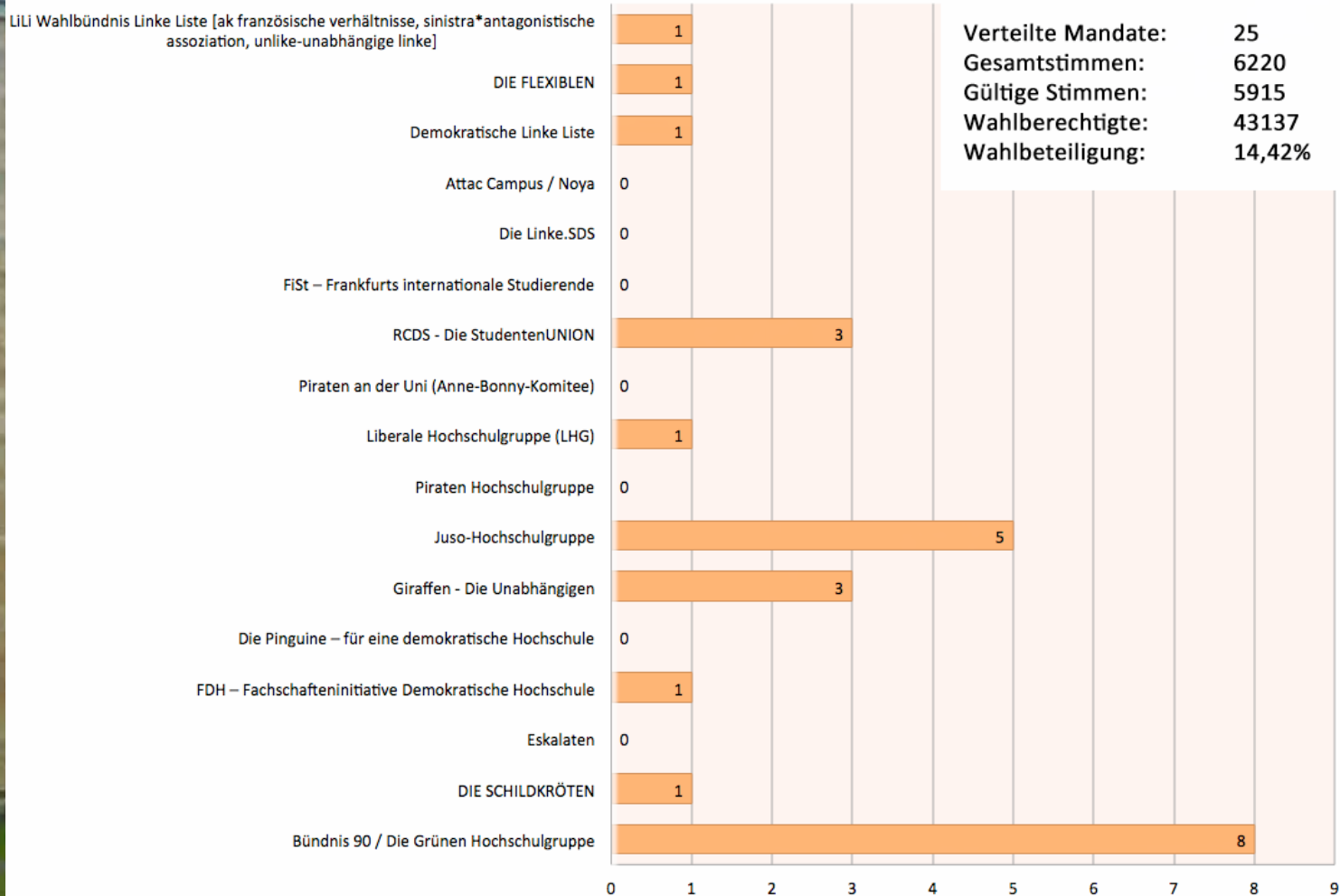
PROSA - S.47

ADRESSEN - S.48

ASTA ZEITUNG 01/2013 - S.3 INHALTSVERZEICHNIS

WAHLERGEBNISSE

Sitzverteilung Studierendenparlament 2013



Verteilte Mandate: 25
 Gesamtstimmen: 6220
 Gültige Stimmen: 5915
 Wahlberechtigte: 43137
 Wahlbeteiligung: 14,42%

genaue Auflistung einzelner FB und Listen:
<http://bit.ly/125cNm8>

Quelle: Studentischer Wahlausschuss

KFZ REFERAT

Das KFZ-Referat („Kraftfahrzeug-Referat“) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss(AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugs-transporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten.

Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen.

Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten. Besonders günstig sind Anmietungen im

Vier-Stunden- oder Nachtarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises bei Anmietungen Montags bis Freitags einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstr. 133;
 Mo-Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



IMMER WIEDER DAS GLEICHE: NOCH EINMAL ZUR GESCHICHTE DES SCHÖNSTEN CAMPUS DEUTSCHLANDS...

Mit dem Einzug der Turm-Fachbereiche in das PEG-Gebäude und umliegende Containerburgen auf dem neuen Campus ist der Umzug der Universität Frankfurt nahezu abgeschlossen. Inwiefern das zu infrastruktureller Überlastung und einer grundsätzlichen Änderung der Studienbedingungen an den entsprechenden Fachbereichen führen wird, wird sich in den nächsten Monaten zeigen und – so ist zu hoffen – auch Gegenstand hochschulpolitischer Auseinandersetzungen sein. Auch wenn die hochgradig blamablen Pannen des gesamten Umzugs und die auch architektonisch implementierte autoritäre Wende der gesamten Universitätsverwaltung zur Zeit die drängenderen Themen sind, sollen an dieser Stelle aus gegebenem Anlass noch einmal einige grundsätzliche Bemerkungen zum neuen Campus gemacht werden, die sich auf seine Geschichte beziehen.

Dabei wäre es falsch, Hochschulpolitik – verstanden als Auseinandersetzungen um den Charakter von Universität heute – und Geschichtspolitik – verstanden als Auseinandersetzungen um Formen historischen Erinnerns und Gedenkens – schlechthin voneinander zu trennen. Vielmehr als um die Frage, wie – was auch immer das sein soll – ein sinnvoller Umgang mit der Geschichte des Ortes gefunden werden könnte, geht es darum, diese als einen notwendigen Bezugspunkt von Reflexionen bewusst zu machen, die sich darauf beziehen, was intellektuelle Arbeit, Wissenschaft und Bildung heute sein könnten und was das für ihre institutionellen Bedingungen an der Universität bedeutet. Nicht ohne Grund ist ein zentrales Moment der studentischen Hochschulpolitik am neuen Campus auch der Bezug auf die Geschichte der IG Farben. Und nicht ohne Zufall lässt sich das ganze Elend offizieller Hochschulverwaltung und -vermarktung besonders drastisch erkennen, erinnert man an die Geschichte des Ortes und der Universität als Institution.

Es existiert die Idee, den Platz zwischen Hörsaalzentrum und dem Casino-Anbau symbolisch nach Norbert Wollheim zu benennen – einem Überlebenden des Konzentrationslagers Buna/

Monowitz, der in den 1950ern die ersten Entschädigungsklagen gegen die IG Farben angestrengt hatte.¹ Es hat mittlerweile eine mehr als zehnjährige Tradition, an die Geschichte des Campus zu erinnern, indem der Name Wollheims für solche Widmungen verwendet wird. Im Zuge des Bildungsstreiks und der Besetzung des Casino-Gebäudes im Winter 2009 wurde die Goethe-Universität von Studierenden symbolisch in »Norbert-Wollheim-Universität« umbenannt. Auch nach der gewaltsamen Räumung des Casinos konnten in den folgenden Wochen regelmäßig Workshops im Rahmen der ausgerufenen Norbert-Wollheim-Universität stattfinden. Seit 2008 existiert auch das Wollheim-Memorial, das nur deshalb entstehen konnte, weil seit dem Einzug der Universität in das IG Farben-Haus 2001 gefordert wurde, den Grüneburgplatz in Norbert-Wollheim-Platz umzubenennen. Mit dem Namen Wollheim verbinden sich in den letzten zehn Jahren also die Forderungen nach einem bewussten Umgang mit der Geschichte des Ortes sowie mit dem Memorial auch ihr einziger nennenswerter Erfolg. Ist dieses Einfordern – das Bewusstsein darüber, dass sich der historischen Reflexion zu stellen wäre – allzu gut begründet, so droht doch der Name Wollheim alleine auch zu einer Hohlformel zu werden. Das wird vielleicht an einer Anekdote deutlich: Während einer Namenslesung anlässlich des 27. Januars im Foyer des IG Farben-Hauses, einem Versuch also am Befreiungstag von Auschwitz an die hinter abstrakten Zahlen verschwindenden Namen der einzelnen Opfer von Buna/Monowitz zu erinnern, kamen auch zwei Studierende vorbei, die sich darüber unterhielten, dass es hier wohl um „irgendwas mit Norbert Wollheim“ ginge. An dieser Stelle wird deshalb noch einmal in sechs Schritten eine grobe Skizze 1. der Bedeutung der IG Farben, 2. ihrer Nachgeschichte, 3. des Umgangs der Universität mit all dem, 4. einer Kritik der universitären Selbstvermarktung an diesem Ort und 5. der Bedeutung für eine politische Kultur an der Hochschule entworfen. Abschließend wird versucht anzudeuten, welche Konsequenzen sich daraus für eine kritische Hochschulpolitik und ein Studium am IG Farben-Campus

ziehen lassen könnten. Worum geht es eigentlich jenseits einer Umbenennung?

1. IG Farben im Nationalsozialismus

Auf dem angeblich schönsten Campus Deutschlands, für den sich immer mehr der offizielle Name »Campus Westend« durchsetzt, stehen eben jene Gebäude, in denen bis 1945 die Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG, kurz IG Farben, ihren Hauptsitz hatte. Was war die IG Farben und warum wurde sie 1945 von den Alliierten aufgelöst?

Nach mehreren Fusionschritten bestand ab 1925 unter dem Namen IG Farben ein Zusammenschluss der größten deutschen Unternehmen der Chemie-Industrie wie BASF, Bayer, Hoechst, AGFA und Cassella. Damit bildete die IG Farben praktisch ein Monopol, das zentrale ökonomische Bedeutung in Deutschland hatte und auch international zu einem entscheidenden Akteur wurde.

Ende der Zwanziger ließ der Chemiekonzern den Architekten Hans Poelzig den Hauptverwaltungssitz in Frankfurt bauen. Poelzig schaffte es, dem erforderlichen Verwaltungsbau gewissermaßen die Ästhetik des Monopols zu verleihen. Genau das meinte Theodor Heuss, als er das Haus 1929 einen »Palast des Geldes« nannte. Diese Formulierung heute noch als Kürzel für die Nutzung des Hauses durch die IG Farben zu verwenden (siehe unten), stellt aber ein grobe Verharmlosung dar.²

Denn ab 1933 wurde die IG Farben zu einem der entscheidenden Rackets des Nationalsozialismus. Allerdings nicht weil hinter dem Faschismus das Kapital gestanden hätte: Bis 1933 war die IG Farben vielmehr Angriffsziel des antikapitalistischen Ressentiments der Nazis gewesen. Im Stürmer standen Karikaturen des »Isidor G. Farber« für das international vernetzte jüdische Finanzkapital ein.³ Die IG Farben waren also nicht – wie in John Heartfields bekannter Collage – die Millionen, die hinter Hitler standen. Von Interesse sind sie vielmehr als Beispiel für den rasanten und bereitwilligen Anpassungsprozess des deutschen Bürgertums an den Nationalsozialismus und seine Bedingungen. Es geht also nicht darum, dass der Nationalsozialismus wesentlich im Akkumulationsinteresse wurzeln

würde, sondern darum, wie schnell sich ein Konzern von internationaler Bedeutung, der personell fest in den wissenschaftlichen und ökonomischen Eliten des deutschen Bürgertums verankert war, in die barbarische Krisenlösung der Nazis integrieren konnte.

Erstes Scharnier hierfür waren die zu Beginn der 1930er als Fehlinvestitionen zum Scheitern verurteilten, weil nicht konkurrenzfähigen Produktionen von Leuna und Buna, zwei auf Kohlenstoff basierenden und damit importunabhängigen Alternativen für Gummi und Benzin. Erst Verträge mit den wirtschaftspolitisch an Importunabhängigkeit orientierten Nazis sicherten auf Jahre den Absatz, der im Zuge des Krieges massiv ansteigen sollte. Die IG Farben ließ langjährige jüdische Mitglieder von Aufsichtsrat und Vorstand fallen: 1936

Rohstoffe und Vorteile bei der Übernahme großer Teile der chemischen Industrie in den überfallenen und besetzten Ländern profitierte der Konzern unmittelbar von der Expansion des Reichs.

Aufgrund des steigenden Bedarfs am Kautschuk-Ersatz Buna fiel in Verhandlungen der IG Farben mit dem Reichswirtschaftsministerium 1941 der Entschluss, ein neues Werk zu bauen und zwar in Monowitz, einem Ort nahe dem KZ Auschwitz.⁴ 1942 wurde die IG Auschwitz gegründet und sollte einmal die größte chemische Industrieanlage Osteuropas werden. Auf der Baustelle wurden neben deutschen Fachkräften und Zwangsarbeitern aus ganz Europa zunehmend auch Häftlinge aus dem Konzentrationslager Auschwitz eingesetzt. Zu Beginn mussten diese täglich einen mehrere Kilometer langen Fußmarsch

der Vernichtung durch Zwangsarbeit war die IG Farben am deutschen Massenmord beteiligt: Die Firma DeGeSch, deren Anteilseigner die IG Farben war, verkaufte der SS das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B. Ab 1941, nach dem Beschluss der »Endlösung der Judenfrage«, wurde das Giftgas auf Wunsch auch ohne beigemischten Warnstoff geliefert und in den Gaskammern eingesetzt.

Darüber hinaus waren Mitarbeiter der IG Farben auch an Menschenversuchen in verschiedenen Konzentrationslagern beteiligt, vor allem in der Forschung nach einem Mittel gegen Fleckfieber: Hierfür wurden Häftlinge infiziert und mit dem Gegenmittel behandelt; wer beides überlebte wurde ermordet.

Anders als zahlreiche andere deutsche Unternehmen profitierte die IG Farben also nicht einfach von Arierisierung und Zwangsarbeit, sondern war aktiv an der nationalsozialistischen Politik und auf zahlreichen Ebenen am Massenmord beteiligt. Das Haus, in dem einige von uns studieren, ist auch das Haus, in dem Entscheidungen hierüber getroffen wurden.

2. Die Auflösung der IG Farben

Nach der deutschen Niederlage wurde die IG Farben entflochten, also in die Gründungsfirmen aufgelöst: Agfa, BASF, Bayer, Cassella, Hoechst und andere. Von den 23 bei den Nürnberger Prozessen angeklagten Vorstandsmitgliedern der IG Farben wurden 13 verurteilt. Nach auch vom Bundestag initiierten Amnestie-Gesuchen wurden sie allerdings schon 1951 aus der Haft entlassen, meist um kurz darauf in den neuen alten Firmen wieder im Vorstand zu sitzen.

Als Rechtsnachfolge traten aber nicht die alten Gründerfirmen auf, sondern wurde die IG Farbenindustrie AG in Liquidation (IG Farben i.L.) gegründet, die bis 2003 bestand. Die Ansprüche, mit denen die IG Farben i.L. umgehen sollte, waren keineswegs die der ehemaligen Zwangsarbeiter auf Entschädigung, sondern vielmehr die der Angestellten auf ihre Rente.

Der Verantwortung für die ehemaligen Zwangsarbeiter haben sich weder die Nachfolgeunternehmen noch die Rechtsnachfolge je wirklich gestellt. Eingeforderte Entschädigungszahlungen fanden nur auf öffentlichen Druck hin, für einen eingeschränkten Teil der ehemaligen Zwangsarbeiter und in geringer Höhe statt. Das gilt für die Zahlungen der IG Farben



war fast der komplette Vorstand Mitglied der NSDAP und bestand zum Großteil aus bekennenden Nationalsozialisten; alle jüdischen Vorstandsmitglieder waren entlassen worden, darunter auch der Nobelpreisträger Fritz Haber; 1938 war schließlich der gesamte Konzern bis hinunter zu den Angestellten und Arbeitern »judenrein«. Durch die 1935 gegründete »Vermittlungsstelle W« war die IG Farben gemeinsam mit der Wehrmacht ein Motor der Umstellung auf Kriegsproduktion und wurde schließlich auch in die Kriegsplanung und -führung einbezogen. Durch den Zugriff auf

zur Baustelle zurücklegen, der vielen die letzten Kräfte raubte. Aufgrund dieses »Verschleißes« entschied die Leitung der IG Auschwitz gemeinsam mit der SS noch 1942 die Gründung des Lagers Buna/Monowitz bzw. Auschwitz III – einem firmeneigenen Konzentrationslager. Mindestens 25-30.000 Häftlinge – Schätzungen liegen sehr viel höher – fielen hier der Vernichtung durch Arbeit zum Opfer, wurden auf der Baustelle ermordet oder bei einer der Selektionen in die Gaskammern von Birkenau geschickt. Doch nicht nur mit der Ausbeutung von und

i.L. nach der von Wollheim angestregten Klage wie auch für die Zahlungen der 2000 gegründeten Stiftung EVZ, an der sich die Nachfolgeunternehmen beteiligten. Nicht die Verantwortlichkeit, sondern wirtschaftliches und nationales Image und das Abwehren möglicher weitergehender Forderungen gaben jeweils den Ausschlag. Das präsentierte man als ein Zeichen guten Willens – ein Schuldeingeständnis war damit ausdrücklich nicht verbunden.

Einige dieser Nachfolgeunternehmen nahmen übrigens im Spätsommer 2009 an einer Tagung der Gesellschaft deutscher Chemiker teil, die im Casino auf dem IG Farben-Campus stattfand. Das Personal der Tagung trug T-Shirts auf die folgender Satz gedruckt war: „Chemiker haben für alles eine Lösung“. Dabei handelt es sich offensichtlich nicht nur um ein schlechtes Wortspiel, sondern um eine bemerkenswerte Fehlleistung und unerträglichen Hohn auf die Opfer.

3. Wohin mit welcher Geschichte?

Nach dem Abzug der US Army, die das Gebäude seit 1945 als europäisches Hauptquartier nutzte, fiel Mitte der 1990er die Entscheidung, die Goethe-Universität in das IG Farben-Gebäude ziehen und auf dem umliegenden Gelände den neuen Campus errichten zu lassen. Das geschah auf Initiative des ehemaligen Uni-Präsidenten Werner Meißner, der auch den Namen „Poelzig-Ensemble“ prägen sollte, den er ausdrücklich mit dem Wunsch einer „Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen“⁵ verband. Nach einer derart ungeschickten Aussage entbrannte natürlich Streit. Der folgende Präsident Steinberg überließ es dann dem Senat zu entscheiden, dass das Gebäude weiterhin mit seinem Namen – IG Hochhaus – auf die IG Farben verweisen sollte.

Der Einzug fand 2001 statt, die offizielle Eröffnungsfeier im Oktober und zwar, wie sich der damalige Uni-Präsident Steinberg so unnachahmlich ausdrückte, „im Bewusstsein seiner Geschichte, die in gewisser Weise durchaus eine historische Last darstellt.“⁶ So wurde mit der Eröffnung auch eine Gedenkplatte am Eingang des Gebäudes eingeweiht (rechts von der Treppe), die gegen den ausdrücklichen Wunsch von Überlebenden liegend und nicht stehend angebracht worden ist. Heute ist sie meist mit Fahrrädern zugaparkt, weil die Universität für diese

keine verkehrslogisch irgendwie sinnvoll lokalisierten Stellplätze zur Verfügung stellen will.

Der nächste Schritt folgte erst 2003. Mit dem hohen Anspruch, der Geschichte des Gebäudes Rechnung zu tragen, wurde auch die Dauerausstellung Von der Grüneburg zum Campus Westend in den langen, langen Gängen des IG Farben-Hauses eingerichtet. Diese beschränkt sich allerdings keineswegs auf die hier relevante Geschichte: So wird die 2007 erschienene Begleitbroschüre auf der Homepage der Uni unter der Überschrift „Was verbindet Goethe mit dem Campus Westend?“⁷ beworben – das trifft den Charakter der Ausstellung, die sich derart informiert zeigt, dass sie die für alle Auseinandersetzung maßgebende Geschichte der IG Farben in eine reichlich kursorische Allgemeingeschichte des Ortes versenkt. Hier findet sich dann allerhand Erstaunliches und Auschwitz gehört eben irgendwie auch dazu – aber dann doch bitte auch Goethes Apfelbäume, Heinrich Hoffmanns »Irrenschloss« und schließlich der Auftrag zur hessischen Verfassungsbildung. Man befindet sich eben an einem Ort und in einem Gebäude, „das die dunklen und die hellen Seiten der Geschichte gerade von uns Deutschen zugleich in sich vereinigt“⁸ (Roland Koch). Die von hier aus mitverwaltete Beteiligung an der Shoah wird also gerade nicht als Einschneidendes begriffen, das nicht einfach auf die Kette einer chronologischen Geschichtsschreibung aufzureihen ist, sondern im Gebäude sollen „die Brüche der deutschen Geschichte“ (Steinberg) zusammenlaufen – derart allgemein als Umbrüche also, dass das Spezifische des Zivilisationsbruchs Auschwitz verlorengeht. Während man sich derart offensiv dem Imperativ der historischen Auseinandersetzung stellt, entblödet man sich dabei nicht, Anekdoten wie die Folgende auszupacken: „hier befand sich vor rund 200 Jahren Goethes Garten. Ein perfekter Ort für die Universität, um im Geiste ihres Namenspatrons zu forschen.“⁹ Wie alles was die Universität an Angeboten zur »Aufarbeitung« zu bieten hat, so gilt auch bei der Gedenkplatte vorm Gebäude und der Dauerausstellung in den Gängen, dass die Spuren des öffentlichen Drucks, der stets nötig war um der Universität solche Zugeständnisse abzurufen, weitestgehend getilgt sind und die Universität es vielmehr vermag, sämtliche Kritik zu vereinnahmen. Deutlich wird

das an der Entstehungsgeschichte des Norbert-Wollheim-Memorials, das seit 2008 auf dem Campus besteht. Hätte es nicht die Forderung nach einer Änderung der Universitätsanschrift von Grüneburg in Norbert-Wollheim-Platz gegeben, dann wäre es zu dem Memorial wohl nie gekommen. Die Uni-Leitung reagierte auf die von Überlebenden vorgebrachte und international von Professor_innen und Studierenden unterstützte Forderung nach Umbenennung erstmal mit Kompetenzstreitigkeiten und wälzte jede Verantwortung auf die Seite der Behörden ab. Erst nach jahrelangem Streit kam schließlich die Idee für ein Memorial auf – dass die Universität von sich aus keineswegs einen so naheliegenden Schritt zur Erinnerung an die Opfer der IG Farben angestrebt hatte, verschwindet dabei hinterm Lob „bürgerschaftlichen Engagements“¹⁰ (Steinberg). Der „selbstverständlichen Aufgabe offen und kritisch mit der Geschichte der IG Farben umzugehen“ (ebd.) widmete sich die Universität aber eben erst nach öffentlichem Druck und nach langer Verhandlung. In der zuständigen Kommission wurde dann ein Entwurf beschlossen, der das IG Farben-Haus selbst völlig unangetastet ließ: Im Pfortnergebäude am Rande des Campus war noch Platz. Statt der Möglichkeit, auch in Konfrontation mit den Auflagen des Denkmalschutzes ein Memorial mit dem IG Farben-Haus selbst in eindeutige Beziehung zu setzen, wurde eine Lösung durchgesetzt, die im Rahmen einer „beeindruckenden künstlerischen Konzeption“ (ebd.) die beeindruckende Wirkung des Gebäudes unangekratzt ließ, sich dieser vielmehr unterordnet und einfügt. Um hier nicht missverstanden zu werden: Es wäre keineswegs zu wünschen, dem monumentalen Gebäude ein monumentales Mahnmal entgegenzusetzen. Es ist eine entscheidende Qualität des Wollheim-Memorials Abstand zu Formen der Erinnerung zu halten, die auf Überwältigung setzen. Konsequenterweise wäre es aber die Monumentalität des IG Farben-Gebäudes gewesen, mit der man hätte brechen müssen.

Die inhaltliche Gestaltung verdankt sich der Zusammenarbeit des Fritz-Bauer-Instituts mit Studierenden, Mitarbeiter_innen der Universität und vor allem auch den Überlebenden, die bereit waren über Buna/Monowitz zu sprechen. So steht hier nun auch keineswegs die Arbeit des Memorials zur Kritik – wohl aber, wie

sich die Universität auf eine Arbeitsteilung verlässt, die solchen Institutionen das Erinnern an die nationalsozialistische Geschichte des Hauses überlässt, ohne sich als Institution selbst in irgendeiner Form damit zu konfrontieren.

4. Was für eine Uni an diesem Ort?

Mit welchem Selbstverständnis präsentiert sich aber Universität an diesem Ort? Für die Pointe des folgenden Arguments wird man etwas weiter ausholen müssen – es bezieht sich auf eine Entwicklung, die sich durch die Amtszeiten dreier Präsidenten zieht und mit Werner Meißner beginnt. Dessen Versuch mit dem kunstgeschichtlich angehauchten Begriff des „Poelzig-Ensembles“ eine „Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen“ zu unternehmen rief wie gesagt Ärger hervor. Und mittlerweile weiß man sogar bei der CAMPUSERVICE GmbH, dass Meißners diskursiver Fehltritt »provokativ« und ungeschickt war, und lässt den armen Mann fallen wie eine heiße Kartoffel – allerdings nur um dann in derselben Imagebroschüre eine Seite später erleichtert zu verbuchen, dass mit „dem Einzug der Universität (...) die mahnende Erinnerung an das Dritte Reich zu schwinden und sich das negative Image zu verändern“¹¹ scheint.

Kein Wunder, denn der Meißnersche Versuch, mit universitärer Identitätsstiftung an den ästhetischen Rang von Architektur »an sich«, als der Geschichte gegenüber gleichgültiger Kunst anzuknüpfen hat in den folgenden Jahren und bis heute zahlreiche Neuauflagen erfahren. 2001 ließ man als erstes die Geistes- und Kulturwissenschaften auf den neuen Campus und in das IG Farben-Gebäude einziehen. Mag einem diese Nutzung auf den ersten Blick vielleicht sinnvoll erscheinen, so macht der schale Pathos dieser Geste alles zunichte: Steinberg sprach sogar davon, dass aus dem „Palast des Geldes, später dem Palast der militärischen Macht, (...) der Palast des Geistes werden“¹² sollte. Nicht im Widerspruch zum Gebäude und seiner Geschichte, nicht mit dem

Anspruch kritischer Reflexion zog die Uni hier ein, sondern im dezidierten Einklang mit der gewürdigten „architektonischen Meisterschaft des von Hans Poelzig entworfenen Bauwerks“ (ebd.): Der Geist sollte sich die Repräsentativarchitektur, die zuvor den IG Farben gedient hatte,



unmittelbar zu eigen machen. So kehrt hier die Reinwaschung wieder: Wer wollte denn bei der proklamierten Verschmelzung von Poelzigs künstlerischer Leistung, dem repräsentativen Ausdruck des Gebäudes und dem universitären Geistesglanz noch an den verwalteten Massenmord, die „nationalsozialistischen Bezüge“ denken? Dieser gereinigten Identität sollen sich auch die neu gebauten und zu bauenden Areale des Campus einfügen. Sie beziehen sich nach Vorgabe der Bauherren explizit auf die Architektur Poelzigs. Am anschaulichsten wird das wohl an der fortgeführten achsialen Struktur von IG Farben-Haus und Casino wie auch der Anlehnung der Fassadengestaltung an das von Poelzig verbaute Travertin. Auch der für den Plan des Ausbaus verantwortliche Architekt Ferdinand Heide griff die Formulierung Steinbergs vom »Palast« auf und visionierte hier einen „Ort des Geistes“¹³. In der Beilage zur Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13. Februar 2011 verstieg man sich sogar zur Überschrift vom „heiteren Ort des Geistes“¹⁴. Solcher Bezug auf Architektur als zeitloser Kunst und ihr ungebrochenes Weiterführen wird am besten schlicht als geschichtslos

benannt. Offenkundig wird das an einer Äußerung Steinbergs, in der er die klinische Reinlichkeit des neuen Campus nicht mit dem Heer an Putz- und Gartenpersonal, sondern mit der „zivilisierenden Kraft der Ästhetik“¹⁵ erklärte – dass von hier aus der Zivilisationsbruch der Shoah mitverwaltet wurde, scheint da vernachlässigbar zu sein. Der aktuelle Präsident Müller-Esterl hat sich bisher mit Äußerungen zur Geschichte der IG Farben auffallend zurückgehalten. Er versucht hingegen zwanghaft, sich ein Profil als Kunstfreund zu schaffen, führt aber gerade damit die von Meißner und Steinberg vorbereitete Linie der Geistesbeflissenheit fort. Gleichzeitig fallen bei ihm aber derartige Kunst- und Vergangenheitspolitik unmittelbar zusammen. Ein Beispiel hierfür liefert die im Sommer 2009 aufgestellte Skulpturengruppe T.O.L.E.R.A.N.C.E. von Guy Ferrer. Damit wurde eine Tradition eröffnet, denn seit 2009 dient der IG Farben-

Campus regelmäßig als Ausstellungsfläche raumgreifender Skulpturen. Dabei ist es wohl kein Zufall, dass im Falle der Arbeit Ferrers ihr naiver Appell an Toleranz einerseits ausdrücklich in Beziehung zur Geschichte der IG Farben gesetzt wurde, gleichzeitig aber auch als Kunstwerk vor dem eben als kunstvoll verstandenen Gebäude positioniert wurde: „Ein Wort das wir sagen wollen ist Toleranz, aber ein Wort ist auch Kunst.“¹⁶ (Müller-Esterl) Oder wie es ähnlich pointiert der Künstler selbst ausdrückte: „Today we are just converting, you know, the unhappy in happy. Etc, etc.“ (Guy Ferrer, ebd.) Heitere Kunst gegen traurige Barbarei eintauschen – ein Geniestreich vergangenheitspolitischer Imagepflege.

5. Die Verwaltung des Geistes gegen die Bockenheimer Horden

Über ein Jahrzehnt schon drückt sich die Ästhetisierung des IG Farben-Campus als Strategie einer Umwidmung von »schlimmer Vergangenheit« in herrlichen Geist aus. Die Tatsache, dass unter 300 Befragten die Goethe-Uni auch mit dem diffus kulturell-wertvollen »Umzug in ‚alte‘ Gebäude« assoziiert wird, sorgt mit dafür, dass sie sich „im Konzert sehr guter

deutscher Universitäten (...) ein achtbar gutes Image bescheinigen¹⁷ kann. Die Musealisierung der Hochschule sorgt dabei zugleich auch dafür, dass jede studentische Aneignung des Campus ausbleibt. Nach über zehn Jahren finden sich wenn überhaupt, dann nur zarte Keime einer studentischen Öffentlichkeit – dem, was einmal als Herzstück demokratischer Universität verstanden wurde.

Neuerdings scheinen sich allerdings die vergangenheits- und ordnungspolitischen Dimensionen des Ästhetisierungsdiskurses zunehmend zu verschränken. In der Debatte um die Casinobesetzung 2009 wandte sich die Verknüpfung von künstlerischer Weihe und historischer Hygiene unmittelbar gegen Studierende, als nämlich der Präsident in einem Leserbrief wegen der an Rahmen von Georg Heck-Werken und eben auch am Poelzig-Gebäude entstandenen Schäden den etwas peinlichen Versuch unternahm, eine Parallele von Bildungsprotesten und nationalsozialistischen Kampagnen gegen »entartete« Kunst nahezulegen: Denn wo „Kunstwerke geschändet werden, ist die Freiheit in Gefahr“¹⁸, so Müller-Esterl in einem Pathos von der Stange.

Und weiter: „Welches Maß an Geschichtsvergessenheit müssen die Randalierer haben, wenn sie in ihrer Zerstörungswut nicht einmal Halt machen vor einem von den Nazis verfolgten Künstler?“¹⁹ Man mag zur Casino-Besetzung und den mit ihr einhergegangenen Sachbeschädigungen stehen wie man will – fraglich ist in jedem Fall, was für eine Art von Zivilisiertheit den »Randalierern« entgegensteht, wenn ein Universitätspräsident in derart projektiv aufgeladener Sprache („Schändung“, „Zerstörungswut“) eine gezielte Zerstörung von Kunstwerken herbeiredet, die niemals stattgefunden hat, während er selbst doch in diesem Zusammenhang einen Polizei-Einsatz zu verantworten hat, bei dem ohne Notwendigkeit absichtsvoll Körper verletzt und Wehrlose gedemütigt wurden?²⁰

Solche Plattitüden wären der Rede nicht weiter wert, käme es mittlerweile nicht häufiger zu den sich überschlagenden Vergleichen von wie auch immer motivierten Sachbeschädigungen innerhalb der Universität mit Aktionen der Nazis – so kürzlich im Rahmen des Umzugs-Jour fixe

der Fachbereiche 03 und 04. Laut einem offenen Brief verschiedener studentischer Organisationen²¹ soll Dekanin Professorin Friebertshäuser dort nächtliche Sachbeschädigungen im AfE-Turm mit den antisemitischen Novemberpogromen assoziiert haben. Während Friebertshäuser diese groteske Verbindung als spontanen Ausdruck wohl beim selben Treffen noch und dann auch öffentlich wieder zurückgezogen hat, übernahm es der Dekan Professor Neckel nachzulegen und in einem kühnen argumentativen Sprung einen Zusammenhang zur Kritik am Universitäts-Umzug durch die Vertretung der Studierendenschaft herzustellen: Die Kritiker, die er damit implizit für die von ihm fantasierte – nämlich allein durch ein flapsiges Graffiti bewiesene – Bedrohung durch „marodierende Männerhorden“ in Haftung nahm, sollten doch einmal Adornos und Horkheimers Elemente des Antisemitismus und zudem die Studien zum autoritären Charakter lesen. Neckel legt es also darauf an, eine logisch wie sachlich nicht haltbare und bewusst schwammige Assoziationskette von demokratischer Hochschulpolitik, Sachbeschädigungen in öffentlichen Gebäuden und Nationalsozialismus in

von Barbaren zu erinnern, dem irgendeine Form gesitteten Benehmens und lauterer Kultur entgegenzuhalten wäre. Dass der Nationalsozialismus aber gerade das nicht war, sondern sich inmitten von Kultur und Zivilisation ereignete, die zivilisierte Barbarei und nicht Barbarei unmittelbar war, scheint man genau an der Universität vergessen zu haben, die den Autoren der Dialektik der Aufklärung einen Gutteil ihres Renommées und im Hochschul-Ranking jeden Punkt bei der Zitations-Anzahl verdankt.

Die Äußerungen der Professoren Meißner, Steinberg, Müller-Esterl und Neckel liefern das Panorama eines Denkens, für das der Nationalsozialismus nicht in einem Kontinuum mit der Geschichte von Zivilisation, Kultur und Aufklärung zu begreifen und zu reflektieren ist, sondern in dem Nazis mit projektiv aufgeblasenen zerstörungswütigen Barbaren in eine Kategorie fallen – dem was nicht an unsere schöne Uni passt. Wo sich diese Rhetorik auch noch gegen die politische Initiative von Studierenden wendet, zeigt sich, dass nicht die Studierenden geschichtsvergessen sind, sondern das Personal der Universitätsleitung.

Wie sehr aber das Bewusstsein über den Nationalsozialismus in den leitenden Rängen der Universitätsverwaltung dem Dünkel entspricht, sich als kultiviertes Subjekt über Hooligans erhaben zu wissen, wird an dem aufschlussreichen Statement des Städel-Vize-Direktor und Professor Jochen Sander deutlich, der Müller-Esterl in der Debatte um die Casino-Besetzung als Kunstexperte sekundierte. Er sprach von der Universität an diesem Ort

als einer „Teufelsaustreibung“²³ – er meinte damit die kunst- und bildungsbeflissene Institution, die im Gegensatz zu den »Randalierern« das Gebäude in seinen Augen offenbar einer Art Exorzismus unterzieht und die bösen Nazi-Geister austreibt. Damit sind wir dort wieder angekommen, wo wir die ganze Zeit schon waren: bei der „Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen“.

6. Goethes Gespenster



Gang zu setzen und in Gang zu halten. Darauf beharrte er auch noch auf Nachfrage der Frankfurter Rundschau.²² Lohnt es sich überhaupt noch, dem argumentativ etwas zu entgegenen?

Solche rhetorischen Manöver zeugen nicht nur von den intellektuellen Kurzschlussreaktionen gestandener Akademiker_innen, sondern auch von deren miserablen Bewusstsein davon, was der Nationalsozialismus war: Man scheint ihn allen ernstes als den Einfall

Aber was ist nun falsch daran? Warum soll man nicht diesen Ort Kunst und Geist, Bildung und Schönheit widmen? Warum nicht selbstbewusst Kultur gegen die nationalsozialistische Barbarei in Anschlag bringen? Die nationalsozialistischen Verbrechen waren barbarisch – und dennoch, darauf ist zu beharren, fanden sie inmitten von Kultur statt. Daran änderten eben nichts die deutschen Universitäten, die sich auch in Frankfurt mit sämtlichen Disziplinen am deutschen Faschismus beteiligten. Hiervon zeugt nichts am neuen Campus. Warum wurde beispielsweise nicht schon längst eine Ausstellung, wie sie in Bockenheim in der Neuen Mensa hängt, in den 1980ern von Studierenden erarbeitet und dort angebracht, auf den neuen Campus mitgenommen? Die aufklärerische Mission einer Universität, die als Festung des Geistes einen Gegenpol zur Geschichte der IG Farben bilden soll, dabei aber ihre eigene Geschichte vergisst, ist keinen Pfifferling wert.

Bildung im Bewusstsein von Geschichte würde eben nicht die Frage „Was hat Goethe mit dem Campus Westend zu tun?“ stellen, sondern – überspitzt formuliert – auch: Was hat Goethe mit Auschwitz zu tun? Goethe selbst sicher nichts, aber eine Kultur, die ihn ehrte, war unfähig, die Verbrechen in den Konzentrationslagern zu verhindern und daran beteiligt.

Die Universität Frankfurt ist übrigens erst seit 1932, seinem 100. Todestag, nach Johann Wolfgang Goethe benannt. Ganz bestimmt nicht, weil Faschisten ihr diesen Namen gaben: Die Tatsache aber, dass schon ein Jahr später Frankfurter Studierende unter Beifall ihrer Professoren auf dem Römerberg Bücher verbrannten und alle Rückbesinnung auf die Tradition nichts dagegen ausrichten konnte, ja nicht einmal im Widerspruch dazu stehen musste – das nötigt mehr als alle seine Apfelbäume zu der Frage, was es heißt an diesem Ort noch im Sinn Goethes zu studieren. Das historische Grauen, das mit dem Ort des neuen Campus verbunden ist, wäre auf das wissenschaftliche Denken selbst zu beziehen und nicht der Geist souverän als erhaben zu behaupten. Was heißt es, hier im Sinne des Namenspatrons zu forschen, in der Tradition der Aufklärung noch denken zu können?

Auf das eigene Scheitern müsste Bildung reflektieren, die es ernst meint mit dem Widerstand gegen Barbarei. Dagegen hilft es nicht, mit klangvollen Anrufungen von Kunst, Kultur und Geist jede Erinnerung

an das Grauen austreiben zu wollen, das doch zum notwendigen Bezugspunkt allen Denkens geworden ist. Einen Campus, der mit Auschwitz verbunden bleibt, beharrlich als den schönsten Europas zu beschwören ist Aberglaube, keine Aufklärung.

Was nun?

Historische Reflexion von der universitären Sachzwangverwaltung argumentativ einzufordern ist dabei sicherlich aussichtslos. Dabei werden nur die Phrasen und Hohlformeln herauskommen, die durch die Mangel der Abteilung für Marketing und Kommunikation gegangen sind. Aber Bedingungen zu erhalten und zu schaffen, die Einzelnen – das heißt eben den einzelnen Studierenden – eine solche Reflexion ermöglichen, das würde sich lohnen. Kritisches – und das heißt eben auch selbstkritisches – Denken braucht Zeit und Raum. Bleibt zu hoffen, dass sich diese Bedingungen weiterhin auch an diesem hässlichen Campus finden lassen. Oder sie sich von Neuem genommen werden.

Johannes Rhein, Initiative Studierender am IG Farben-Campus

initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.com

1 Man hört für diesen Platz gelegentlich die polemische Bezeichnung »Appellplatz«, die aber entschieden abzulehnen ist. Der Begriff wird vor allem im Zusammenhang mit der Folterpraxis der Zählappelle in Konzentrationslagern verwendet – es ist deshalb völlig absurd und fahrlässig, ihn auf den IG Farben-Campus zu beziehen.

2 Es ist aber mit Sicherheit auch falsch, Poelzigs Architektur als »proto-faschistisch« zu bezeichnen. Es gibt genügend Gründe, seine Architektur zu kritisieren. Der Faschismus-Vorwurf zählt nicht dazu.

3 Vgl.: Borkin, Joseph: Die Unheimliche Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich.. Frankfurt/New York 1990, S. 56.

4 Siehe dazu den Artikel von Nikolas Lelle in dieser Zeitung.

5 CAMPUSERVICE GmbH: CampusHistory, o.J., S. 7.

6 Präsidium der Universität Frankfurt: Dieser Ort ist Geschichte. Einweihung des Campus Westend, 2004, S. 35.

7 URL: „http://www.muk.uni-frankfurt.de/38672477/112?“.

8 Präsidium der Universität Frankfurt: Dieser Ort ist Geschichte, S. 40.

9 Präsidium der Universität Frankfurt: Studienführer, August 2010, S. 5.

10 Rede von Prof. Rudolf Steinberg anlässlich der Eröffnung des Norbert Wollheim Memorial Memorial, URL: http://www2.uni-frankfurt.de/38673088/212-Wollheim_Erffnung.pdf

11 CAMPUSERVICE GmbH: CampusHistory, S. 8.

12 Präsidium der Universität Frankfurt: Dieser Ort ist Geschichte, S. 33.

13 URL: „http://ebn24.com/index.php?id=27793“.

14 Goethe-Universität Frankfurt. Vorsprung durch Autonomie. Verlagsbeilage in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (13. Februar 2011), S. B6.

15 IHK-WirtschaftsForum 03/2008, S. 29.

16 In einem Video des Youtube-Channel der Goethe-Universität, URL: „http://www.youtube.com/user/GoetheUniversitaet#p/a/u/1/2G6oFfygCk0“.

17 UniReport 2/2012, S. 2. Freilich ist die Rede vom Umzug in alte Gebäude Schwachsinn – zum Einen besteht der Großteil des neuen Campus aus Neubauten, zum andern ist das Jügel-Haus in Bockenheim gute 15 Jahre älter als das IG Farben-Haus.

18 Die Zeit (30.12.2009).

19 URL: „http://www.muk.uni-frankfurt.de/38673362/265“; Georg Hecks Werke galten den Nazis als »entartet«; Hans Poelzig verstarb kurz vor der geplanten Emigration.

20 Siehe dazu: Video zur Räumung des Casinos, URL: „http://vimeo.com/8032263#at=0“.21 URL: „http://asta-frankfurt.de/aktuelles/offener-brief-praesidium-dekanate-fachbereiche-03-04“.

22 Vgl.: Hanning Voigts: Nazi-Vergleiche empören Studierende, Frankfurter Rundschau (21.2.2013).

23 Das Youtube-Video der Goethe-Universität zur Casino-Besetzung, in dem Jochen Sander diese Formulierung brachte, scheint mittlerweile nicht mehr online zu sein.

ABENTEUER UMZUG

Informations-Chaos

Der Umzug des Campus Bockenheim zum IG-Farben Campus wurde mittlerweile so oft angedroht, geplant und verschoben, dass wohl kaum eine_r mehr damit gerechnet hatte, dass er in absehbarer Zeit kommen könnte. Doch zum Sommersemester 2013 beginnt die Aufgabe des Bockenheimer Campus und damit auch die Schließung des AfE-Turms, der im SoSe übergeben und dann abgerissen werden wird. Die nun bereits Jahre andauernde Planung macht sich allerdings nicht in der Organisation des Umzugs bemerkbar. Vielmehr mutet sowohl die Umzugsdurchführung als auch die Planung der neuen Gebäude chaotisch an. Noch dazu verläuft der Wechsel völlig intransparent, woran auch der – mit hübschen und dynamischen Fotos, aber wenigen Informationen gespickte – Uni-Report Spezial zum Umzug nichts änderte. Insbesondere unter den Studierenden wurde bis kurz vor Umzugsbeginn kaum informiert, aber auch auf anderen Ebenen gibt es viele Informationsdefizite. So herrschte im Herbst große Verwirrung, weil auf der präsidialen und der Dekanatebene unterschiedliche Informationen über vermeintlich kommende Container verbreitet wurden. Auch die Fachschaften und andere hochschulpolitische Gruppen erhalten eher spärlich und tröpfchenweise Informationen. Erst im Rahmen der Vollversammlung aller Fachbereiche aus dem AfE-Turm im November 2012 wurden mehr Einsichten für die hochschulpolitischen Vertreter_innen geschaffen und auch dann blieben viele Fragen offen. In den Entscheidungsprozess eingebunden wurden die Studierenden zudem weiterhin kaum, vielmehr sollten sie hinnehmen was ihnen präsentiert und gegeben oder genommen wurde. Klar ist, der Umzug begann in der vorlesungsfreien Zeit. Es ziehen in einem ersten Schritt die Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Psychologie vom Bockenheimer Campus um, mit ihnen die Lehramtsstudierenden. Im Sommersemester 2013 werden hierfür der AfE-Turm, das FLAT und das Jügelhaus (ohne das angeschlossene Hörsaalgebäude) für den universitären Seminar-Betrieb aufgegeben. Zusätzlich werden von der Psychologie zwei Räume in einem Gebäude im Kettenhof wegfallen. Für diese Fachbereiche in Bockenheim erhalten bleibt das Hörsaalgebäude am

Jügelhaus und die Neue Mensa, beide auch von unterschiedlichen anderen Fachbereichen benutzt. Zudem ein Gebäude der Psychologie in der Varrentrapstraße mit vier Räumen.

Fehlplanung I: Seminarräume

Als Ersatz wird im kommenden Semester das neue PEG-Gebäude auf dem IG-Farben Campus bezogen. „PEG“ soll für die betreffenden Fachbereiche Psychologie (05), Erziehungswissenschaften (04) und Gesellschaftswissenschaften (03) stehen. Zusätzlich zu den drei genannten Fachbereichen kommt hier auch die Humangeographie (11), welche bisher mit der Geographie auch am Riedberg angesiedelt war, unter. Das neue Gebäude ist IG-Farben-typisch imposant und technisch sehr gut ausgestattet – vor allem aber viel zu klein. Grund für diese Fehlplanung I ist zum einen die damalige (und rückblickend bestechend treffsichere) Einschätzung, die Uni Frankfurt würde sich zu einer Eliteuniversität mit weniger Studierenden und kleinen Seminargrößen entwickeln. Zum anderen eine schief gelaufene Weiterleitung der Bedarfsplanung an das Architekt_innen-Team. Wie eng es im neuen Gebäude werden wird, ist schwer einzuschätzen, da die Universität eine Auflistung der wegfallenden Seminarräume und deren Größen im Vergleich zu den nun kommenden nicht herausgibt. Abzusehen ist aber schon jetzt: es wird ziemlich eng. Selbst für viele Studierende, die am bisherigen Bockenheimer Campus überfüllte Seminare und eine furchtbare Raumproblematik bereits gewohnt sind. Im neuen Gebäude fehlen vor allem große Räume, stattdessen gibt es mehr kleinere Seminarräume. Von größeren Seminarräumen mit 60 und 70 Plätzen (berechnet bei platzsparender Frontalausrichtung mit Tischreihen in den neuen Räumen wohl gemerkt²) gibt es nur fünf Stück. Jeweils zwei sollen für die Fachbereiche 03 und 04 sein, einer für die Psychologie. Zur Lösung dieses Raumproblems ist ein weiteres Gebäude mit Seminarräumen auf dem IG-Farben-Campus geplant. Dieses soll jedoch erst 2015 fertig gestellt werden. Sollte der Bau sich wie andere Bauplanungen der Universität hinziehen, ist wohl in nächster Zeit nicht damit zu rechnen. Darüber

hinaus soll auch der Rest des Campus Bockenheim mit seinen Räumlichkeiten Stück für Stück aufgegeben werden. Auch die Neue Mensa und das Hörsaalzentrum werden dann also als Veranstaltungsräume wegfallen und müssen ersetzt werden. Bis dies der Fall ist, wird es außerdem vermehrt notwendig sein, zwischen den Campus-Orten hin und her zu pendeln. Die Buslinien sind längst überfüllt und ein Ausbau der Verbindungen ist bisher nicht geplant. Eine angemessene Lösung des bereits vorhandenen und sich durch den Umzug verstärkenden Raumproblems in Form von Gebäuden wird es also in den nächsten Jahren erst mal nicht geben. Die Chance, die bereits vorherrschende Raumknappheit durch den Umzug zu entspannen, wurde vertan. Stattdessen rühmt sich die Uni „vielfältig“ zu reagieren: beispielsweise mit Seminaren von 8 bis 22 Uhr und Übertragungen von Vorlesungen per Livestream in andere Räume. Herzstück des Ersatzplans ist die Containerburg (wahlweise und nach Vorliebe des Universitätspräsidiums auch als „Raummodulhaus“, „Seminarpavillon“ oder mit anderen Wortschöpfungen bezeichnet), die „voraussichtlich“ zum Wintersemester 2013/14 kommen soll. Entgegen der gern benutzten Darstellung ist diese jedoch eigentlich nicht für den Mehrbedarf aufgrund des Umzugsengpasses gedacht. Stattdessen wurde sie beim Land beantragt um den zusätzlich steigenden Raumbedarf im Zuge der G8-Umstellung abzufedern. In einem zweiten Schritt dieser Umstellung werden im Wintersemester 2013/14 an die Fachbereiche 03 und 04 rund 400 neue Studierende an den Campus kommen – zusätzlich zu den üblichen Erstsemesterstudierenden.

Fehlplanung II: Kein Platz für studentisches Engagement

Die räumliche Fehlplanung ist nicht nur im Bezug auf Seminarräume spürbar. Auch der restliche Raumbedarf kann nicht ausreichend gedeckt werden. So müssen sich zum Teil zwei wissenschaftliche Mitarbeiter_innen ein Büro mit einer Raumgröße von unter 15qm teilen, wenn es sich um keine Vollzeitkräfte handelt. Das Arbeitsschutzrecht verlangt mindestens 8qm pro Person. Die betroffenen Mitarbeiter_innen sollen daher zusehen, dass sie nicht gleichzeitig

im Büro arbeiten. Ebenso übergangen wird der Bedarf nach studentischen Räumen. Auch wenn dieser von Beginn der Planung an klar kommuniziert und zum Teil auch eingebracht und bedacht wurde. Vielmehr macht es den Anschein als würde die willkommene Gelegenheit genutzt um den Unibetrieb von unerwünschten „Freiräumen“ zu befreien.

So erhält das TuCa, das studentisch verwaltete TurmCafé, keinen Platz im neuen Gebäude. Offiziell gehört der Raum des TuCas im Turm zur Fachschaft 04. Doch einen Raum für's TuCa zu bekommen erwies sich als unmöglich. Mit dem TuCa-Kollektiv erhebt eine inoffizielle studentische Gruppe Anspruch, welche noch dazu an keinem bestimmten Fachbereich angesiedelt ist. Dies macht es noch schwerer eine sich zuständig fühlende Stelle zu erwischen. Noch dazu ist das TuCa keine Serviceeinrichtung, die sich gut verkaufen ließe. Auf dem wöchentlich stattfindenden Jour fixe zum Umzug bzw. danach hieß es sogar von Seiten einiger Dekan_innen, es mache Mitarbeiter_innen unruhig, wenn Studierende nun trotz Raumknappheit ein Café bekämen (obwohl das TuCa von allen Statusgruppen genutzt wird und werden kann) und das bisherige TuCa sei durch seine Unangepasstheit negativ aufgefallen. So galt das TuCa als immer offen stehender studentischer „Freiraum“ wohl als Unruheherd, der nicht in das schicke neue und überwacht-kontrollierte Ambiente des PEGs passt.

Doch auch offizielle studentische Räume wurden nicht angemessen untergebracht. So fehlte in der Planung der Frauenraum des Frauenrats des Fachbereichs 03, den es bisher im Turm gab. Dies ist besonders fatal, da Frauenbeauftragte und -rätinnen anderer Fachbereiche überhaupt keinen Arbeitsplatz erhielten und daher gemeinsam einen Raum für die Arbeit aller Fachbereiche forderten. Auch die Fachschaften verschlechterten sich räumlich in den meisten Fällen deutlich. So wurde der Fachschaft Psychologie ursprünglich im neuen Gebäude ein kleines Büro und ein zusätzlicher Fachschaftsraum versprochen.

Erst im Dezember, also wenige Monate vor dem Umzug, klärte sie ihr Fachbereich auf, dass ihnen dieser Raum wieder abgenommen wurde. Stattdessen sollte die Fachschaft nur in dem 15qm-Büro

unterkommen und für den weiteren Bedarf Räume des Fachbereichs buchen, für Autonome Tutorien beispielsweise zu „Randzeiten“. Erst durch breiten Druck wurde ihr zumindest ein 24qm großes Büro zugesagt. Auch die Fachschaft 04 erhält ein Büro in der Größe vom 24qm. Bisher hatte sie im Turm ein Büro und den Raum des TuCas, also einen äußerst großen Raum, der ersatzlos gestrichen wurde. Der Fachschaft 03 wurde ein kleines 15qm Büro und ein 40qm-Raum in Form einer Teeküche zugesprochen. Im Dezember klärte sich jedoch auf, dass sie diesen nicht erhalten solle, da es sich hierbei um den „besten Raum des Fachbereichs“ handele. Stattdessen wurde ihr eine 30qm-Teeküche zugeteilt. Bis vor dem Umzug hatte die Fachschaft 03 ein Büro und einen deutlich über 40qm großen Raum im Turm. Lediglich die Fachschaft Humangeographie gewann durch den Umzug, da sie zusätzlich zu den bisherigen Räumen am Campus Riedberg eine offene Teeküche erhielt.

Nach monatelangem gemeinsamem Druck der studentischen Vertretungen für die fehlenden Räume wurde zumindest ein Raum in Form einer Teeküche im ersten Stock „gefunden“. Angedacht war als gemeinsame Mindestforderung zusätzlich noch ein Raum um somit das TuCa unterzubringen und den fehlenden Frauenraum zu schaffen, um den Vertreter_innen aller Statusgruppen eine funktionierende Arbeit zu ermöglichen. Diese einvernehmliche Lösung scheiterte

um eine zufriedenstellende Lösung mit Kompromissen auf allen Seiten möglich zu machen. Stattdessen forderten sie, dass sich alle Interessengruppen die gefundene Teeküche teilen – sodass vertrauliche Beratungsgespräche, Fachschaftsplena und Cafébetrieb parallel stattfinden müssten. Nachdem dies gemeinsam abgelehnt wurde, wurde vorgeschlagen den Fachschaftsraum der Fachschaft 03, und damit den einzigen großen, abschließbaren Fachschaftsraum im Gebäude, abzugeben um so den fehlenden Raum zu schaffen. Ein Plan, der sich nach längerer Druckausübung durchsetzte. Im Gegenzug sollte die Fachschaft Gesellschaftswissenschaften statt des 15qm-Büros ein 24qm-Büro erhalten. Doch auch dies wurde bisher nicht eingehalten. Als „Übergangslösung“, bis das größere Büro gefunden werden soll, sollte sie nun einen Arbeitsraum in der Bibliothek mit Vorbelegungsrecht buchen können. Nach dem aktuellen Stand der Verhandlung schrumpfte dieses zu einem Vorbelegungsrecht an zwei halben Tagen in der Woche zusammen. Statt dass die Universität in die Verantwortung genommen wurde, die durch ihre Planung verursachten Fehler auszubügeln, wurden die unterschiedlichen studentischen Interessen gegeneinander ausgespielt und aufgewogen.

Kein TuCa für mehr „Sicherheit“

Zudem stellte sich schnell heraus, dass Präsidium und Dekanate in der durch die

Aufgabe des Fachschaftsraums gewonnenen Teeküche kein TuCa dulden. So soll es hier ein von den Fachschaften betriebenes Fachschaftencafé geben – kein TuCa. Das Café darf somit nicht TuCa heißen, geforderte „Nutzungskonzepte“ des TuCa-Plenums wurden abgelehnt und die Fachschaften als verantwortliche Ansprechpartner_innen angesprochen, die Fachschaften sollen für die Nutzung des Raums gerade stehen. Schon früh wurde die Vorstellung geäußert, im geschaffenen „selbstverwalteten“ Raum

müssten gewisse Regeln herrschen wie für das restliche Gebäude (genannte wurde z.B. das Rauchverbot, Sprüche an den Wänden, Übernachtungen), sonst sei der Raum „ganz schnell wieder zu“, was eher für eine Duldung statt einer selbstbestimmten Aneignung spricht. Außerdem sollte der Raum auch dazu dienen die Studierendenschaft im Umgang



mit dem Gebäude „in Verantwortung zu nehmen“. Wie auch immer das bei einer solch großen und heterogenen Masse aussehen und funktionieren soll. Im Zuge der Streitgespräche um das TuCa wurde folgerichtig auch gefordert, die Fachschaft möge die Studierenden zu angepasstem Verhalten auffordern und dessen Einhaltung mit gewährleisten. Somit wurde das erste „Nutzungskonzept“ mit dem Verweis, es fehle ein Sicherheitskonzept, abgelehnt. Stattdessen wünsche man sich eine Verantwortungsnahme wie bei der Besetzung des Sigmund-Freuds-Instituts kurz zuvor – welche ja besonders anschaulich zeigte was ein solches Entgegenkommen nutzt³. So wird die Idee eines selbstverwalteten Raums durch das angeforderte Regelwerk, durch Einschränkungen und Kontrollen ad absurdum geführt.

Als Krönung der angespannten Auseinandersetzung zeigten sich zwei Jour fixe-Termine im Februar. Bei den wöchentlichen Treffen kommen Verantwortliche aller betroffenen Fachbereiche sowie des Präsidiums zusammen um praktische Fragen im Bezug auf den Umzug zu klären – seit der Turm-Vollversammlung der Fachbereiche 03 und 04 wurden auch studentische Vertreter_innen hierzu eingeladen. Anfang Februar hatten zeitgleich mit der Fachschaftsparty der Fachbereiche 03 und 04 und einer privaten Party im TuCa partyunabhängige, unbekannte Personen ein Stockwerk im AfE-Turm verwüstet. Fachschaften und das TuCa distanzieren sich daraufhin umgehend von dem Vorfall, der die ohnehin kaum möglichen Verhandlungen noch erschwerte. Dennoch nahm die Dekanin des Fachbereichs Erziehungswissenschaften das nächste Treffen zum Anlass um zu verkünden, dass sie eine Verantwortung bei den studentischen Gruppen sähe, da man doch wisse, dass Worte Taten folgten wie bereits bei der „Reichskristallnacht“ zu sehen gewesen sei. Die Dekanin entschuldigte sich später für diesen Vergleich. In der nächste Woche erklärte jedoch der Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften sowohl im Fachbereichsrat wie auf dem wöchentlichen Umzugstreffen diesen Vorfall sowie Graffitis im Turm (vor allem eines, das verkünde „Nehmt ihr uns das TuCa ab, machen wir das Westend platt“)

empfänden er und Mitarbeiter_innen als bedrohlich. Er fühle sich hierdurch an „marodierende Männerhorden“ einer „gewissen“ Zeit erinnert. Außerdem erklärte er, die Studierenden und anwesenden studentischen Vertreter_innen hätten Adorno nicht verstanden und sollten die Dialektik der Aufklärung besser



studieren – insbesondere das Kapitel über Antisemitismus. Die studentischen Vertreter_innen lehnten es strikt ab, in die Verantwortung für sämtliche vermutlich durch Studierende verursachte Vorfälle gezogen und zu Aufsichtspersonal, das mit der Verhinderung selbiger beauftragt ist, gemacht zu werden. Zudem forderten sie eine Rücknahme der unsäglichen und verharmlosenden Vergleiche – die umso geschmackloser sind im Angesicht der Tatsache, auf welchen geschichtsträchtigen Campus der Umzug erfolgt, ohne dass die seit Jahren eingeforderte intensive Auseinandersetzung der Universität mit der Geschichte des Gebäudes und ihrer eigenen Rolle im Nationalsozialismus zufriedenstellend stattfindet. Trotz der Aufforderung in einem öffentlichen Brief entschuldigte sich der Dekan allerdings nicht oder nahm die Vorwürfe zurück. Vielmehr verblieb er bei seinen Aussagen, zitierte zum nächsten Treffen aus genanntem Buch und stärkte seinen Punkt, indem er dazu aufforderte, die Vertreter_innen sollten eine Veranstaltung organisieren, bei der er den Studierenden in einer Diskussion beibringen könne was sie nicht verstanden hätten. Als antisemitisch oder mit dem Nationalsozialismus vergleichend will er seine Vergleiche jedoch nicht verstanden haben, erläuterte er zwei Wochen später und erklärte die Ablehnung der Studierenden ihm eine öffentliche

Bühne für seine Anschuldigungen zu liefern als reflexionslos und beschämend oder sich als Obrigkeit aufspielend. Völlig basisnah und fern eines solchen autoritären Aufspiels hatte der Dekan der Gesellschaftswissenschaften bei seiner ersten Entgleisung darüber hinaus noch angedroht, er könne die Studierenden aus dem PEG-Gebäude auch ganz ausschließen, sodass sie nur zur Bibliothek und den ersten Stockwerken Zugang hätten. Dadurch versperrte Veranstaltungsräume würden dann halt fehlen.

Diese Idee passt sich gut in das gesamte Abriegelungskonzept des PEG-Gebäudes ein. Zusätzlich zu den offiziellen Öffnungszeiten des Gebäudes können die einzelnen Fachbereiche ihre Bereiche individuell absperren. Die elektronischen Türen schließen dann zu festgelegten

Zeiten automatisch. Einlass für Studierende ist nach den Öffnungszeiten nur möglich, wenn sie den oder die Mitarbeiter_in, zu der sie möchten, anrufen und diese_r die Studierenden hinein lässt. Am Fachbereich 03 wurden (durch den Dekan und entgegen Stimmen von Studierenden) bereits Öffnungszeiten von 9 bis 18.30 beschlossen, trotz Veranstaltungen und Sprechstunden davor und danach. Die Verriegelung wurde damit begründet, diese sei zum Schutz von Gebäude und Mitarbeiter_innen notwendig – beispielsweise um zu verhindern, dass Obdachlose Feuer auf den Toiletten entzündeten. Neben solch absurd anmutenden Gründen wird das Absperren dadurch begründet, dass Teile des Gebäudes statt abgegrenzter Büros „offene Zonen“ haben. So sind Sekretariate ohne Tür in Nischen angesiedelt und HiWi-Arbeitsplätze wurden schnell noch in den Bürogängen hinzugefügt, eingerahmt von den gläsernen Wänden der anderen Büros. Viele der Türen im Gebäude sind nur elektronisch durch die Goethe-Card von bestimmten Personen zu öffnen. Die Türen speichern dabei die entsprechenden Daten und können unter Berücksichtigung von Daten- und Arbeitsschutzrecht ausgelesen werden, was in anderen Fachbereichen bereits geschehen ist. Das PEG-Gebäude reiht sich damit passend ein in einen Campus, der durch Zäune von der Außenwelt abgeriegelt ist, der durch Kameras überwacht und auf dem von Sicherheitspersonal zur Ordnung gerufen wird. Auch in seinem Bau entspricht es den

IG-Farben-Gebäuden, mit seinem pompös-repräsentativen Stil bei elementaren funktionalen Mängeln wie den fehlenden Räumen.

Fehlplanung III: Mensa?!

Die Folgen des Umzugs werden nicht nur für die umziehenden Fachbereiche spürbar werden. Höchstwahrscheinlich werden auch andere Fächer die Raumknappheit mittragen müssen. Auch bei der Versorgung mit Essen wird es für alle am IG-Farben-Campus enger werden. Nicht nur werden in Bockenheim, neben der bereits geschlossenen Cafeteria im Turm, die Cafeterien in der Neuen Mensa, Juridicum und im Hörsaalzentrum auf dem nun weniger genutzten Campus zurück gelassen. Entgegen ursprünglicher Pläne schließt zusätzlich auch die Mensa auf dem Bockenheimer Campus. Als einziger Ersatz hierfür wurde eine Cafeteria im neuen PEG-Gebäude eingerichtet. Symptomatisch für den IG-Farben-Campus erfüllt sie mit ihren nicht ausreichenden Plätzen ihre Funktionalität nicht zufriedenstellend – reicht jedoch den gewünschten Standards im Punkt Repräsentativität. So hat die Cafeteria im Vorfeld nicht nur einen bedeutungsschwangeren Namen erhalten, das „Dasein“, sondern auch einen eigenen Flyer bekommen, der stolz verkündet, es gäbe hier im stilvollen Ambiente nur hochwertiges Essen, eines, das selbstverständlich seinen Preis habe. Die weitere Versorgung müssen die eh schon überlasteten IG-Farben-Mensen abdecken, welche die Universität und das Studentenwerk „planen“ „baldmöglichst“ aufzustocken. Ein empfehlenswerter Plan bei den fast 10.000 Studierenden, welche bereits nun im Sommersemester 2013 an den Campus kommen sollen, zuzüglich Lehrender und weiterer Angestellter, und angesichts der gerade mal 180 Plätze des „Daseins“.

Schöner neuer Campus...

Neben diesen kurzfristigen, direkt spürbaren Folgen wird aber auch die voranschreitende Umstrukturierung der Universität bemerkbar werden. Mit den studentischen Freiräumen, die verschwinden, verschwinden auch die Möglichkeiten, die solche Orte eröffnen und die dringend nötig sind. So wird es selbstverständlich werden, dass Räume, über die Studierende verfügen und mit welchen sie neue Projekte schaffen können, keinen Teil des studentischen Alltags mehr darstellen. Stattdessen wird es Normalität

werden, dass Räume zweckgebunden durch Buchungen erbeten werden müssen – immer in Abhängigkeit von anderen Stufen der Hierarchie und deren Prioritätensetzungen. Wie wertgeschätzt das bisherige Engagement mit (hochschul) politischer und kultureller Arbeit, Beratungen, Selbststudium und vielen anderen Zwecken wird, hat sich wiederum ja bereits in der Weigerung gezeigt, die bisher vorhandenen Räume zu erhalten. Darüber hinaus wird das Leben auf dem Campus stark eingeschränkt werden. So wird er zum reinen Nutzungsobjekt, ohne selbstgestaltete Möglichkeiten sich zu treffen, zu verweilen, sich zurückzuziehen oder außerhalb von Credit Point-Systemen zu studieren. Die Orte, welche noch geduldet sind, sind dies mit der Drohung, dass es ihnen genau so ergehen könnte wie den Fachschaftsräumen, TuCa oder der Trinkhalle. Was nicht angepasst oder verwertbar genug erscheint, wird unmöglich gemacht. So gibt es statt selbstgestaltetem Leben und Arbeiten auf dem Campus nur da sein im „Dasein“.

Katharina Meyer

1 *Welche offiziell nicht als solche benannt werden soll, denn das klänge ja, als säßen unfähige Personen an der Gestaltung und Planung.*

2 *Da die Tische mit Steckdosen ausgestattet und damit verkabelt sind, ist nicht damit zu rechnen, dass diese Anordnung so einfach umzustellen ist. Gerade die Beteuerung, es bräuchte schon „keinen Elektriker“ um die Tischformation zu ändern, lässt stutzig werden.*

3 *Das momentan aufgrund von Bauarbeiten nicht genutzte Sigmund-Freud-Institut wurde am 16.02.2013 im Zuge der drohenden Ivi-Räumung besetzt. Die Besetzung wurde von der Leitung des SFIs unterstützt und im Gespräch mit den Besetzer_innen vorerst für eine Woche geduldet. Die Besetzer_innen versprachen im Gegenzug das Gebäude vor Schäden zu bewahren, zum Beispiel durch die Absperrung von Bereichen oder Aufsicht. Bereits am Montag, den 18.02.2013 wurde die Besetzung nach 2 Tagen gegen den Wunsch des SFIs allerdings geräumt.*



EIN FREIRAUM: WAS IST DAS?!

Die Forderung nach studentischen Freiräumen ist wieder populär geworden. Gerade im Kontext der verschiedenen Hochschulbesetzungen im Winter des Bildungstreiks 2009 ist diese fast vergessene Forderung neu aufgeflammt.¹ Was aber bedeutet eigentlich das Wort „Freiraum“? Ist dieser Raum gänzlich frei von äußeren Einflüssen? Und ist er auch frei für jede_n? Um diese und andere Fragen zu beantworten, sollte man einen Rückblick auf die Geschichte der neueren Studierendenbewegung werfen.

Die sogenannte „68er-Bewegung“ besetzte erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg Hochschulgebäude und eignete sich diese für ihre Ziele an. So wurde beispielsweise im Mai 1968 das Frankfurter Rektoratsgebäude besetzt und eine politische Universität ausgerufen. Im Rahmen dieser Besetzung wurden Seminare und Vorträge zu unterschiedlichen Themen angeboten, u.a. „Revolutionstheorie“, „Politisches Bewusstsein“, „Enteignet Springer“, aber auch „Psychische Gesundheit und Konformismus“ oder „Politische Apathie“.² Einen Tag später wurde die Besetzung von der Polizei geräumt.

In Frankfurt und anderswo ging es den Besetzer_innen nicht nur darum, einen Freiraum für ihre politische Praxis zu schaffen, sondern wichtige Bestandteile des Protests der „Nachkriegsgeneration“ waren zum einen die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und zum anderen mit dem konservativen reaktionären Mief in den Universitäten und in der Gesellschaft insgesamt, der für die Studierenden eng mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ihrer Elterngeneration zusammenhing. Am Tag der Besetzung wurde dementsprechend die Goethe-Universität symbolträchtig in Karl-Marx-Universität umbenannt, außerdem wurde über dem Eingang des Hauptgebäudes ein Transparent aufgehängt mit dem Slogan: „Dieser Eingang ist offen für NS-Befürworter und Fachidioten“.³ Man kann der 68er-Bewegung vorhalten, den Faschismus – besonders in der Form des Antisemitismus – nicht konsequent aufgearbeitet zu haben. Trotzdem kann man an diesem Slogan sehen, dass es nicht nur darum ging, für sich selbst einen Freiraum zu schaffen, sondern mit dem Protest auch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in den Blick zu nehmen.

Nach 1968 wurden gerade leerstehende Häuser ein beliebtes Ziel studentischen Protests, auch wenn es den Begriff der „Gentrifizierung“ in den 70er Jahren noch nicht gab. Schon damals war die studentische Freiraumpolitik in Frankfurt eng mit den Kämpfen im Stadtteil Westend verbunden. Laut Bebauungsplan der Stadt sollte das Westend abgerissen werden. Kurzerhand wurden viele leerstehende Altbauwohnungen von Studierenden, Migrant_innen und Erwerbslosen besetzt. Etwa 20 besetzte Häuser gab es zwischen 1971-1974 dort, meist waren die Besetzungen reine Wohnbesetzungen und hatten erst einmal wenig mit dem Sinn von Hochschulfreiräumen gemeinsam.

Diese Häuser waren jedoch Orte, an denen eine andere Gesellschaftsstruktur erlernt und ausprobiert werden sollte. Für die einzelnen Individuen waren die besetzten Häuser in diesen Sinne Freiräume, da gewisse gesellschaftliche Zwänge und Reglementierungen dort verringert wurden, war doch das gesellschaftliche Klima Anfang der 70er Jahre gekennzeichnet von konservativen und reaktionären Werten. So war es z.B. kaum möglich, für die gerade aufkommende Idee einer Wohngemeinschaft Mietwohnungen zu finden, da es als anrüchlich angesehen wurde, mit mehr als zwei Personen zusammen zu wohnen. Ohne Trauschein war es kaum möglich als gemischte Wohngemeinschaft Raum zu finden. Dieses und andere reaktionäre Gesellschaftsbilder konnten in den Besetzungen zum Teil überwunden werden und somit konnte eine wichtige liberale Transformation im Bereich der Wohn- und Lebensverhältnisse erzielt werden.

Ähnlich wie die Aktivist_innen der 68er-Bewegung waren viele Hausbesetzer_innen überzeugt, dass die Gesamtgesellschaft verändert werden muss und es nicht ausreicht, sie an einigen Stellen zu reformieren. Man hoffte, dass die Besetzungen eine Massendynamik entfalten könnten und dass es zu massenhaften Mietstreiks und Besetzungen käme. Eine solche Dynamik entstand allerdings nicht. Die meisten der damals besetzten Häuser wurden entweder geräumt und abgerissen oder es konnten Mietverträge ausgehandelt werden. Nach einigen Jahren der „Integration“ wurden

aus diesen kollektiven Hausprojekten zum Großteil klassische Wohnungen. Die armen Studierenden von damals verdienten jetzt gutes Geld, kauften ihre besetzten Häuser und sanierten sie zu schicken Eigentumswohnungen.⁴

Nach dieser Phase gab es dann im Rahmen des sogenannten „Heißen Herbsts“ 1977 wieder eine Universitätsbesetzung. Im neu gebauten AfE-Turm in Bockenheim wurde das sogenannte Turmkollektiv (TuKo) im fünften Stock besetzt. Es wurde zum Freiraum für selbstorganisiertes Lernen umfunktioniert. Autonome Tutorien sowie Lesekreise hatten im Turm einen Ort gefunden, um vom Uni-Alltag abzuschalten und kritische Wissenschaft zu betreiben. Während des „Unimutstreiks“ 1988/89 wurden an vielen Hochschulen bundesweit Räume besetzt, in denen selbstorganisierte Cafés entstehen konnten. In Frankfurt wurde im Foyer des AfE-Turms das Turmcafé (TuCa) besetzt. Diese Besetzung wurde erst im Jahre 2002 vom damaligen Universitätspräsidenten Rudolf Steinberg beendet. Das TuCa kehrte dann 2006 in den fünften Stock des Turms zurück und soll nun – nach dem Umzug auf den IG Farben Campus – verschwinden.

TuKo und TuCa sind studentische Freiräume im klassischen Sinne, die allgemein als Treffpunkt und Organisationsraum genutzt werden können und zudem einen Ort bieten, um sich abseits des Uni-Alltags Theorien anzueignen, die im Lehrplan für irrelevant erklärt werden. Die Turmbesetzungen sind dabei auch ein gutes Beispiel dafür, dass Besetzungen sich nicht außerhalb des Kapitalismus bewegen können. Zwar können andere Werte und Normen mit diesen Räumen verknüpft und in ihnen gelebt werden, sie sind aber gleichwohl der immer dynamischen Transformation des Kapitalismus ausgeliefert. Wird eine Besetzung am einen Tag noch als ein durch Studierendenproteste erzielter Erfolg gewertet, kann es passieren, dass bereits am nächsten Tag die Niederlage – die Räumung – eintritt, weil erkämpfte Freiräume nicht mehr in die herrschende Ideologie passen.

Auch das akut räumungsbedrohte Institut für Vergleichende Irrelevanz (IVI) am Kettenhofweg wurde im Rahmen des Langzeitstudiengebührenprotests 2003 besetzt. Das IVI stellt einen Ort dar, in dem Raum und Zeit für kritisches Denken geboten werden soll, welches durch die

Transformation der Goethe-Universität von der Massenuniversität der 1970er Jahre zur Eliteuniversität von heute zunehmend verdrängt wird und somit in den Augen der Aktivist_innen zu „irrelevantem“ Denken geworden ist.

Zwar konnte die Besetzung des IVI Langzeitstudiengebühren nicht verhindern und dem „neoliberalen“ Umbau der Uni Frankfurt wenig entgegenzusetzen. Aber das IVI konnte für Studierende und andere soziale Gruppen ein Ort sein, in dem über Praxis und Theorie des Protests reflektiert werden konnte. Die Erkenntnisse aus dieser Reflexion sowie das praktische Beispiel der französischen Studierendenproteste um den CPE (Contrat Première Embauche, dt. „Vertrag zur Ersteinstellung“)⁵ im Jahre 2006 veranlassten die Studierenden, gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren radikale Formen des Protests anzuwenden.

So wurde bspw. der Freiraum Straße für Blockaden genutzt, um auch die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dieser Druck führte dazu, dass die linke Mehrheit im hessischen Landtag 2008 Studiengebühren in allen Formen abschaffte. Trotzdem aber wurden die Wohn-, Lebens- und Lernverhältnisse in Frankfurt schlechter. Der Protest gegen diese Entwicklung äußerte sich 2009 in Form der sogenannten „Casinobesetzung“. Zum Sinn und Ziel dieser Besetzung am I.G.-Farben-Campus im Dezember 2009 schrieben die Aktivist_innen: „Unter dem Motto ‚Bildung braucht Raum und Zeit‘ wollen sich die Studierenden in den Räumen des Casinos sowohl über die inhaltliche Ausrichtung und politische Perspektive ihres Protests austauschen, als auch sich Zeit nehmen, für kritische Wissenschaft, die sonst im universitären Alltag keinen oder nur wenig Platz findet.“⁶ Das Casino als Wahrzeichen der neoliberalen Transformation sollte symbolisch besetzt, zum Freiraum umfunktioniert und mit kritischen Inhalten gefüllt werden. Dass solche „radikalen“ Aneignungsformen nicht auf die Gegenliebe des Universitätspräsidiums stießen, war klar. Ebenso wenig wurden die Verschönerungen der Fassade als solche wahrgenommen, sondern stattdessen zum Vandalismus erklärt – der Freiraum wird zwangsläufig kriminalisiert, wenn er nicht konform geht.

Versuchen wir zusammenzufassen: Was ist ein Freiraum? Ein Freiraum soll ein Ort sein, an dem eine „Alternative“ zur herrschenden Ideologie eröffnet werden soll, ganz gleich ob er als Ort für gemeinsames Lernen, für Reflexion oder zum feiern genutzt wird.⁷ Diskriminierungen jeglicher Art sollte es

dort nicht geben. Wer diesen Konsens nicht achtet, muss den Freiraum verlassen.

Dabei ist der Freiraum aber vor gesellschaftlichen Veränderungen und Problemen nicht geschützt; die gesellschaftliche Reproduktion des Kapitalismus überträgt sich auch in den Freiraum. Nicht jede_r Nutzer_in eines Freiraums entspricht der idealen Vorstellung: Sexismus, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus und Mackertum findet man auch in Freiräumen. Auch die gesellschaftliche Ideologie der Kapitalisierung aller Bereiche, die Zwänge der Lohnarbeit, Leistungs- und Konkurrenzdruck machen keinen Halt vor Freiräumen.

Zudem ist der Zugang zu solchen Freiräumen oft nur bestimmten Szenen, durch persönliche Bekanntschaften und das Einhalten spezifischer Codes möglich. Ob der Raum also wirklich „frei“ ist für Personen, die gerade erst anfangen, die Verhältnisse zu reflektieren, muss kritisch hinterfragt werden. Vielleicht würde es uns weiterhelfen, Räume und Häuser, die besetzt sind, als eine soziale Infrastruktur zu sehen, die für alle Menschen zugänglich gemacht wird. Gerade das Konzept einer „sozialen Infrastruktur“⁸, das von der Zeitschrift „Widersprüche“ vorgestellt wurde, verengt den Blick nicht nur auf besetzte Räume, sondern versucht einen Paradigmenwechsel vorzunehmen.

Gesellschaftliche Reproduktionsinstitutionen sollen als soziale Infrastruktur verstanden werden und es soll versucht werden, sich diese auf unterschiedliche Art anzueignen. Gerade die Lohnarbeit als ein wichtiger Lebensbereich muss zurückgedrängt werden und andere Arbeitsformen müssen entwickelt werden. Erst wenn es emanzipatorischen Organisationsformen gelingt, sich verschiedene alltägliche Lebensbereiche radikaldemokratisch anzueignen, kann der Bestand sogenannter Freiräume gesichert werden. Denn eines sollte für alle klar sein: Orte, an denen man Raum und Zeit hat zu reflektieren und über gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse nachzudenken, werden in Zeiten autoritärer Krisenlösungen und der Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche dringend gebraucht.

1 Vgl. <http://jungle-world.com/artikel/2009/47/39789.html>

2 Vgl. http://www.hr-online.de/website/specials/68er/index.jsp?rubrik=35004&key=standard_document_34171602

3 http://www.hr-online.de/website/specials/68er/index.jsp?rubrik=35004&key=standard_document_34171602

4 Vgl. hierzu auch *Im Westend nichts Neues*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 24.02.2013, S. R2

5 *Dieser Vertrag hätte es Arbeitgeber_innen in einem Betrieb ab 20 Arbeitnehmer_innen ermöglicht, Beschäftigte unter 26 Jahren in den ersten zwei Jahren fristlos jederzeit entlassen zu können, zudem wären die Arbeitgeber_innen drei Jahre lang von allen Lohnnebenkostenzahlungen befreit gewesen. Aufgrund der Proteste wurde der bereits in der Nationalversammlung ratifizierte Entwurf zurückgezogen.*

6 <http://ivi.copyriot.com/bildungsstreik-uni-frankfurt-uni-besetzt>

7 Vgl. <http://ivi.copyriot.com/ueber-2>

8 http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozpol.html

SELBSTVERWALTETE RÄUME AN DER UNI TUCA

Wer oder was ist das TuCa?

Das TuCa [im Exil] – ein Café im 5. Stock des AfE-Turms – hat sich seit ca. 20 Jahren als ein von präsidialen und diversen hochschulpolitischen Entscheidungen autonomer Raum versucht zu etablieren. Heute beteiligt sich am ein-zweiwöchentlichen Plenum ein breites Spektrum an Studierenden. Alle Aktiven im TuCa arbeiten unentgeltlich und die Einnahmen kommen politischen Projekten oder von Repressionen betroffenen Einzelpersonen zu gute. Neben dem täglichen Kaffeebetrieb, findet im TuCa ein regelmäßiger Filmabend mit anschließender Diskussion statt. Zudem wird der Raum für Lesekreise, Autonome Tutorien, und Arbeitsgruppen genutzt. Das TuCa steht allen Menschen offen, egal aus welchem Fachbereich oder welcher „Statusgruppe“ sie kommen. Auch für Nicht-Studierende soll das TuCa ein Ort sein, um der stetig voranschreitenden Segregation von Akademiker*innen und Nicht-Akademiker*innen entgegenzuwirken.

Nach dreimonatigen Verhandlungen mit dem Präsidium ist nun offiziell, dass das TuCa keinen Platz auf dem IG-Farben Campus bekommen wird. Scheinbar ist es nicht selbstverständlich, dass zur Erziehung zur Mündigkeit entsprechende Orte benötigt werden, die keiner Überwachung, Repression und Konvention der Hochschulleitung und deren angepasster Hochschulreform unterliegen.

Was unterscheidet nun einen Ort wie das TuCa von konventionellen Cafés/Arbeitsräumen/Aufenthaltsräumen der Hochschule?

Prinzipiell geht es, mit dem Wissen das totale Autonomie von ökonomischen Verhältnissen nicht möglich ist, um den Versuch sich innerhalb der Universität gegen sie zu wenden, d.h. den Versuch zu unternehmen, Kritik an ihr zu üben. Gegen sie, meint hier vor allem gegen jene Stiftungsuniversität, die Bildung zweckentfremdet und Inhalte an deren Effizienz und Verwertbarkeit ausrichtet. Dies als ein Prinzip vorausgeschickt heißt für einen Raum wie das TuCa ganz konkret, dass der Raum völlig selbstverwaltet organisiert ist: Es gibt hier keinen Schließdienst mit namentlich registrierter Goethe-Card, kein Rauchverbot, kein Partyverbot, kein Übernachtungsverbot, keine Raumgestaltungsauflagen, [...] wie es u.a. für das neue Fachschaftencafé im PEG-Gebäude vorgesehen ist. Alle Veranstaltungen, wie z.B. TuCa-Filmabende werden im Plenum diskutiert und eigenständig durchgeführt. Dabei wird nicht um öffentliche Erlaubnis gebeten, sondern das getan, was politisch und wissenschaftlich dringend und notwendig erscheint. Es soll durchaus mal vorkommen, dass ein Lesekreis oder ein Autonomes Tutorium im TuCa mal länger als bis 22 Uhr diskutieren muss – ist dies nicht genau das Ziel einer Hochschule – FREIWILLIG denkende, diskutierende Menschen zu bilden? Für solche Gespräche braucht es einen Ort wie das TuCa, der ohne Sanktionen und Kontrollmechanismen versucht zu existieren.

Das TuCa sollte jede*r2 zu jedweder Zeit betreten können: Hier kann sich neben den Veranstaltungen auch einfach auf Sofas entspannt oder geschlafen werden. Auf den drei-vier schmalen Holzbänken im IG-Farben-Gebäude ist dies bewusst nicht vorgesehen. Im TuCa gibt es Kaffee, Club-Mate, Cola usw. zum Selbstkostenpreis. Zudem steht jederzeit eine Küche samt Equipment bereit, falls jemand kochen will. Im kleinen TuCa Umsonstladen kann außerdem kostenfrei Kleidung mitgenommen oder getauscht werden.

Dies alles sind Voraussetzungen, um sich annähernd eigenständig in einer Universität sozialisieren zu können. Daher sind wir davon überzeugt, dass es einen Raum wie das TuCa auf dem IG-Farben-Campus braucht, um kameraüberwachten, verschlossenen, überbuchten Räumen entgegenzuwirken und eigenständig zu handeln!

Wir brauchen weiterhin einen Ort wie das TuCa, weil es keine Lösung sein kann, sich resignativ den falschen Verhältnissen auf dem neuen Campus hinzugeben!

Die TuCa-Crew

CAMPUS' TRINKHALLE

Die Campus' Trinkhalle ist letztlich der Versuch, unabhängig von der Bindung an einen oder mehrere Fachbereiche einen Raum für alle Studierenden zu schaffen, welche am IG Farben Campus außerhalb der vom Studentenwerk betriebenen Räumlichkeiten einen Aufenthaltsort suchen. Die Cafés der Fachschaften haben sicherlich in Teilen bereits studentisches Leben am Campus ermöglicht, doch muss auch Raum für Studierende bestehen, die Alternativen außerhalb des Fachschaftsrahmens bieten wollen.

Diesem Selbstverständnis folgend, versucht die Trinkhallen-Initiative allen Studierenden der Universität einen Raum für den Diskurs zu verschaffen und ihnen nebenbei auch die Möglichkeit zum Erwerb von Getränken gegen Spende zu geben. Es ist sicherlich nur ein kleiner Beitrag, der von der Trinkhalle für die Entstehung eines vom reinen Bildungskonsum abgekoppelten Studierendendaseins und für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Campus geleistet werden kann. Dies geschieht durch die Bereitstellung von Infomaterialien und die Öffnung der Trinkhalle für politische Aktivitäten. Es ist gerade dieser Beitrag, welcher neben der Tatsache, dass Studierende verschiedenster Fachbereiche den Trinkhallenbetrieb ermöglichen, das entscheidende Alleinstellungsmerkmal darstellt.

Politische Aktivitäten am Campus nicht pauschal zu verurteilen und sich diesen nicht explizit zu verschließen, sorgt sicherlich dafür, dass auch entgegen der Meinung einiger Mitglieder der Initiative Aktionen die Trinkhalle als Anlaufstelle nutzen, wie etwa die Campus-Besichtigungen und das, was einige als Verschönerung des IG Farben Campus oder als Angriff auf die Herrschaftsarchitektur proklamieren, ohne dass dies zwangsläufig konsensual von der Initiative unterstützt wird. Doch lehnen wir es ab, die Kritik an den Verhältnissen zu behindern, indem wir unsere Räume denen verschließen, welche sie artikulieren- oder durch konkrete Aktionen auf Missstände aufmerksam machen wollen.

„WIR LIEGEN LACHEND IN DEN TRÜMMERN UND FÜHLEN UNS FREI...“

...denn wir kämpfen für Zustände, die wir eigentlich ablehnen, im Angesicht der Alternativen, die unerträglich sind – und wir verlieren den Kampf. Wir verlieren auf allen Ebenen. Wir verlieren alles; und am Ende verlieren wir die Möglichkeit, überhaupt noch irgendwie zu handeln.

Es geht nicht mehr um Wertkritik. Es geht nicht mehr um Gesellschaftskritik. Es geht nicht mehr um Kritik. Weder uns noch sonstwem. Es geht nicht darum, dem Humboldt'schen Bildungsideal gerecht zu werden, nicht darum, es zu kritisieren. Darum, solche Dinge in den Veranstaltungen zum Thema zu machen, geht es längst nicht mehr. Ging es vielleicht nie.

„Es geht um Räume“. Zum Lernen. Zum Studieren. Zum Menschwerden. Zum Fragen. Zum Lesen. Zum Antworten.

Das ist wahr und falsch zugleich. Wahr ist es, weil die Forderungen so lauten. Tuca bleibt. Studihaus bleibt. Der Turm kommt. Die Seminarräume sind zu klein, die Überwachung zu lückenlos. Die Anwesenheitspflichten sind absurd, die Inhalte zu unkritisch. Wahr ist es, weil wir ein Studihaus brauchen. Wahr ist es, weil die Uni keine Ausbildungsstätte und wir keine Kunden sein wollen. Wahr ist es, weil die Umstände unerträglich sind; weil die Verhältnisse Herrschaft sind; wahr ist es, weil wir Lücken reißen wollen, weil wir Lücken reißen müssen; weil das Denken, das Nachfragen, ohne diese Lücken so unerträglich wäre, dass wir es lassen würden. Dass wir es alle lassen würden. Dass alle alles lassen würden.

Falsch ist es, weil es uns eigentlich nicht um Räume geht. Eigentlich nicht. Weil es uns aber auch nicht um einen großen Raum geht, den wir „Uni“ – bestenfalls „unsere Uni“ oder die „Uni aller“ nennen möchten. Es geht um Daseinsberechtigung. Es geht darum, dass ich einmal dachte, die Uni Frankfurt sei ein dialektischer Begriff. Also ein Begriff, der einen Widerspruch enthält. Eine These und eine Antithese, die sich prozesshaft ebenso je gegenseitig mit enthalten, wie sie sich gegenseitig ausschließen. Der Widerspruch enthält

seine eigene Aufhebung. Dachte ich... Ich dachte, die These sei die Eingespanntheit der Universität in die kapitalistische Produktionsweise. Ich dachte, die These sei die verwertungslogische Herausbildung von „Bildungseliten“ für den Arbeitsmarkt. Ich dachte, hierin läge die Antithese: Bildung. Erziehung. Mündigkeit. All das ist verwertbar. Im Curriculum, im Bildungsabschluss und in der Note. Doch es ist auch die Anti-These. Mündigkeit, Bildung, Subjektivität. Ich dachte, das sei der Gegenpol, das, was den sich abspielenden Unsinn unmöglich macht. Ich dachte, das sei der Schlüssel zum Andersdenken. Zur Vernunft. Ich dachte, in einer Institution voller Privilegierter, die Bildung genießen dürfen, sei eine Ausweisungspflicht in der Bibliothek ebenso unmöglich wie das Verweisen „Überschüssiger“ aus den Seminaren. Ich dachte, mündige, gebildete Subjekte legten den Grundstock für eine andere Gesellschaft. Für ein ganz anderes Ganzes. Also auch für eine andere Uni. Eine Uni ohne diesen Widerspruch. Eine Uni, in der dieser Widerspruch aufgehoben ist. Ich dachte, die zusätzlichen Beamer und Whiteboards und was eben noch so zur Produktivitätssteigerung nötig ist, seien der Teil der These, der in der Antithese enthalten ist. Ich dachte, dieses Symptom verwertungslogischer Prozesse erleichtere den Bildungsalltag und beschleunige damit die Aufhebung derselben. - - Die Frage ist, ob ich richtig dachte. Und deswegen geht es nicht um Räume. Es geht um Daseinsberechtigung. Es geht darum, uns als antithetische Momente zu hypostasieren; Teil des Widerspruchs zu sein. „Goethe-Uni ist ein dialektischer Begriff“ – es geht darum, den Wahrheitsgehalt dieser Aussage festzuhalten... und damit überhaupt noch sein zu dürfen.

Wir verlieren aber. Immer wieder. Und wieder. Wir erkämpfen Fortschritt, um ihn wieder zu verlieren. Wäre ich ein Freund von pseudophilosophischen, möchtegernliterarischen Wendungen, jetzt hätte ich eine brauchbare. „Dialektik heißt verlieren“. Schön, oder? Dabei ist dieser Satz so widersprüchlich wie inhaltsleer und nichtssagend. Perfekt! Hat mal jemand 'n Edging? Hier ist alles so weiß. Ich hasse

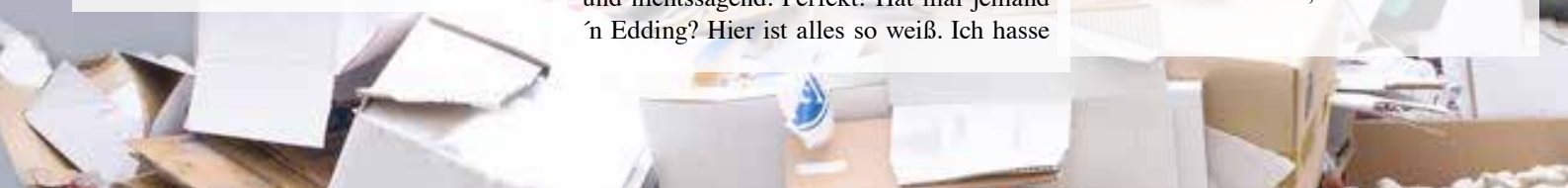
weiße Wände.

Mir fielen zahlreiche Begründungen ein. Rechtfertigungen. Sachschaden ist ein Druckmittel. Ihr macht unser Studium unerträglich? Wir brechen eure Ästhetik! Wir kosten euch Geld! Wir sind unbequem! „Aber hier studieren? Nein Danke..!“ - Viel Spaß beim Überstreichen! Wieder ein*e Dozent*in weniger. Ihr nehmt uns das TuCa? Ihr Beschränkt den Zugang zur Bibliothek? Wir bemalen eure Wände – bis die Scheiße aufhört!

..aber so funktioniert das nicht. Da müssen wir uns nichts vormachen. Machen wir auch nicht. Vermutlich schränkt es sogar unsere Verhandlungsbasis ein. Keine langen Leinen mehr. Und so.

Mensch soll sehen, wenn wir da sind. Ich freue mich immer, wenn ich etwas Neues an den Wänden lese, an Klotüren oder an Fenstern. „Gegen die Herrschaft der falschen Freiheit“; „Dialektik ist ein Zauberstab“. Wieder ein*e Dozent*in weniger. Und wieder Eine*r. Und wieder. Politkitsch, das wissen wir. „Trümmer der alten Gesellschaft...“. Revolutionsromantisch, oder? „Nie wieder Deutschland!“; „Voldemord, du Opfa, gib Elderstab!“; „Frankfurt, du Opfa, gib Wohnraum“. Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein...

Vermutlich unterliegt sowohl das Produkt als auch der Alltag mit Marker in der Tasche einem Fetisch. Die Warenform ist nicht explizit, dennoch steigt der Anerkennungsgrad mit jedem Tag. „Platte und Rost – Antifa Ost“. Da wird fast ein Spiel draus. Schade, dass die Grenze zwischen Kunst und Sachbeschädigung nicht von uns gezogen wird. So wie keine Grenze übrigens. So wie nie irgendetwas. Alles, was uns bleibt, ist diese Grenzen zu übertreten, sie neu zu ziehen, sie zu missachten, sie uns anzueignen; wenn wir weiterhin als Menschen leben möchten. Das klingt wie eine Rechtfertigung. Ist es auch. Vor uns vermutlich. Es macht das Verlieren einfacher. Erträglicher. Und das in doppelter Hinsicht: einmal, weil es den Alltag erleichtert und zweitens, weil wir Menschen bleiben, oder es zumindest



versuchen. Was herrscht, ist keine Ordnung. Keine richtige. Es ist leichter, das nicht zu erkennen.

Du sagst, dich stört „der Schmutz“? Du verstehst ja unsere Inhalte, hast Verständnis. Dennoch, die Art und Weise muss nicht sein. Ich soll das bitte als Distanzierung verstehen. Von dem Geschmiere, von meinen Projekten, von meinen Inhalten, von mir. Ich soll's nicht übel nehmen. Jede*r kann doch seine*ihre Meinung äußern. „Dafür seid Ihr doch auch, freie Meinung, oder? Hmm? Das find' ich immer so schön, hier, am Campus Westend: alles ist sauber. Hier fühl' ich mich wohl. Nur die nervigen Schüler und Externen stören mich in der Bibliothek. Und in der Mensa. Können die nicht in die Stadtbibliothek? Hmm? Ach Scheiße, jetzt ist mein Akku leer. Was mach' ich denn jetzt in der Vorlesung? (...) Alter, Freitag Living?“ Liebe Erstsemester, es ist leichter so zu klingen. Es ist leicht so zu denken. Es ist angenehmer. Wenn ihr Regeln und Sitten einhaltet, stören euch die Kameras nicht. Wenn Ihr es von der Schule sowieso gewohnt seid, Frontalunterricht zu hören und Hausaufgaben zu machen, dann stört euch auch nicht, dass es so bleibt - dann erfahrt Ihr aber auch nie, dass es anders ginge; dass ihr nicht alles schlucken müsst und dass hier, an dieser Uni, auf unsere Träume eingeschlagen wird. Liebe Erstsemester, ihr müsst das alles nicht sehen. Viele andere sehen es auch nicht. Doch das ist ebenso zynisch, wie die Tatsache, dass prekär beschäftigte Reinigungskräfte alles wieder wegwischen müssen, was wir an die Mauern schreiben; oder dass unterbezahlte Sicherheitsleute in Leihfirmen unterkommen müssen; oder dass es überhaupt Mauern gibt...

...denn wir kämpfen für Zustände, die wir eigentlich ablehnen, im Angesicht der Alternativen, die unerträglich sind – und wir verlieren den Kampf. Wir verlieren auf allen Ebenen. Wir verlieren alles; und am Ende verlieren wir die Möglichkeit, überhaupt noch irgendwie zu handeln.

A.K.

DAS NEUE STUDIERENDENHAUS EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?

Die gute Nachricht zuerst - es wird ein neues Studierendenhaus auf dem Campus IG Farben/Westend geben. Wo, Wie und Was erfahrt ihr in diesem Artikel und auch was noch so alles passieren kann bevor das neue Haus für alle Studierenden steht.

Das alte Studierendenhaus – Vorbild für eine Demokratisierung der Universitäten

Bevor man daran geht neues zu schaffen, sollte man sich ansehen was schon existiert und was für eine Geschichte damit verbunden ist. Denn gerade das alte Studierendenhaus ist ein Ort der modernen Nachkriegsgeschichte. Gestiftet von den Amerikanern um den Studierenden einen Ort für einen Demokratischen Aufbruch zu geben. Eingeweiht vom Bundespräsidenten Heuss und Hochkommissar Conant, dem Vertreter der USA in Deutschland, und vielen weiteren. Dieser Bestimmung kam das Studierendenhaus in den folgenden Jahren und Jahrzehnten immer nach, oft zum Missfallen der Regierenden. So war das Studierendenhaus sowohl Kristallisationspunkt der Proteste der 68er Generation, Sozialer Bewegungen der 80iger Jahre und auch die Proteste gegen die Abschaffung der Asten und gegen Studiengebühren nahmen hier ihren Anfang.

Im Studierendenhaus wurde diskutiert, gestritten, gelebt - denn das Wohnheim in der Jügelstrasse gehört ebenfalls zum Studierendenhaus - geliebt, Visionen entwickelt und Ideen geboren.

Ideen und Visionen

Nachdem klar wurde, dass die Universität den Campus Bockenheim aufgeben wird, war auch klar, dass ein neues Studierendenhaus gebaut werden muss. Aber wie soll eine solche Idee an einen neuen Standort transportiert werden und wie muss sich eine solche Vision transformieren, damit sie Impulse auch in Zukunft innerhalb und außerhalb der Universität setzen kann? Eine wirklich große Aufgabe gerade an einem Ort wie dem Studierendenhaus, das sich einerseits ständig verändert und dennoch viele Konstanten aufweist, z.B. mit dem studentischen Kino Pupille, der

Zeitschrift Diskus und dem Café KoZ – KoZ steht für KommunikationsZentrum und verweist damit unmittelbar auf eine Zentrale Aufgabe des Studierendenhauses – aber auch einer Unmenge an Initiativen, Gruppen und natürlich auch dem AStA, der sich jedes Jahr ändert.

Dennoch kristallisierten sich über die Jahre einige Schwerpunkt-Setzungen heraus, die Bestand haben sollen:

Demokratie – Das Studierendenhaus soll ein Ort sein, in dem und an dem Demokratie geübt wird und von dem aus Impulse für unsere und zukünftige Zeiten gesetzt werden. Die demokratische Idee ist untrennbar mit dem alten Studierendenhaus verwoben und soll es auch in dem Zukünftigen sein.

Offenheit – Es soll ein Ort der Offenheit für alle Studierenden werden, an dem sie sich wohlfühlen und ihre Interessen verwirklichen können. Sei es durch kulturelle Angebote wie die Pupille, Konzerte und Partys, durch Service Angebote wie Beratungen, Kaffee, Lernräume oder natürlich politische Veranstaltungen wie Vorträge, Diskussionen und Kongresse.

Ökologie – Das Studierendenhaus war und soll ein Ort sein, der immer etwas mehr als nur ein paar Mauern um etwas Raum ist. Dies soll auch in der ökologischen Gestaltung Ausdruck finden um auch gerade gegen die Repräsentations- und Funktionsbauten am Campus IG Farben/Westend einen Kontrapunkt zu setzen.

Zeiten und Abläufe

Was ist nun der Stand? Kurz gesagt: Es geht jetzt Los! Nach jahrelangem Streit über den Standort – das Studierendenhaus kommt jetzt an den nördlichen Rand des Campus an der Miquelallee zwischen den Neubau für das DIPF und die Philipp Holzmann Schule – und die Finanzierung – das Land gibt knapp 12 Millionen Euro und die Studierendenschaft 1,8 Millionen Euro – beginnt der eigentliche Bauprozess. Da es sich bei dem Studierendenhaus um einen öffentlichen Bau handelt, sind hierbei viele Verfahrensweisen einzuhalten, die vor dem eigentlichen Baubeginn stehen. So muss ein Projektsteuerer gefunden werden, ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden mit entsprechender Jury, das Hessische Baumanagement ist

beteiligt, Beauftragte der Universität, die externen Ökologie Spezialisten für die Nachhaltigkeit und viele andere müssen eingebunden werden.

Dennoch geht es vorwärts und die Auslosung des Architektenwettbewerbes dürfte zum Erscheinen dieser Zeitung bereits begonnen haben. Nach dem Architektenwettbewerb gibt es eine Ausschreibung für die Baudurchführung, das dürfte ca. 1 Jahr dauern. Danach wird dann endlich der erste Stein gesetzt und voraussichtlich 1,5 Jahre später können die ersten Studierenden sich über ein neues Studierendenhaus freuen.

Ort und Zeit zum Handeln

Viele Punkte für das neue Studierendenhaus wurden gesetzt z.B. mit einem eigenen Raum im Kino Format für die Pupille, einer besonderen ökologischen Ausrichtung, Gruppen- und Arbeitsräumen, einer Dachterrasse, einem Fahrradkeller, einem Festsaal mit Theaterbühne, einem Café-Betrieb und einem Partykeller. Dennoch gibt es noch viel zu tun und bis endlich das neue Haus steht, kann sich noch viel bewegen. Das Studierendenhaus, egal ob das alte in Bockenheim oder ein neues am IG Farben Campus, lebt von den Menschen, die es nutzen und gestalten.

Deswegen:

KOMM VORBEI - ES IST DEIN HAUS!

Johannes Göpel

*Zum Weiterlesen der Geschichte des Studierendenhauses:
<http://www.studierendenhaus-fuer-alle.de/>*

HILFE, DIE ZECKEN KOMMEN!

Ja, wir kommen. [Endlich?] Eigentlich sollte der Umzug der Turmfachschaften auf den neuen IG-Farben Campus schon deutlich früher vonstatten gehen. Aber natürlich hatten die auch sonst gerne mal stiefkindlich behandelten Fachbereiche auch hierbei keine Priorität. Nach den Geisteswissenschaften waren die ersten, die umziehen „durften“, die Fachbereiche Recht und Wirtschaftswissenschaften, die prestigeträchtigen Aushängeschilder dieser Universität. Sie haben es sich mittlerweile gemütlich gemacht auf dem „schönsten Campus Europas“, den sie mögen wie er ist und der sie mag, weil sie ihn mögen. Und plötzlich haben alle furchtbare Angst: „Die Zecken kommen!“ und wollen das schöne harmonische Bild zerstören...

Wenn man die Lage ganz fies zugespitzt betrachten wollte, könnte man fast unterstellen, dass der Umzug der so gefürchteten Turmfachbereiche, die aber auch immer was zu meckern haben, absichtlich bis jetzt hinausgezögert wurde. Ein einfaches Rezept: Wir bauen einen neuen Campus, der mit allen Errungenschaften und Traditionen des Bockenheimer Campus einigermaßen radikal bricht und damit die Kritik daran nicht zu laut wird und am Ende noch unsere eifrig funktionierenden vernünftigen Studierenden am Funktionieren hindert, lassen wir die „aufmüpfigen“ Fachbereiche lieber erstmal einfach noch ein bisschen – vielleicht lieber sogar noch ein bisschen länger... in Bockenheim. Da fühlen sie sich ja eh wohler. In der Zwischenzeit kann am neuen Campus die schon zu Beginn des Umzugs vonseiten der damaligen Universitätsleitung freudig antizipierte „zivilisierende Kraft der Ästhetik“ walten und mit etwas Glück sogar schon ein paar Generationen von Studierenden hervorbringen, die genau von diesem neuen „modernen“, „ordentlichen“, „sicheren“, elitären, auf die Zurichtung des Subjekts auf seine wirtschaftliche Verwertbarkeit fokussierten, von allen Verstrickungen in der Vergangenheit reingewaschenen Selbstentwurf von Universität derart geprägt sind, dass sie nichts anderes mehr kennen und dementsprechend alle Forderungen nach einer anderen Universität mit mehr studentischem Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht entweder einfach nicht verstehen [wollen]

oder sogar ablehnen – vor allem wenn die Forderungen auch noch als irrational für den eigenen weiteren Karriereweg erscheinen.

Ob nun geplant oder nicht, es scheint so, als wäre der [Alp-]Traum Wirklichkeit geworden. Die Studierendenschaft ist gespalten. Anstatt sich mit dem eigenen alltäglichen Lebens-[feindlichen]Umfeld und der Kritik daran auseinander zu setzen, ziehen die meisten Studierenden es scheinbar vor, genau der ihnen zugedachten Rolle zu entsprechen und sich nur als demütige (Bildungs-) Konsumenten oder Gäste zu verstehen, die dafür dankbar sein müssen, dass ihnen die großartige Ehre zugestanden wird, an diesem exklusiven Prestige- und Marketingprojekt, der Goethe-Universität, teilzuhaben und sich selbst bereits am Rande des Nervenzusammenbruchs für die zukünftige Karriere zurichten zu dürfen. Da bleibt einfach keine Zeit und keine Energie mehr übrig für Kritik, für Nachdenken über sich selbst, die eigenen Bedürfnisse und ob und wie diese einen Platz in dieser Gesellschaft und der ihr entsprechenden Universität finden oder nicht. Am Ende würde schlimmstenfalls noch die Feststellung stehen, dass man in einem Hamsterrad am eigenen Leben vorbei rennt und dass das auch bis zum bitteren Ende so weiter gehen wird und nichts und niemand etwas daran ändern kann... Aber müssen wir deshalb wirklich in vorseilendem Gehorsam die Regeln eines Spiels akzeptieren oder sogar noch verteidigen, welches, wenn man mal ganz ehrlich zu sich selbst ist, niemandes Bedürfnissen wirklich entspricht?

Scheinbar müssen wir das. Denn obwohl der Umzug sowie die konkrete ästhetisch-architektonische Ausgestaltung des neuen herrschaftlich-elitären Campus, die nicht zuletzt die inhaltlichen Umstrukturierungen („Modernisierungen“) der auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Universität in Stein meißelt, seit nunmehr über 10 Jahren einigermaßen entsetzt mitverfolgt und entschieden und durchaus fundiert kritisiert wurden, finden allem Anschein nach selbst die basalsten und augenscheinlichsten Eckpfeiler

einer solchen Kritik bei einem Großteil der Studierenden überhaupt keine Zustimmung. Vielleicht ist sie aber auch einfach aus den oben genannten Gründen gar nicht zu ihnen durchgedrungen (deshalb folgen diesem Text nochmal einige wichtige Auszüge aus älteren Texten, deren Kritik immer noch aktuell ist). Anders werden jedenfalls Reaktionen wie die Folgende vollends unverständlich: „Wenn ihr Geisteswissenschaftler [gemeint sind wahrscheinlich die Gesellschaftswissenschaftler_innen] schon unbedingt auf unseren [!] Campus umziehen müsst, behaltet wenigstens eure Schmierereien bei euch in Bockenheim [...] Der Westend Campus auf dem IG Farben Gelände ist geil [?!], schick, hat Niveau und ist nicht runtergekommen.“ 1 – Klingt doch 1:1 nach Präsidiums-Gelaber, braver Studi!

Das Gleiche gilt für diejenigen, die sich darüber beschweren, dass bereits seit dem letzten Semester die „Beschmierungen“ an den Wänden des Hochglanz-Campus sowie deren Verzierung mit „politischen Aufklebern zweifelhaften Inhalts“ zugenommen hätten. Natürlich. Zweifelhaft ist alles, was die Uni oder die Gesellschaft in ihrer derzeitigen Ausprägung in Frage stellt – also halt eigentlich alles was irgendwie politisch im engeren Sinne ist. Und klar, wer braucht schon Platz für die Äußerung und Bearbeitung politischer Themen, kritischer Inhalte und Demokratie überhaupt an der Uni?! Wer braucht schon ein zentrales Studihaus oder selbstverwaltete Räume, die nicht von vornherein von oben tot-reguliert werden? Wer braucht schon studentisches Leben an einem Universitäts-Campus?! Was da verlangt wird, ist doch eh nur unzeitgemäße Revolutionsromantik. Das braucht doch kein Mensch (d.h. der später „was aus sich machen“ will). Und wenn es doch mal von einer „nicht repräsentativen Minderheit“ eingefordert wird, dann nennen wir es eben einfach Vandalismus und ignorieren es dann weiter.

Aber eben auch Präsidium und Dekanate selbst drehen völlig am Rad. Bereits im Voraus unterbinden sie jegliche echte studentische Selbstverwaltung im neuen PEG-Gebäude durch absurde „Sicherheits“-Anforderungen, die bspw.

einen Ort wie das TuCa hier vollkommen unmöglich machen. Wenn es stattdessen ein neues „Fachschaften-Café“ geben darf, dann nur unter der Bedingung, dass die Vertreter_innen der Fachschaften persönlich für alles haftbar gemacht werden können, was dort geschieht. Ordnung leicht gemacht! Wenn sich dann nämlich alle aus Angst vor Repressionen gegenseitig kontrollieren und denunzieren, bleibt das schöne neue Gebäude auch bestimmt länger „sauber“ und „ordentlich“ und „schön“ und geraucht wird sowieso nicht. Diese Präventionsmaßnahmen sind aber auch einfach nötig, damit „die Linken“ nicht am Ende denken, sie könnten aus ihrem TuCa (=Terrorzelle mit gemeingefährlichen Kaffeetassen) heraus die Herrschaft über den gesamten Campus/ die Welt an sich reißen!

Und das ist eigentlich ja auch das Beste am neuen Campus: Hier werden „Sicherheit“ und „Ordnung“ eben auch endlich mal radikal durchgesetzt! Nicht so wie beim schmutzigen Campus Bockenheim, der zwar für demokratische Prinzipien einsteht, aber wies da aussieht...

Alle Spuren von studentischem Leben, welches auf die vorherige Abseignung von Oben verzichtet, verschwinden am IG-Farben Campus meist innerhalb von wenigen Minuten. Es scheint fast, als wäre dieser Campus eine Art organisches Etwas, das alles einfach verschlingt, was irgendwie an die Anwesenheit von Studierenden erinnert. Und das muss auch so sein, ansonsten könnten die Räumlichkeiten ja nicht so gut an irgendwelche Firmen vermietet oder für irgendwelche Empfänge mit wichtigen Leuten verwendet werden. Ach, aber nein! Mit einem für die Interessen der Studierenden tauben, autoritären Präsidialregime und Kontrollwahn hat das alles nichts zu tun. Wir sind doch eine demokratische Hochschule! – He Sie da, wenn Sie diesen Aufkleber irgendwo an eine Tür kleben wollen, denken Sie aber daran, dass Sie dabei gefilmt werden und ihr Verhalten kriminell ist...! – Ja genau, die Kameras sind nötig, weil sonst am Ende noch Leute auf Toiletten vergewaltigt werden... oder eben auch – was ja irgendwie das Gleiche ist – Leute was an Wände malen. Klar... wie konnten wir das vergessen... Kritik ist „kriminell“, sobald sie sich nicht mehr nur verbal äußert und deshalb ignoriert werden kann...

Wenn von (einer) Universität im Kapitalismus also offensichtlich schon nicht verlangt werden kann, dass sie die Bildung ihrer Studierenden zu selbst

denkenden, mündigen Individuen zum Ziel hat oder wenigstens dazu beiträgt (denn das entspricht nicht den gängigen Effizienzkriterien), so verlangen wir doch, dass eine solche Entwicklung hier nicht von vornherein und immer weiter vollkommen verunmöglicht wird. Solange die Regeln, nach denen auch hier an der Uni gespielt wird, willkürlich und dumm sind und einzig dem Zweck dienen, den Leuten frühzeitig und mit Nachdruck einzubläuen, wo ihr Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie ist – nämlich ganz unten in der Irrelevanz, solange bis man es sich durch größtmögliche Anpassung verdient hat, weiter oben zu stehen – sehen wir es als unsere Pflicht an, diese Regeln zu kritisieren und eben auch zu brechen.

AUS! [AssoziationUniStören]



THIS STILL IS NOT A-NICE PLACE

AUSZÜGE AUS FAST 10 JAHREN KRITIK AM NEUEN (SELBST-)ENTWURF UNSERER UNIVERSITÄT

NICHT SCHWEIGEN ZUR ANPASSUNG! THESEN GEGEN DIESE UNIVERSITÄT

„Es ist an der Zeit zu intervenieren. Denn die Hochschule befindet sich in einem dramatischen Transformationsprozess. Erschreckend dabei ist, dass die von oben und von außen getroffenen Entscheidungen auf praktisch keinen Widerstand stoßen [...]

Der derzeitige Umbau der Hochschule betrifft uns unmittelbar und wirkt tief in unseren Alltag. Er betrifft uns sowohl, wenn wir als Studierende, wissenschaftliche MitarbeiterInnen oder als ProfessorInnen sprechen. Wir sind betroffen von längeren Arbeitszeiten, miserablen Studienbedingungen, hierarchischen Entscheidungsstrukturen, autoritärem Lehrpersonal und der Verdrängung kritischer Wissenschaften. Kurzum: Die Hochschule ist für uns ein sozialer Raum. Diesen Raum wollen wir nicht nur ertragen, sondern gestalten. Die Umstrukturierung ist, auch wenn es häufig den Anschein erweckt, keine subjektlose Entwicklung. Sie wird gemacht von Interessengruppen, Individuen etc. [...]

Transponiert man die Terminologie Gramscis auf den Gegenstand der Hochschule, lässt sich der aktuelle Prozess als passive Revolution bezeichnen: die Transformation ist eine grundlegende, wobei die »Produktionsverhältnisse« selbst durch die Revolutionierung der Produktionskräfte nicht unterhöhlt, sondern bestätigt werden. Auf der politischen Ebene stellt sich das Ganze dar als subtile Form der Diktatur, in der sich nicht zwei große Machtblöcke entgegenstehen, sondern die herrschenden Kräfte kooptativ-pragmatisch ihre Regierungsbasis je nach Tagesbedürfnis variiert. Auf Seiten der Beherrschten wird die Situation dabei erfahren als wechselseitige Konkurrenz, Hoffnung auf Partizipation und Angst um das institutionelle Fortbestehen. Die zögerliche, aber doch vorherrschende Zustimmung zur »Reform« der Universität resultiert in erster Linie nicht aus dem Glauben daran, sondern aus der Angst vor den negativen Konsequenzen bei Verweigerung. Das Uni-Präsidium kann mit repressiv-

diktatorischen Mitteln (Stellenkürzung, Institutsschließung, Kündigung etc.) die Fachbereiche, Institute, MitarbeiterInnen etc. in ihre Position zwingen. [...]

Die neuen Anforderungen haben so einen gewollten Effekt auf die Beteiligten: Sie sollen zu ökonomischen Maschinen werden. Das intrinsische Interesse an Gegenstand und Methode der Fächer wird nachrangig, wenn nicht gar irrational. In erster Linie muss es den akademischen Subjekten nun um Effizienz und Kapitalakkumulation gehen. Studierende müssen Kosten und Nutzen ihres Studiums kalkulieren, um am Ende auf ein positives Ergebnis zu kommen. Das wissenschaftliche Personal ist darauf ausgerichtet, Wissen zu produzieren, das quantifizierbar, messbar ist. Dies wird als Qualitätsmanagement ideologisiert. In allen Fällen geht es darum, die Fremdvorgaben (Nutzenmaximierung, Flexibilität) in die akademischen Subjekte selbst einzuschreiben. Sie sollen die Anforderungen an sich und ihre Funktion antizipieren und zum eigenen Anliegen machen. Der externe Antrieb durch Zwang wird damit internalisiert und überflüssig. Die relative Autonomie der akademischen Subjekte wird zu einer sehr speziellen, zur Autonomie des unternehmerisch handelnden Subjekts. [...]

Es gibt deutliche Zeichen dafür, dass kritische Ansätze aus dem akademischen Bereich herausgedrängt werden. [...] Möglicherweise manifestiert sich nun die sekundäre Verdrängung, die Erfahrung der Niederlage und Erniedrigung des deutschen akademischen Mainstream nach 1945 nun auf eine ungezügelter Art, wie es bis vor kurzem noch unvorstellbar schien: Diejenige Wissenschaft und ihre RepräsentantInnen, mit dem man sich nie richtig identifizieren konnte, wird nun aus dem Feld des Sichtbaren gedrängt und damit das letzte Zeichen der eigenen (Mit-) Schuld des Wissenschaftsapparates an den NS-Verbrechen entfernt. [...]

Die Inszenierung der »neuen« Universität Frankfurt ist deutlich brüchiger als sich deren Protagonisten wünschen können. In weiten Teilen der Universität wird das Marketing-Projekt kritisch beurteilt, weil dessen herrschaftspolitische Akzentuierung deutlich erkennbar ist. Die Priorität des Umzugs der Fachbereiche Jura und Wirtschaftswissenschaften auf den IG Farben-Campus beispielsweise offenbart zum einen deren herausgehobene Stellung und zum anderen das potentiell tragische Schicksal praktisch aller anderen Fachbereiche (vorzugsweise der Gesellschafts-, Erziehungs- und Kulturwissenschaften). [...]

Die Tendenzen der Umstrukturierung sind als das zu behandeln, was sie sind: als politisches Projekt, das versucht, die Realität so zu gestalten, wie sie sie beschreibt. Dem kann nur politisch begegnet werden. Es geht um die Aneignung der Universität als sozialem und politischem Ort. Die Hochschule muss genauso wenig vorgegebenen, objektiven Sachzwängen gehorchen, wie die dort anwesenden Akteure. Die Universität ist Ort und Einsatz in einer politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Das zur Kenntnis genommen, ist bereits einiges gewonnen. [...]

Eine emanzipative Hochschule zu verwirklichen, bedeutet sie abzuschaffen in einer freien Gesellschaft, weil die Trennung von Hochschule und Gesellschaft dann nicht mehr vorhanden ist. In der Zwischenzeit, muss dieser Widerspruch ausgehalten werden und die Hochschule als sozialer Raum genutzt werden. Eine Politisierung der Hochschule mit kritischen Wissenschaften beschäftigt sich nicht nur mit Problemlösungen der jetzigen patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaft, sondern arbeitet auf eine freie Gesellschaft hin und versucht auch, die derzeitigen Bedürfnisse zu reflektieren und die Umlenkung von Begehren und Scheinbefriedigungen zu verhindern. [...]"

(aus: Diskus 2/04 Sonderheft: Gegenhegemonie, voller Text unter: <http://copyriot.com/diskus/>)

TOWERS COURSES





THIS IS NOT A NICE PLACE GEGEN HEGEMONIE IM IG-FARBEN HAUS

„[...] Hier hatte der IG Farben Konzern, deren Tochterfirma u.a. das Gas herstellte, mit denen in den Konzentrationslagern Millionen von Menschen vergast wurden, seinen Hauptsitz. Im Vorfeld des Umzugs gab es noch Debatten darüber, wie damit umzugehen sei. Seit der offiziellen Eröffnung im Oktober 2001 ist Schluss damit: Eine Ausstellung ist installiert und der Gedenkstein eingelassen (beides wurde gegen den Willen der Uni-Leitung durchgesetzt). Den Opfern der IG Farben hat man nun genug gedacht und endlich kann man sich dem schnellen und zukunftsreichen Studium widmen, mit dem guten Gewissen einer bewältigten Vergangenheit. Konsequenterweise also, dass die Uni-Leitung den Sprachgebrauch von «IG Farben Haus» in «Campus Westend» durchsetzt, sich an diverse Versprechen gegenüber den überlebenden ZwangsarbeiterInnen der IG Farben nicht erinnert und mit enormer Geschwindigkeit in die neoliberale Zukunft rennt. Es ist eben nicht nur die Adresse, die sich mit dem Umzug von traditionell eher linken Fachbereichen geändert hat. Im IG Farben Haus ist die Zukunft der Uni immer ein bisschen eher da, weil man sich hier mehr Mühe gibt.

Volle Kraft voraus

Uni-Präsident Steinberg redet stolz vom neuen Campus: «Wir bauen die modernste Universität Europas» und «Die europäische Metropole Frankfurt/Rhein-Main braucht eine erstklassige Universität». Wenig überraschend ist die Tendenz, die Uni zum Standortfaktor zu machen, an dem nach marktwirtschaftlichen Kriterien studiert werden soll: Output-orientiert, effizient, schnell; im «erstklassig» klingt auch etwas Elitäres mit. Das ist nichts Außergewöhnliches, jedoch gelingt es im IG Farben Haus besser als in Bockenheim, die Uni auf eine Reproduktionsanstalt angeblich nützlichen Wissens zu beschränken. Errungenschaften (nicht nur) der 68er, die im alten Gebäude nach und nach abgebaut werden, wurden gar nicht erst eingerichtet. Außer Uni gibt es auf dem Campus und in der Nähe nichts, außer Studieren ist hier nichts möglich. Hier kommt die Architektur der Politik entgegen: Bei der Restauration des IG Farben Hauses wurde Wert darauf gelegt, den Original-Zustand wieder herzustellen und bauliche Veränderungen, die die

Verwaltung der amerikanischen Alliierten vorgenommen hatte – etwa mehr Farbe und Zwischendecks – wurden rückgängig gemacht. [...]

Dieser Campus ist eben zum Studieren und Repräsentieren, nicht aber zum Diskutieren, Reflektieren, Abhängen und Feiern da. [...]

Neben den im (alten) Hochschulrahmengesetz vorgeschriebenen Fachschaftsräumen gibt es keinen festen Raum für studentische Projekte oder Veranstaltungen. Das Flugblatt-Verteilen in der Mensa ist untersagt bzw. nur mit Genehmigung erlaubt – was nicht heißt, dass man sich daran halten würde – es verhindert aber, dass Politik in den Unialltag selbstverständlich dazugehört. Aufkleber und Sprüche an der Klotür werden binnen zwei Stunden entfernt und Auslagen von Fensterbänken täglich weggeworfen. Das durchgesetzte Plakatierverbot bedeutet das Verdrängen von außeruniversitärem Leben, Politik und Gesellschaft aus dem Blick der Forschung. Aushänge gibt es trotzdem: an den dafür vorgesehenen Plätzen werden die kommerziellen Konferenzen beworben. Info-Stände gibt es auch: Allerdings nicht zur Solidaritätsarbeit in Nicaragua. Auf dem Weg in die Mensa kommt man an irgendwelchen Promotion-Ständen vorbei, die einem Abos, Verträge, Versicherungen und Karrieremanager verkaufen. Vom eingezäunten und bewachten Gelände wird das nicht-effiziente Außen der Uni ausgeschlossen; die Uni soll nicht Teil des Stadtteils und für vorbeiziehende Menschen oder AnwohnerInnen begehbar werden. Wer es auf das Gelände schafft, gehört zur (Bildungs-) Elite. Willkommen in der exklusiven Universitätscommunity. Lediglich die Anwesenheit des stets unfreundlichen, vermutlich untertariflich bezahlten privaten Sicherheitsdienstes zeugt davon, dass dieses Unikonzept von Elite und Ausschluss mit Gewalt durchgesetzt werden muss. [...]

Gegen Hegemonie, für Gegenhegemonie
Im Namen von «den Studierenden» etwas zu kritisieren funktioniert weniger denn je. Die durchschnittlichen StudentInnen finden nämlich einfach alles toll: Das Besteck in der Mensa sei nun sauber,

die Paternoster lustig, die Architektur insgesamt beeindruckend und die Wiese schön; es sei ja auch nett, dass nicht alles so heruntergekommen ist und keine Obdachlosen und Junkies beim Studieren die heile Welt durchkreuzen. Kleinkriegen zwischen Ortsansässigen, die ihre Präsenzbibliothek nutzen und BWLerInnen und Jura-Studierenden über die wenigen freien Arbeitsplätze fehlt ebenfalls die emanzipatorische Komponente.

Ja, die andere Seite hat gewonnen, das muss man einmal sagen. Aber das heißt nicht, dass man ihnen den Sieg schenkt oder nicht streitig macht. Kritik an der Haus- und Unipolitik ist viel subtiler geworden; dass überhaupt Aushandlungsprozesse stattfinden und einzelne Leute versuchen, gegen diese Hegemonie anzutreten, ist kaum wahrnehmbar.

Der Kampf auf verlorenem Posten kann nicht heißen, zu allen Gremiensitzungen zu gehen und minimale Veränderungen zu bewirken, die man sich als große Errungenschaften einredet. Aber man wird auch nicht gänzlich drumherum kommen, sich auf die unsäglichen Gegebenheiten zu beziehen und sich damit erst einmal darauf einzulassen: Linke Politik geht heute zum Grossteil davon aus, dass sie Nischen aus vorigen Zeiten nutzt, verteidigt und von ihnen aus agiert. Eine Tradition linker Politik gibt es im neuen Gebäude nicht. Den Status quo verteidigen hieße gar nichts zu verteidigen. Alles muss sich neu erkämpft werden, in einem Rahmen, in dem Aushandlungsprozesse eigentlich schon gelaufen sind.“

Sarah Dellmann

(aus: Diskus 2/04 Sonderheft: Gegenhegemonie, voller Text unter: <http://copyriot.com/diskus/>)

PARADIGMENWECHSEL

ANMERKUNGEN ZUM UMZUG DER UNI FRANKFURT

„[...] 1953 konnte [Max Horkheimer, damaliger Rektor der Universität] das stiftungsfinanzierte Studierendenhaus mit folgenden Worten eröffnen: „Das Glück des unabhängigen Denkens und das Bedürfnis nach Freiheit, das aus ihm folgt, ja mit ihm identisch ist, muss gelernt und erfahren sein; es bedarf der Übung und der Gelegenheit, des Beispiels und des Umgangs. (...) Wie unendlich klein auch das Ausmaß dieses Hauses im Hinblick auf so hoch gesteckte Ziele erscheint, die Wirkung dieser Zelle wird sich aufs Ganze der Universität und weiterhin erstrecken, es wird ihr Zentrum werden.“ (Horkheimer 1953) [...]

Die Versuche zu einer Restrukturierung der Hochschulpolitik [...] werden spätestens mit dem Bolognaprozess verstärkt in die Tat umgesetzt [...] Es geht um Employability, um eine Ausbildung im Hinblick auf berufliche Praxis, nicht um Theorie und Wissenschaft; es geht um marktgerechte Dienstleistung, die autoritäre Führung erfordert, nicht um Mitbestimmung; es geht um Elite, nicht um Chancengleichheit. Der Umzug der Frankfurter Uni fällt in die Hochphase dieser Entwicklung. [...]

Der Campus Bockenheim war Ort eines langen Aneignungsprozesses, in dem die dynamischen Kräfte gegen die herrschende Ordnung standen. Ihr Ziel ging über die Reform der Hochschule hinaus und hatte letztlich eine ganz andere Gesellschaft im

Sinn. Die Kräfte, welche die Entwicklung des IG-Farben Campus bestimmen, stehen für die Wiederherstellung einer autoritären Ordnung. Die Aneignung erfolgt ‚von oben‘, der neue Raum wird nach Belieben vorkonfiguriert und besetzt. Nahezu ungebrochen möglich ist dies, weil die gesellschaftliche Hegemonieverschiebung an der Hochschule dazu geführt hat, dass die kritischen Stimmen unter Studierenden und Lehrenden schwach geworden sind, während die Machtbefugnisse des Präsidiums ausgeweitet wurden und keiner demokratischen Kontrolle mehr unterliegen. Möglich ist dies aber auch, weil mit dem Ortswechsel eine kritische Tradition räumlicher Praxis verloren geht. [...]

Außer den vorgeschriebenen Fachschaftsräumen gibt es keinen Platz für studentische Projekte oder Veranstaltungen, stattdessen werden Räume über ein privates Dienstleistungsunternehmen kommerziell vermietet. [...] Insgesamt handelte es sich um eine gewaltige Enteignung, die allerdings zunächst nur die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche und damit einen relativ kleinen Teil der Studierenden betraf. Die großen Fachbereiche blieben nach wie vor in Bockenheim, die autoritäre Wirklichkeit im IG-Farben Haus war damit entfernt und galt als zu unantastbar, um für studentische Interventionen relevant zu werden. [...]

Horkheimer stellte 1953 ein

stiftungsfinanziertes Studierendenhaus ins Zentrum der neuen Universität, das symbolisch den Beginn der wieder gegründeten Universität markierte. Für den IG-Farben Campus ist ein Studierendenhaus erst für 2012 am nördlichsten Rand geplant, wo es durch eine Straße sowie Wohnbebauung vom Campus abgeschnitten sein wird. Es wird nicht einmal Sichtkontakt zu den Universitätsgebäuden bestehen. Die Wahl von Zeitpunkt und Ort kann dem Präsidium dabei als bewusst unterstellt werden: Von Anbeginn hätten im Casino wenigstens Teilnutzungen studentischer Initiativen Raum finden können, spätestens aber mit der Neubebauung hätte ein zentral gelegenes Studierendenhaus mit eingeplant werden müssen. Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als zynisch an, wenn Ex-Präsident Steinberg mit Bezug auf das kirchliche Wohnheim behauptet, dass „in der Mitte des neuen Campus nicht das Präsidium, sondern die Studierenden ihren Sitz“ bekommen haben [...] Die Studierenden als passive Kund_innen sind willkommen, als organisierte Interessenvertretung werden sie verbannt. [...]

Charly Außerhalb

(aus: Hochschule im Neoliberalismus. Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender, voller Text unter: <http://ffmdieunibrennt.wordpress.com/lesenlesenlesen/>)

SPRACHEN DER ÄSTHETIK

GESTALTUNG UNIVERSITÄRER RÄUME

„Die ästhetische Gestaltung der Welt, die uns umgibt, trägt wesentlich dazu bei, wie wir uns darin

fühlen. Architektur und Innengestaltung von Räumen legen bestimmte Verhaltensweisen nahe, signalisieren, dass andere nicht erwünscht sind und schließen einige ganz aus. Ästhetische Strukturen sind daher stets schon Ideologie.

Verfolgen wir die Sprache der Ästhetik vom Campus Bockenheim bis zum neuen Teil des IG-Farben Campus, zeigt sich darin exemplarisch ein Paradigmenwechsel in

der Auffassung dessen, was Universität ist und was sie leisten soll. Die während der Besetzung des Casinos als »Vandalismus« diffamierten Wandbemalungen können daher auf einer Ebene als Protest gegen vorhandene Strukturen gewertet werden. Als ästhetische Opposition zu der visuellen Installation eines repressiven Milieus.

[...] Der Campus Bockenheim liegt relativ zentral und integriert sich nahtlos in das Stadtbild. Er ist umgeben von mehreren Wohnblöcken und als universitärer Raum

erst aus der Nähe zu erkennen. Prinzipiell wird durch diese Art des Einfügens in die Stadt und den Verzicht auf abgrenzende Signale wie Zäune Offenheit gegenüber jedem, der sich nähert, vermittelt. Zunächst macht der Campus allgemein einen eher »benutzen« Eindruck. Viele Plakate und auch das ein oder andere Graffiti prägen das Bild. Es gibt viele umliegende Cafés und auch Kneipen, sowie Einkaufsmöglichkeiten. Schon die Lage des Campus erlaubt also eine Vermischung von Arbeits- und Lebensraum, von Freizeit und Arbeitszeit. Eine scharfe Abgrenzung zwischen Studierenden und anderen

Menschen wird hier räumlich nicht vollzogen.

Die einzelnen zur Universität gehörigen Gebäude fügen sich nicht gemäß eines architektonischen

Musters in ein Ganzes, sie sind eher verstreut angeordnet. Einheit wurde hier anders geschaffen: Der ganze Campus ist als Universität erkennbar, weil er überall Spuren studentischer Kultur trägt. Zentral im Campus liegt das Café KoZ (Abk. für Kommunikationszentrum!) im Studierendenhaus. Außen und innen sind Gebrauchsspuren zu erkennen, Zeichen, dass hier Leben und Geselligkeit stattfindet. Plakate hängen an der Außenwand, sie ist bunt gestrichen. Innen stehen recht ungeordnet Sitzgruppen aus Stühlen und Sofas, die Atmosphäre ist entspannt und lädt zum Verweilen ein. Konsum wird hier primär mit Geselligkeit, nicht mit Profitmaximierung verknüpft. Die Eigentätigkeit von Studierenden, ihre Lebendigkeit und Bewegung hat die Fassaden und Innenräume verändert und deren Ästhetik geprägt. [...]

Den unmittelbar ersten Eindruck, den ein_e Besucher_in vom IG-Farben Campus hat, ist der eines imposanten Gebäudes, das, durch einen Zaun vor der Welt geschützt, auf einer Anhöhe thront. Universitäres Gelände ist hier deutlich von der Umwelt abgegrenzt und der Zutritt wird nicht nur durch die Umzäunung des Geländes erschwert, sondern durch Kameras zum Teil auch überwacht. [...]

[Das Foyer des Hauptgebäudes] ist vom darüber liegenden Stockwerk einsehbar, rund und sehr hell. Beim Passieren entsteht so leicht ein Gefühl des Präsentiert-Werdens, der Beobachtung. Die sich durch die Länge des Gebäudes auf allen Ebenen erstreckenden Flure sind lang, weiß und kahl, nicht unähnlich einem Krankenhaus. [...]

Ein Aufbegehren gegen die in der Architektur ausgedrückten elitären Herrschaftsansprüche erscheint illusionär schon in dem Moment, in dem man das Gelände betritt und klein wird, fast ganz verschwindet, vor der Imposanz des Gebäudes. [...]

Hat man es betreten, geht auf das Identifikationsangebot ein und versteht sich als Teil des Ganzen, wird ein Gewinn an Stärke empfunden. In der Psychoanalyse nennt man dieses selbsterhaltende

Internalisieren autoritärer Strukturen »Identifikation mit dem Aggressor«. Widerstand und Kritik werden durch die IG-Farben Architektur rein ästhetisch negiert. Der ehemalige Universitätspräsident Steinberg hatte mal von der »zivilisierenden Kraft der Ästhetik« des Poelzig-Baus gesprochen. Man kann nun etwas genauer fassen, was das wohl bedeutet: Ein widerspruchsloses Einfügen in autoritäre, als »Zivilisation« deklarierte Strukturen. [...]

Die autoritäre Herrschaftsstruktur des neuen Campus kommt [im House of Finance] ganz unverschleiert und ungeniert zum Ausdruck. Es ist eine kapitalistische Struktur, die etwas verlangt. Vergesse dich selbst, denke nicht, bilde dich nicht, sondern benutze Wissen, um Geld zu vermehren. Versprochen, geködert wird dafür schon durch die Innenausstattung des House of Finance, die Materialien versprechen Wohlstand, Elite und Exklusivität. [...]

Die Fenster [im RuW-Gebäude] sind stringent gerastert, sehr schmal und hoch, sie heben sich dunkel, fast schwarz, gegen die Fassade ab und wirken so nicht unbedingt wie Fenster. Man ist an Schießscharten erinnert oder an Gitterstäben. Konsequenzen aus dem Nicht-Befolgen von geltendem Gesetz werden hier assoziativ aufgerufen. Bestehendes demonstriert auch hier seine Macht und seinen Anspruch auf unbedingte Gültigkeit. [...]

Beim Bau des neuen Campus hieß es, man wolle Ensemble-Charakter schaffen. Der neue Campus sollte architektonisch eingefügt werden in die bereits bestehende ästhetische Form von Poelzig-Bau und Casino. Das dies nicht geschehen ist, ist offensichtlich. Die IG-Farben Gebäude sind moderne Architektur, Poelzig selbst eigentlich ein phantasievoller Architekt, der viel mit Jugendstilelementen gearbeitet hat und Lebendigkeit in seinen Entwürfen wahrte. Das wurde aber außer Acht gelassen, »Ensemble-Charakter« wurde zum Vorwand einen Aspekt von Poelzigs IG Farben Architektur - ihren Herrschaftscharakter - herauszugreifen und zu exponieren. Lebendigkeit ist etwas, was dabei ausgeschlossen wird. Und das ist nicht einfach ein Zufall. Lebendigkeit bedeutet Eigentätigkeit, es bedeutet Unvorhersehbarkeit und kann nicht vollständig kontrolliert werden. Dies ist aber nicht erwünscht. Visuell wird hier durch architektonische Ästhetik, durch Kameras und Zäune ein repressives, einschüchterndes Milieu installiert.

Es ist die formale Ausgestaltung einer neuen Definition von Universität, die inhaltlich durch die neuen Studiengänge strukturiert wird. Anwesenheitslisten und ständige Klausuren sind hier die Mittel der Überwachung und Kontrolle. [...]

Der Intensität der Entrüstung, die sich im Zuge der Besetzung des Casinos von allen Seiten entlud, weil ein paar Wände bemalt wurden (und ein Stuhlturm gebaut wurde) steht in keinem Verhältnis zu dem dortigen Geschehen. [...]

FAZ am 13.12. [...] »Das Gebäude ist verletzt. Farbe klebt an den Wänden.« Die Bildsprache, die hier benutzt wurde setzt Gewalt gegen Menschen mit Gewalt gegen Dinge gleich, um ein energisches Zurückweisen einer solchen »Grausamkeit« beim unbedachten Leser zu evozieren. [...]

Das Eingreifen in die Ästhetik der Universitätsgebäude, das Verändern einer weißen, ordentlichen Wand ist eine Handlung, die all dem entgegensteht, was visuell durch die neue Campusarchitektur etabliert werden soll. Es ist ein Angriff auf die Ordnung, Vandalismus am System. Es ist Spontanität und Nichtkontrollierbares. In den zwei sich so gegenüberstehenden Ästhetiken drückt sich der Kampf zweier Ideologien auf visueller Ebene aus. Die Gestaltung der Wände im Casino ist nicht nur »Schmiererei« »reisender Chaoten«, sondern ein Kontrapunkt gegen die durch die Herrschaftsarchitektur ausgedrückte Ideologie der Funktionalität. [...]

Es ist zum Teil auch Kunst, die auf einer ästhetischen Ebene Kritik übt an einer Ideologie, die sich in ihrer Durchsetzung ebenfalls ästhetischer Mittel bedient. Der hellen Monotonie der herrschaftlichen Wirtschaftsarchitektur des neuen Campus wird hier etwas entgegengesetzt, das von anderen Werten erzählt: Von Geist, von Freiheit und von Toleranz. Es ist eine Forderung danach, das eigene Leben und seine Räume diesen Werten entsprechend mitzugestalten. Es ist der visualisierte Schrei nach einer Befreiung aus der Unmündigkeit.“

Alex C.

(aus: Protestzeitung Januar 2010, voller Text unter: <http://ffmdieumbrennt.wordpress.com/lesenlesenlesen/>)

VORTEILE DES NEUEN „HESSENTICKETS“

Seit dem 01. März 2013 sind alle Studierenden der Universität Frankfurt berechtigt, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Gebiet des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV), und somit von ganz Hessen zu nutzen. Hierbei muss die Goethe-Card nur erneut an einem der bekannten Automaten validiert werden, um sich das zusätzliche NVV-Logo aufdrucken zu lassen. Welche (Kosten-)Vorteile sind mit der Erweiterung verbunden?

Mit der Geltungsbereichserweiterung auf Nordhessen sind zahlreiche Vorteile verbunden. Durch geringere Zusatzkosten profitieren zum einen alle Studierenden, die entweder in Nordhessen oder in den Bundesländern Niedersachsen/Bremen/Hamburg, Thüringen/Sachsen/Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen leben oder soziale Bindungen dorthin besitzen. Konkret können je nach Benutzung der Verkehrsmittel unterschiedliche Kostenvorteile entstehen. Da die Grenzbahnhöfe des vorherigen Geltungsbereiches nicht mehr Warburg oder Bebra sind, sondern die an der nordhessischen Landesgrenze liegenden Bahnhöfe Warburg, Eichenberg oder Herleshausen, ergeben sich folgende Pluspunkte:

Zum einen verkürzen sich grundsätzlich die mit Zusatzbelastungen verbundenen Streckenabschnitte bei Fahrten in oder durch Nordhessen, andererseits besteht durch die nun „kostenfreie“ Fahrt bis an die Landesgrenzen von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen mit dem entsprechenden Kauf eines Ländertickets eine geringere Kostenobergrenze in Höhe des Länderticket-Preises. Beispielsweise reicht der Kauf eines Niedersachsen-Tickets für eine Person zum Preis von 22 Euro, um fast alle Bahnhöfe und Busstationen in Niedersachsen, Bremen und Hamburg zu erreichen. Ebenso verhält es sich mit dem Kauf eines SchönerTagTickets NRW Single für 28,50 Euro oder eines ThüringenTickets für eine Person zu einem Preis von 22 Euro, das ab Herleshausen gilt. Hiermit ist die freie Fahrt im ÖPNV in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt möglich. Alles eingerechnet

kann es je nach Fahrtroute schnell zu einer Ersparnis im zweistelligen Bereich für Hin-und-Rückfahrt kommen. Beispielsweise musste für eine Hin- und Rückfahrt nach Hannover vor der Geltungsbereichserweiterung noch mit Kosten von 71,40 Euro kalkuliert werden. Durch die neue Regelung reichen bereits 44 Euro. Eine genaue Auflistung der möglichen Kosten und der entsprechenden Einsparungen für diverse Ziele befindet sich auf der AStA-Homepage.

All die eben dargestellten Kostenvorteile gelten ausschließlich für Fahrten im ÖPNV, d.h. ohne Verwendung des Fernverkehrs. Gleichwohl können auch all jene mit der Erweiterung sparen, die zumindest einen Teil ihrer Fahrten mit dem Fernverkehr tätigen wollen. Durch die Erweiterung ist der ICE-Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe mit dem ÖPNV erreichbar und kann somit als alternativer Startbahnhof für den Fernverkehr, z.B. nach Berlin, Kiel, Rostock oder Dresden fungieren. Ebenso verhält es sich für Studierende, die öfter „Resttickets“ im Fernverkehr der Deutschen Bahn ab Frankfurt im Internet erwerben. Auch sie können nun alternativ Kassel-Wilhelmshöhe als Startbahnhof wählen, falls keine Tickets mehr ab Frankfurt vorhanden sein sollten.

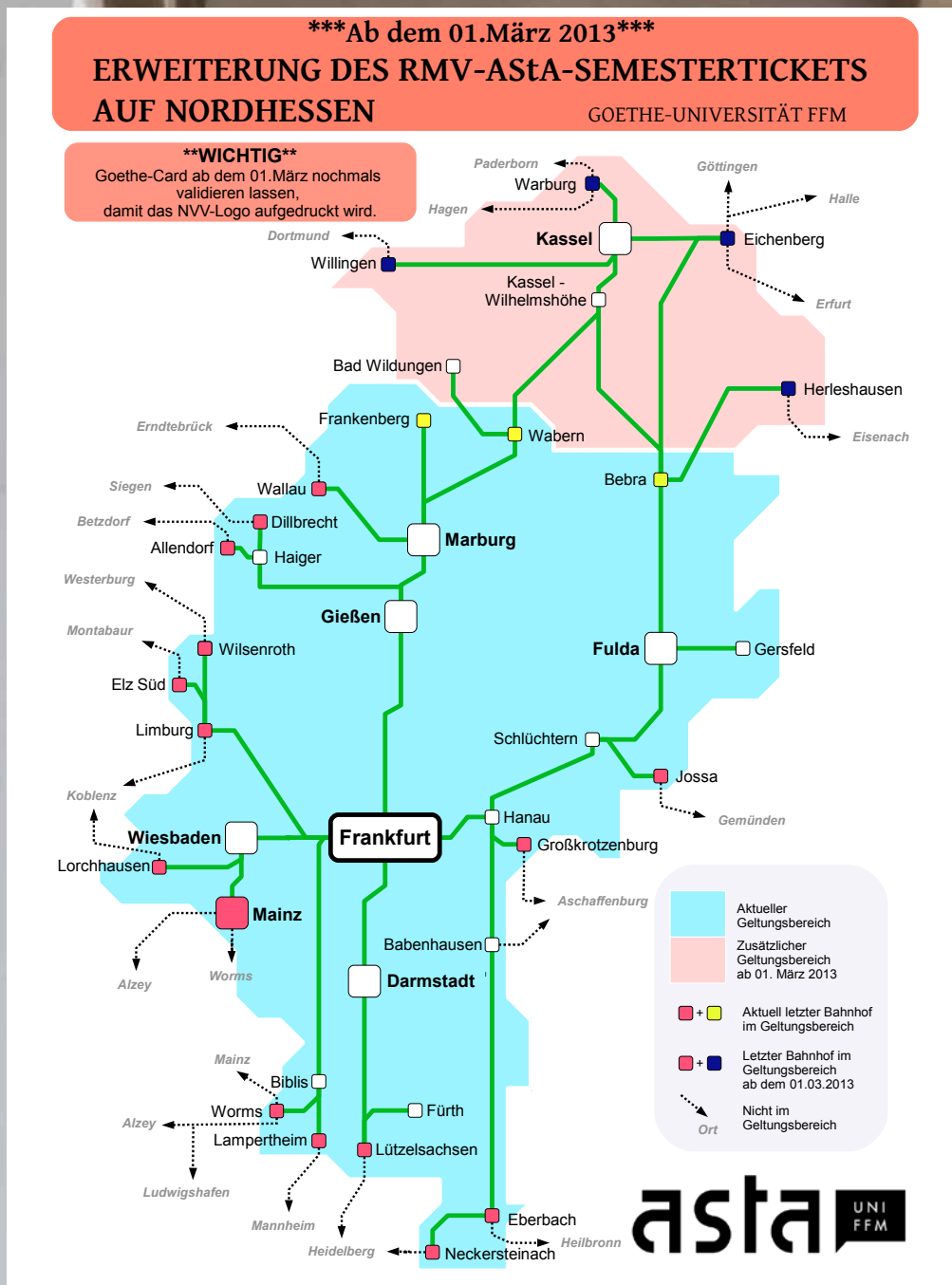
Freilich finden sich neben den Studierenden, die sich über die Geltungsbereichserweiterung freuen, auch Studierende, die sich über die zusätzlich anfallenden 5 Euro pro Semester ärgern. Häufig fällt das Argument, man hätte anstatt der durch alle Studierenden mitfinanzierten Erweiterung des Geltungsbereichs eine „Anschluss-Regelung“ für Nordhessen finden können, wie es sie analog bereits als „Semesterticket-Anschlusstickets“ im Rhein Nahe Nahverkehrsverbund (RNN) oder im Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) gibt. Diese „Anschlusstickets“ werden individuell finanziert. Zu berücksichtigen ist aber, dass es dem jeweiligen Verkehrsbund erst einmal frei steht, ein solches „Anschlussticket“ überhaupt anzubieten. Zudem sind die Preise

der zurzeit angebotenen „Anschluss-Semestertickets“ im RNN und VRN mit 150 Euro bzw. 171 Euro pro Semester relativ hoch und werden in Zukunft wohl noch weiter steigen. Die zusätzlich für den Verkehrsverbund entstehenden Kosten im Rahmen von Verkauf, Marketing u.ä. würden naturgemäß auf die Kund_innen abgewälzt werden, sodass der Preis eines möglichen alternativen NVV-Anschluss-Semestertickets sich voraussichtlich auch im dreistelligen Bereich befinden würde. Verglichen mit den vereinbarten, gemeinschaftlich getragenen Mehrkosten von 5 Euro wäre das unverhältnismäßig teuer.

Erst mit dem Solidarmodell können sich die Vorteile im größtmöglichen Maße zeigen. Dazu zählen ein grundsätzlich günstiger ÖPNV für möglichst viele Studierende in einem größtmöglichen Geltungsbereich. Analog dazu entstehen die bekannten ökologischen Vorteile durch den erhöhten Anreiz den ÖPNV zu nutzen aufgrund der zunehmenden Preisdifferenz zum motorisierten Individualverkehr (Auto, Motorrad) und des damit einhergehenden tendenziell geringeren Flächenbedarfs, z.B. in Form von Parkplätzen, durch die höhere Personenkapazität des ÖPNVs. Ein Semesterticket-Modell kann schlussendlich auch helfen einen Mentalitätswechsel im noch immer marktwirtschaftlich dominierten ÖPNV herbeizuführen. Denn die entscheidende Frage hierfür lautet, inwieweit der zu den Grundbedürfnissen zählende „öffentliche“ Personennahverkehr weiterhin marktwirtschaftlichen Preisregeln unterliegen sollte und es möglicherweise nicht gerechter wäre, die Fahrkarten nicht zu unterschiedlichen Preisen auszugeben, sondern den ÖPNV - in gewissem Maße wie beim jetzigen solidarischen Semesterticketmodell - zu einem Pauschalpreis, oder gar über eine ausschließliche Steuerfinanzierung kostenlos „für alle“ zu ermöglichen, sodass dieser sich ferner außerhalb „gewinnorientierter“ Zwänge entfalten kann.

Euer AStA-Verkehrsreferat

ÜBERSICHTSKARTE FÜR DAS HESSENTICKET



CAMPUS RAD GEHT AN DEN START!

Das neue AStA-CampusRad ist eine Kooperation mit „CallaBike“ von DB Rent.

Ab Sommersemester könnt Ihr Euch kostenlos bei Callabike anmelden. Dazu müsst Ihr nur Eure studentische HRZ-Email-Adresse angeben (...@stud.uni-frankfurt.de)

Ihr könnt Euch nach erfolgreicher Registrierung deutschlandweit überall wo es DB Leihfahräder gibt auf's Rad schwingen und 45 Minuten am Stück kostenfrei fahren. Danach kostet es 8ct/min. Allerdings kann nach kurzem abstellen das Fahrrad erneut für 45 kostenfreie Minuten entliehen werden.

Beachtet bitte, dass die Rückgabe nur an gekennzeichneten Stationen kostenfrei ist.

Alle Details zur Registrierung, Rechtliches, Preisliste, alle Stationen und eine Anleitung zur Ausleihe findet ihr unter

<http://asta-frankfurt.de/angebote/campusrad>

Für Fragen steht das AStA-Verkehrsreferat unter verkehr@asta-frankfurt.de zur Verfügung.

STUDENTISCHE PROJEKTE GESUCHT!

Liebe Studierende,
der Projektrat des AstA der Goethe Universität Frankfurt wurde im Wintersemester 2012/2013 gegründet und hat das Ziel studentische Projekte an der Universität zu ermöglichen, finanziell zu unterstützen und bei der Umsetzung dieser bei Bedarf zu beraten. Je nach Fachkultur und Forschungsweise können eure Projekte ganz unterschiedliche Form annehmen. Über die Vergabe der Mittel entscheidet die Kommission des studentischen Projektrats, die sich aus den gewählten Mitgliedern des Studierendenparlaments, der Fachschaftskonferenz und des AstA zusammensetzt.

Die Bewerbungsfrist ist halbjährlich zum Beginn des Semester, also 1. April / 1. Oktober

Projektanträge können sowohl für bereits laufende studentische Projekte gestellt werden, als auch von neuen Projektinitiativen beantragt werden.

Für die Beantragung euer Projektvorhaben dienen euch folgende Kriterien zur Orientierung:

• Antragsteller_in muss an der Uni Frankfurt

immatrikuliert sein

- eine strukturierte Konzeption des Vorhabens inklusive Kostenplan (max. 3 Seiten)

- die max. Förderhöhe von 1000,--€ sollte nicht überschritten werden

- aus eurem Konzept sollte die Relevanz für das Studium hervorgehen

- der eigener wissenschaftlicher Anspruch sollte klar definiert sein

- das Vorhaben sollte sich nicht zu stark mit der universitären Lehre oder anderen Angeboten

der Universität überschneiden

- ein kritischer Anspruch des eigenen Vorhabens sowie Interdisziplinarität sind wünschenswert

Studentisch geförderte Projekte aus dem letzten Semester sind beispielsweise eine studentische Theaterkonferenz, Exkursionen, Workshops und Tagungen, wissenschaftliche Fachpublikationen oder ein alternativer Stadtrundgang gewesen.

Die Förderung von Abschlussarbeiten, Praktika oder individuelle Forschungsvorhaben ohne den Anspruch

einer Veröffentlichung sind hingegen nicht vorgesehen. Auch können Bewirtungskosten nicht übernommen werden.

Eure Ideen und euer Engagement bereichern unsere Universitätskultur und sollen daher sichtbar sein. Deshalb begrüßen wir besonders Projekte, die sich für einen möglichst großen Personenkreis öffnen und daher über den eigenen Fachbereich hinaus Studierende erreichen.

Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung sollen hiermit ausdrücklich zur Bewerbung ermuntert werden.

Bei der Planung, Beratung, Durchführung der finanziellen Abrechnung sowie für offene Fragen steht euch Julia Dupont (die Koordinatorin des studentischen Projektrates) gerne zur Verfügung.

Eure Bewerbung schickt ihr bitte an die Mailadresse: projektrat.unifrankfurt@gmx.de

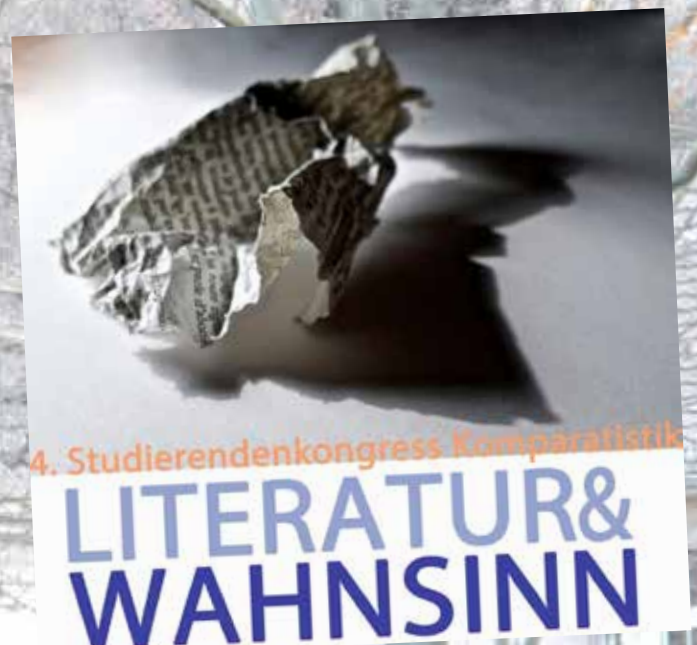
!!Wir freuen uns auf Eure Ideen!!!

STUDENTISCHE PROJEKTE VORGESTELLT:

4. STUDIERENDENKONGRESS KOMPARATISTIK

Wer an Frankfurt denkt, dem_der kommen vor allem Banken und die Börse in den Sinn. Auf dem Campus Westend steht das House of Finance im Vordergrund und stellt die kleinen Institute in den Schatten. Doch wer denkt, dass diese deshalb untätig sind, der_die irrt. Denn der Campus hat auch kulturell etwas zu bieten: so hat eines der kleinsten Institute, das Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft den vierten Studierendenkongress Komparatistik nach Frankfurt geholt. Der Fokus liegt auf dem Austausch internationaler Studierender zum Thema Literatur und Wahnsinn. Es soll zum Dialog

zwischen Zuhörer_innen und rund 80 Vortragenden kommen. Neben den Vorträgen werden diverse Aktivitäten angeboten. Der Kongress, der bereits in Bonn, Wien und München stattfand, wird nun erstmals in der Mainmetropole ausgetragen. Er richtet sich nicht nur an Literaturwissenschaftler_innen sondern ist fachübergreifend bereichernd. Wer neugierig geworden ist, kann sich unter www.skk-frankfurt.de genauer informieren, oder einfach vom 10. bis 12. Mai 2013 vorbeischaun!



ERFAHRUNG SAMMELN BEI RADIO X!

Studierende der Geisteswissenschaften streben oft „irgendwas mit Medien“ an, aber Praktika und Volontariate sind rar und oft nur über Beziehungen zu bekommen. Dabei ist es wichtig, neben dem Studium praktische Erfahrungen zu sammeln, Kontakte zu knüpfen und das Fundament für die Karriere zu legen.

Eine Möglichkeit dies mit größtmöglichen Freiheiten zu realisieren bietet in Frankfurt seit 1997 radio x. Von Bürger_innen für Bürger_innen betrieben, liefert es ganztägig ein breites Spektrum von Live Musik, DJ-Sessions bis hin zu Magazinen, die über die Gesellschaft berichten. Circa 90 Redaktionen mit rund 400 Macher_innen gestalten autark und ehrenamtlich das vielseitige Programm, darunter viele aktuelle und ehemalige Studierende. Werktags ermöglicht das Hörerfenster Interessierten einen Einstieg. Hier kann jede_r die eigene Stimme mit einem Beitrag im Äther erproben.

Martin (41) kam über sein Interesse für weltweiten HipHop 1999 zu radio x. Nach wiederholtem Anrufen in der alphabet Sendung, in der er sich spanischen Rap wünschte, lud der Moderator ihn zur Teilnahme an der Sendung ein. So begann eine bis heute andauernde Radioleidenschaft, in deren Verlauf er sich neben HipHop und Reggae in der Sendung Sundaydancehall auch der katalanischen und baskischen Kultur in den Sendungen Hora Catalana und Irrati X widmet. Dafür lädt er oft Studierende wie Mitarbeiter_innen der Universität ein und bringt die Wissenschaft ins Radio, um sie den Hörer_innen vorzustellen.

Peter (29) nahm 2006 an der radiophonen Dokumentation des an der Goethe Universität veranstalteten Symposiums zu HipHop in der Romania teil und entdeckte sein Faible für das Radio. Nachdem die Mitwirkung an Theatergruppen sein Interesse an der Stimme geweckt hatte, ermöglichte das Radio ihm dieses Interesse mit journalistischem Arbeiten zu kombinieren. Mit seinem Beitrag bewarb er sich beim Marktführer um ein Praktikum, das ihm später einen Nebenjob einbrachte. Trotz 3-jähriger Erfahrung als Sendungsmacher der Le RAP Sendung zu frankophonem HipHop, blieb ihm bei Abschluss seines Studiums der Soziologie ein Volontariat verwehrt, aber er blieb seinem Marktführer treu und ist heute fester freier Nachrichtensprecher.

Sofie (21) brauchte nach dem Abitur erst einmal Abstand von den Mühlen des

Bildungssystems. Nach einem halben Jahr Nichtstun, Reisen und gedrängt durch nervige Fragen von Bekannten, entschloss sie sich zu einem Praktikum bei ihrem Lieblingssender radio x. Die 4 Monate im Sender haben sie gefestigt im Hinblick auf ihr Können und ihr Streben. Die Distanz zum Bildungssystem machte Lust auf ein Studium, so dass sie mittlerweile AVL kombiniert mit Soziologie studiert. Dabei wird ihr Praktikum anerkannt. Die Erfahrungen, die sie bei radio x sammeln konnte - selbständig Aufgaben suchen, Kontakte knüpfen, Technik lernen, das Hörerfenster betreuen, viel Praktisches lernen - machen sie stolz und glücklich und haben ihr die Angst vor dem weiteren Berufsweg genommen. Neben dem Studium sendet sie weiter bei radio x im Rahmen der Frühstückssendung scrambled x und zehrt von dem „Pott an Ideen, an denen man sich anstecken und entzünden kann“.

Während Peter heraushebt, dass im Angesicht des teils zermürbenden geisteswissenschaftlichen Studiums seine Erfahrungen bei radio x ihm Perspektiven aufgezeigt und seine Moral wie Durchhaltewillen gestärkt haben, akzentuiert Martin den Lerneffekt bezüglich Technik, Zeitmanagement und Themenaufbereitung. Sofie betont ihre Wesensbildung, die Inspiration sowie die prägenden Kontakte zu unterschiedlichsten Menschen. Die drei sind sich einig, dass die Freiheiten des learning by doing bei radio x einzigartig sind und dass das freie Experimentieren ohne finanziellen Hintergrund mit einer gewissen Anspruchshaltung eine Chance darstellt, hinter die Kulissen zu schauen sowie selbst die Medienlandschaft zu bereichern.

Radio x könnt ihr auf UKW 91,8, 99,85 im Kabel oder im livestream auf www.radiox.de hören.

Peter Reimer



„ETUDES SANS FRONTIERES“ OHNE GRENZEN DEUTSCHLAND

Studieren Ohne Grenzen (SOG) ist ein internationaler gemeinnütziger Verein von Studierenden für Studierende. Wir sind in Krisengebieten wie Afghanistan, Tschetschenien und der Demokratischen Republik Kongo aktiv. Unser Ziel ist es, jungen Studierenden eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen, damit sie zum Wiederaufbau ihrer Region einen selbstständigen Beitrag leisten können. Zur Arbeit des Vereins gehört die ideelle Förderung sowie die finanzielle Unterstützung durch Studienstipendien. Hinzu kommen Investitionen in die dortige Bildungsinfrastruktur, zum Beispiel durch das Einrichten von Computerräumen und die Bereitstellung von Internetzugang. Ein weiteres Ziel der Vereinsarbeit ist die Information der hiesigen Öffentlichkeit über die Lebens- und Lernbedingungen in den Zielregionen. Wir möchten vor allem darauf aufmerksam machen, dass es an vielen Universitäten große Mängel im Bereich der Ausbildung und Informationsbeschaffung gibt. In Ländern wie Afghanistan ist es keineswegs selbstverständlich, dass man als Student_in dieselben Möglichkeiten zu Recherche und

radio x

fm 91,8 kabel 99,85 www.radiox.de

UTV

UTV, das ist das unabhängige Studierendenfernsehen an der Goethe-Universität.

Anfang 2012 formte sich eine Gruppe, die UTV nach langer Pause wieder zu einem Informationskanal für Studierende aufbauen wollte. Bekanntermaßen verteilen sich die circa 43.000 Studierenden der Goethe-Uni über viele Campi... da ist klar, dass Vieles, was für einen Studierenden vielleicht wissenswert wäre, einfach aufgrund der Entfernung untergeht.

Im November 2012 ging unser erster Beitrag „Verfasste Studierendenschaft - was ist das?“ auf Youtube online. Da wir neu anfangen, sollte der erste Beitrag auch etwas Grundlegendes sein. Darum auch ein Film, der erklärt, was der AstA, das StuPa und die Fachschaften etc. sind.

Bisher waren unsere folgenden Beiträge auch eher auf die Hochschulpolitik ausgerichtet, so versuchten wir mit der „UTV Wahlkabine“ mehr Aufmerksamkeit auf die StuPa-Wahlen 2013 zu ziehen. Bei Politik allein soll es

jedoch nicht bleiben. Momentan versuchen wir unser Themenspektrum zu erweitern und wollen dabei auch mal kritisch auf Vorgänge in unserer Universität schauen. Dabei können wir jede Menge Unterstützung gebrauchen! Wer also Interesse hat bei uns mitzumachen, der ist herzlich willkommen.

Wer sich unsere bisherigen Beiträge anschauen möchte, der kann das hier auf Youtube tun: www.youtube.com/user/utvfrankfurt

Wir sind auch auf Facebook vertreten, worüber wir häufiger Nachrichten, Veranstaltungshinweise und Skurriles aus dem alltäglichen Uniwahnsinn posten: www.facebook.com/utvfrankfurt

Wer uns direkt kontaktieren möchte, schreibt einfach eine Email an: utv.frankfurt@googlemail.com

Wir freuen uns auf eure Zuschriften und Anregungen.

ONTIÈRES – STUDIEREN UTSCHLAND E.V.“

Wissenserwerb hat, wie wir es in Deutschland gewohnt sind. Deswegen möchten wir die Solidarisierung mit den Menschen aus diesen Regionen stärken und Helfer_innen bei Wiederaufbau- und Unterstützungsmaßnahmen gewinnen.

Die Lokalgruppe Frankfurt engagiert sich zur Zeit vor allem in der Zielregion Kongo. Wir arbeiten gemeinsam mit anderen Lokalgruppen daran, in der Stadt Kindu in der Provinz Maniema für die ca. 2500 Studierenden vor Ort eine Bibliothek aufzubauen, da die dortige Universität kaum Literatur bereitstellen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, betreiben wir aktives Fundraising, z.B. durch das Ansprechen von Verlagen, um sie für Bücherspenden zu gewinnen. In diesem Jahr planen wir auch einen Spendenlauf. Wir laden dich herzlich dazu ein, an dem Lauf teilzunehmen und den Studierenden in Kindu auf diese Weise zu helfen.

Am 10.05.2013 veranstalten wir außerdem eine Party im Café KoZ auf dem Campus Bockenheim. Ab 22.00 Uhr wird es unter dem Motto „Studieren Ohne Grenzen macht Party Ohne Grenzen“ losgehen. Schon durch den Eintritt von nur 3€ kannst du unsere Arbeit unterstützen, denn sämtliche Einnahmen fließen ausschließlich in unsere Projekte.

Bei unserer Arbeit sind wir auf die Beteiligung von Studierenden angewiesen. Es gibt keine strengen Regeln, wie man mitarbeiten kann. Deine Ideen kannst du sofort einbringen und dadurch direkt in die Projekte mit einsteigen. Wenn wir dein Interesse geweckt haben, findest du unter www.studieren-ohne-grenzen.org weitere Informationen. Während des Semesters treffen wir uns jede Woche auf dem IG-Farben Campus, Termine und Ankündigungen von uns und dem gesamten Verein findest du auch auf Facebook. Und möchtest du Genaueres über die Lokalgruppe Frankfurt wissen, erfährst du alle Neuigkeiten auf der Vereins-Homepage unter der Rubrik „Vor Ort“. Oder du schreibst uns eine E-Mail an: frankfurt@studieren-ohne-grenzen.org. **Wir freuen uns auf dich!**



AUSCHWITZ – MONOWITZ: EIN ZU BESTIMMENDES VERHÄLTNISS

„Diese Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sich selbst nicht zu begreifen.“

(Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden)

I. Im inneruniversitären Frankfurter Diskurs, weisen seit dem Umzug der Universität auf den sogenannten Campus Westend verschiedene Gruppen immer wieder auf das Konzentrationslager Monowitz hin. Sie betonen, dass es wichtig ist, sich mit Monowitz als eigenständigem Konzentrationslager auseinanderzusetzen; gerade auch, um dadurch die Bedeutung der IG Farben und somit auch die Verbindung mit dem IG Farben Campus begreifen zu können. Die Schwierigkeit besteht darin, Monowitz in seiner Besonderheit zur Sprache zu bringen, ohne aus dem Blick zu verlieren, dass Monowitz eines der Konzentrationslager Auschwitz' war. Im Folgenden sollen einige Überlegungen zum Verhältnis von Auschwitz und Monowitz angestellt werden.

II. Im deutschen Gedenkdiskurs gibt es Leerstellen. Hinter einem abstrakten Gedenken an „das Geschehene“ herrscht gähnende Leere: Informationslosigkeit. Selbstverständlich wissen alle, dass das Menschheitsverbrechen Auschwitz eine Katastrophe war und dass diesem zu gedenken ist. Aber kaum jemand hat sich mit der Geschichte der Vernichtung der europäischen Jüd_innen auseinandergesetzt; geschweige denn mit den Bedingungen der Möglichkeit dieses Zivilisationsbruchs. Normalität soll entstehen – oder ist entstanden (?) – auf den Ruinen einer Gesellschaft mit der die gegenwärtige nichts zu tun haben soll: Stunde Null. Im Katechismus der deutschen Jugend, den schon niemand mehr zu schreiben braucht, scheint

geschrieben zu stehen, man habe schon genug davon gehört, sei hinlänglich in der Schule informiert und mit der Geschichte malträtiert worden. Bilder kenne man zur Genüge. Auf Nachfrage herrscht Stille. Es scheint, als habe sich das Gefühl der Übersättigung eingestellt, ohne dass auch nur ein Happen gegessen wurde. Kein gutes Zeichen. Die Erinnerung an das, was in Auschwitz und anderswo geschah, wird zur Pflicht; Auschwitz selbst zur leeren Metapher.

III. Auschwitz ist zum Symbol für den systematischen, industriellen Massenmord an den europäischen Jüd_innen geworden. Das hängt damit zusammen, dass wichtige Berichte von Zeug_innen und Geflohenen, die den Alliierten bereits im Krieg übermittelt werden konnten, aus Auschwitz berichten. Der Karski-Bericht ist vielleicht der Berühmteste; man sollte aber auch Rudolf Vrba's Bericht nicht vergessen, der 1944 aus Auschwitz-Birkenau fliehen konnte und dessen Bericht bereits im selben Jahr veröffentlicht wurde. Das hat wesentliche Aufarbeitungsprozesse und Entnazifizierungsstrategien der frühen Nachkriegsjahre mitbestimmt und Auschwitz in das öffentliche Interesse gerückt. Außerdem wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit bevor die Deutschen die Möglichkeit hatten, es komplett zu zerstören. Durch das Engagement Überlebender konnte Auschwitz dann vergleichsweise früh (1947) schon als Gedenkstätte und museales Informationszentrum eröffnet werden. Auch der Auschwitz-Prozess in den 60er Jahren hat eine wichtige Funktion als erster im großen Stil medial wahrgenommener Prozess zu einem bestimmten Konzentrations- und Vernichtungslager gehabt. Schließlich spielt auch die TV-Serie Holocaust zu wesentlichen Teilen in Auschwitz. Medial viel beachtet und weit diskutiert, schrieb sich Auschwitz als Symbol ein.

IV. Das prägt auch die Rezeption von Überlebendenberichten. Die bekanntesten Überlebenden des KZ Monowitz, Primo Levi und Jean Améry, schreiben beide in ihren Berichten von Auschwitz, obwohl doch beide im KZ Monowitz waren. Sicher, das KZ Monowitz, auch Auschwitz III-Monowitz, gehörte zu Auschwitz, befindet sich am östlichen Rand der Stadt Oświęcim. Trotzdem stellt sich unweigerlich die Frage, warum diese Berichte in Auschwitz spielen müssen, um rezipiert zu werden. Das verweist auf die Notwendigkeit das Verhältnis von Auschwitz und Monowitz zu bestimmen.

V. Neben dieser (Gedenk)Diskursebene vereinigt Auschwitz aber auch wesentliche Aspekte der Vernichtung der europäischen Jüd_innen und konnte auch aus diesem Grund zum Synonym für die Shoah werden. Eben weil Auschwitz nicht ein Lager war, sondern ein Amalgam aus Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager, vereint es zentrale Aspekte der Shoah. Auschwitz zu analysieren, heißt, die Shoah wie durch ein Prisma zu betrachten. Sicherlich kann das nicht bedeuten, dass andere Vernichtungslager nicht mehr untersucht werden müssten. Das wäre absurd. Aber es kann erklären, warum Auschwitz eine so starke Aufmerksamkeit erfahren konnte.

VI. Die Konzentrationslager Auschwitz
Wer vom KZ Auschwitz redet, redet korrekterweise von den Konzentrationslagern Auschwitz. In Oświęcim gab es drei Hauptlager und über 40 Nebenlager. Das sogenannte Stammlager, historisch das erste, wurde 1941 gegründet und diente zu Anfang der Internierung von russischen Kriegsgefangenen (POW) und Pol_innen. Über dem Lagereingang ist der Satz „Arbeit macht frei“ angebracht. Der Lageralltag war durch Arbeit, Folter, Appelle und Hunger bestimmt. Hier wurden erste Gasversuche gemacht und das erste Krematorium gebaut. Seiner Funktion

und Arbeitsweise nach ist es mit Dachau und Buchenwald vergleichbar.

Das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befindet sich vom Stammlager 3 Kilometer entfernt. Gebaut um zu vernichten, stellt Birkenau das dar, was Moishe Postone mit dem Begriff „der Negation einer kapitalistischen Fabrik“ fassen wollte: eine Fabrik, deren Aufgabe die Vernichtung war. Hier wurde der millionenfache Massenmord ausgeführt.

Weitere 6 Kilometer entfernt befindet sich das Konzentrationslager Monowitz. Es war ein sogenanntes Arbeitslager. Errichtet, um die Baustelle der IG Farben mit Arbeitern zu versorgen, wurden hier zehntausende Menschen ermordet: durch Selektionen, durch die katastrophalen Lebens- und Hygienebedingungen und durch Vernichtung durch Arbeit.

VI. Das Verhältnis von Auschwitz und Monowitz

A| Monowitz ist ohne Auschwitz nicht denkbar. Die Entscheidung in Oświęcim den Industriekomplex der IG Farben zu errichten, kann sicherlich auch auf die günstigen Rohstoff-Bedingungen und die gute Verkehrsanbindung zurückgeführt werden. Man darf aber nicht unterschätzen wie sehr das nahe gelegene Konzentrationslager Auschwitz auf die Entscheidung gewirkt hat. Der IG Farben war klar, dass sie hier eine geradezu nie versiegende Quelle an Zwangsarbeitern zu erwarten hatten. Das Abkommen zwischen der SS und dem Direktorium der IG Farben regelte die Zustände im Konzentrationslager Monowitz bis ins Detail. Eine Höchstzahl an gemeldeten Kranken wurde vereinbart; mit der Möglichkeit bei Bedarf eine Selektion durchführen zu können und „überschüssige“ Kranke im benachbarten Vernichtungslager Birkenau zu vernichten. Das reibungslose Funktionieren dieses KZ ist nicht zuletzt auf die organisatorische Einbindung in den Lagerkomplex Auschwitz zurückzuführen.

B| Monowitz ist nur mit Auschwitz nicht denkbar.

Die Zusammenarbeit zwischen der IG Farben und der SS schuf allerdings eine Verbindung von Interessen, die so bis dahin einzigartig war. Das Interesse an Ausbeutung und produktiv genutzter Arbeit konnte hier auf eine barbarische Weise mit dem Interesse die Juden von der Erde zu tilgen vereint werden. So war es möglich diese Menschen noch

bis in den letzten Atemzug genutzt zu haben und ihre Vernichtung doch nie aus dem Blick zu verlieren. Allein mit Ausbeutung ist das nicht zu erklären. Arbeit war hier ein anderes Mittel zur Vernichtung – aber ein spezifisch anderes. Arnold Daghani spricht deshalb von „Arbeits- und Todeslagern“. Dieses spezifische Mittel der Vernichtung durch Arbeit ist in seiner Besonderheit zu untersuchen und mit dem nationalsozialistischen Credo des „Arbeit macht frei“ zu vermitteln.

VII. Es bleibt die Notwendigkeit auf die Eigenständigkeit von Monowitz hinzuweisen, ohne das bestimmte Verhältnis von Auschwitz und Monowitz aus dem Blick zu verlieren.

**Nikolas Lelle,
Initiative Studierender am IG Farben
Campus,**

<http://initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.com/>

KRITISCHE THEORIE – WAR DA WAS? PHILOSOPHIE IN FRANKFURT HEUTE

Viele Studierende am Institut für Philosophie stellen sich die Frage, wie es mit der Philosophie in Frankfurt weitergehen soll – denn so wie sich unser Studium derzeit gestaltet, kann man ihm nur mit Enttäuschung und dem Wunsch nach Veränderungen begegnen.

Wir betrachten die Entwicklungen an unserem Institut – genauso wie im Hochschulsystem insgesamt – zutiefst kritisch, da diese im Zeichen einer zunehmenden Ökonomisierung stehen. Wir fühlen uns vom Drang nach Effizienz und Exzellenz in wenigen Bereichen bei gleichzeitig massiven Kürzungen der finanziellen Mittel, die in ein ausreichendes Angebot an Lehrveranstaltungen und deren Qualität investiert werden könnten, verhöhnt.

Entsprechend kritisieren wir die Modularisierung und die Einführung eines sechssemestrigen Bachelorstudiengangs in unserem Fach, da wir der Meinung sind, dass ein angemessenes Studium der Philosophie vor allem Zeit und Freiheit zu seinen Voraussetzungen zählt. Es kann im Studium – und gerade im Studium der Philosophie – nicht darum gehen, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Wissen anzuhäufen. Stattdessen muss es die Möglichkeit geben, sich intensiv mit philosophischen Problemen und Fragestellungen auseinanderzusetzen und das Vorgegebene kritisch zu reflektieren – unabhängig von den thematischen Vorschriften einer Modulstruktur, die es nicht nur erschwert, sich zu spezialisieren, sondern darüberhinaus suggeriert, man habe die ganze praktische oder theoretische Philosophie mit dem Besuch zweier Seminare und dem Bestehen einer Modulabschlussprüfung abgehakt.

Auch die zunehmende Verdrängung von kritischer Wissenschaft betrachten wir besorgt. Das philosophische „Erbe“ der Frankfurter Universität – die Kritische Theorie – spielt im Studienangebot kaum eine Rolle, obwohl wir in einer Gesellschaft leben, die eine differenzierte Kritik bitter nötig hätte. Stattdessen wird es immer schwieriger, überhaupt Veranstaltungen zu finden, die nicht im Dienste analytischer Philosophie stehen und damit genau der Art von Formalismus Raum geben, der von der ersten Generation der Frankfurter Schule so entschieden abgelehnt wurde. Kritische Theorie in Frankfurt ist heute

nur noch dem Namen nach kritisch. Axel Honneths Theorie – weltweit als würdige Weiterführung der Frankfurter Schule gefeiert – verabschiedet sich vollständig von der radikalen Kritik Adornos und Horkheimers, und gehört „zu denen, die keinen Zweifel daran lassen wollen, daß die geschichtsphilosophischen und soziologischen Grundannahmen der Frankfurter Schule heute nicht länger zu verteidigen sind“ (Zitat aus: Rekonstruktive Gesellschaftskritik unter genealogischem Vorbehalt). Entsprechend „sozialdemokratisch“ gibt sich seine Kritik: Dass etwas grundlegend falsch läuft, dass die kapitalistische Gesellschaft das „Unwahre“ sei, dem nur mit Widerstand zu begegnen ist, davon wollen weder Honneth noch das Exzellenzcluster, das auch gerne behauptet, kritische Gesellschaftstheorie zu betreiben, nichts mehr wissen.

Ein weiterer Schritt weg vom kritischen Erbe der Frankfurter Philosophie besteht in der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Bachelorstudiengangs. So wurde etwa auf Druck einzelner Hochschullehrer der Fachrichtung Logik ein unverhältnismäßig großer Platz eingeräumt – zu Lasten der praktischen Philosophie. Natürlich – wer würde es bestreiten, dass es einfacher ist, sich in Formeln zu flüchten und die Widerspruchsfreiheit als oberstes Ziel zu proklamieren, statt anzuerkennen, dass Widersprüche etwas Reales sind, dem wir uns in unserem Denken auseinandersetzen müssen.

Wir wenden uns gegen diese Entwicklungen und betrachten sie besorgt, weil wir das Philosophiestudium als eine Möglichkeit verstehen, das eigene Denken zu entwickeln und mit ihm die Fähigkeit, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen. Wir sind davon überzeugt, dass angesichts der bestehenden Studienbedingungen in Frankfurt ein sinnvolles Philosophiestudium fast unmöglich geworden ist. Hierzu bedürfte es vor allem eines selbstbestimmten Studiums, in welchen es den Studierenden endlich offen stünde, sich den von ihnen gewählten Themen hinreichend zuzuwenden und ihnen zudem Zeit und Raum zur kritischen Reflexion bliebe. Denn eine solche ist die Voraussetzung dafür, die Verhältnisse nicht hinzunehmen wie sie sind. Deshalb fordern wir mit Nachdruck die Reduzierung der Prüfungsleistungen,

eine angemessene Bewertung des Arbeitsaufwandes und eine Befreiung von engen Modulstrukturen.

Um dem Mangel an kritischer Wissenschaft und selbstbestimmtem Lernen zu begegnen, hat es die Institutsgruppe nach mehreren Anläufen endlich geschafft, Autonome Tutorien in der Philosophie einzuführen. Diesem Vorschlag wurde von Seiten der Lehrenden überwiegend mit Ablehnung begegnet. Nur ein Kompromiss mit der Hälfte der geforderten Stellen und einer Dauer von einem Jahr wurde angenommen und nur zwei der Professor_innen stimmten für unseren Vorschlag – die anderen konnten keine Notwendigkeit autonomer Veranstaltungen erkennen. Sie machten deutlich, dass sie den Studierenden nicht zutrauen, selbstorganisiert und ohne Kontrolle von Seiten des Instituts Inhalte vermitteln zu können. In der Bezahlung der Tutor_innen sahen sie nichts als eine Verschwendung von Steuergeldern. Wir sind sehr schockiert von den Vorurteilen, die viele Lehrende gegenüber Studierenden zu hegen scheinen und fühlen uns nicht ernstgenommen.

Wir rufen die Studierenden dazu auf, sich die nötige Zeit und den nötigen ein Raum zu nehmen für ein Philosophiestudium, das sich dieses Namens nicht schämen muss!

Norma Schneider

für die Institutsgruppe Philosophie

Wenn ihr in der Institutsgruppe mitarbeiten wollt oder Fragen habt, wendet euch an: institutsgruppephilosophie@hotmail.de

anonymes Feedback zu Lehrenden/ Lehrveranstaltungen könnt ihr an folgende Adresse senden: feedback-philosophie@hotmail.de

im Sommersemester werden am Institut für Philosophie folgende Autonome Tutorien angeboten:

Recht und Rechtfertigung in den frühen Schriften des jungen Hegel
Blanchots Gespräche mit Nietzsche und Hegel
Jacques Derrida - Dekonstruktion als Kritik
Lektürekurs „Das Kapital“
Einführung in die Kritische Theorie Adornos
Lenin - Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik

78 JAHRE RASSENHYGIENE AN DER UNI FRANKFURT

Am ersten April 1935 wurde die Uni Frankfurt um ein Institut erweitert: Das Frankfurter Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene. Seit der Gründung bis 1942 war Ottmar Freiherr von Verschuer Direktor des Instituts und gleichzeitig Professor an der medizinischen Fakultät. Das neue Institut, das bis 1945 bestand, zog in die Gartenstraße 140 (Sachsenhausen). Von Verschuer wurden im sog. „Haus der Volksgesundheit“ über 58 städtische Räume zur Verfügung gestellt. Durch die Einrichtung wurden schon in den ersten Jahren hunderttausende Menschen „erbbiologisch“ erfasst. Sie war außerdem an der Durchführung von Zwangssterilisationen beteiligt und leistete im „dritten Reich“ einen wichtigen Beitrag zur rassenanthropologischen Erforschung der Sinti und Roma. Frankfurt hoffte darauf, durch dieses „Modellinstitut“ als Wissenschaftsstandort an Bedeutung zu gewinnen und reichsweit erwartete man eine fortschreitende wissenschaftliche Untermauerung der nationalsozialistischen Rassenideologie.

Die Rolle des Instituts – „an der erbbiologischen Gesundung des Volkskörpers mitwirken“.

In der Eröffnungsrede am 19. Juni 1935 beschrieb Prof. Pfuhl, Dekan der Medizinischen Fakultät, den Auftrag des Instituts folgendermaßen: (es gelte) „liberalisierte Vorurteile zu beseitigen, so das angebliche Recht des Einzelnen auf seinen Körper“. In der Festansprache von Verschuers hieß es: „Der Führer des Deutschen Reiches ist der erste Staatsmann, der die Erkenntnisse der Erbbiologie und Rassenhygiene zu einem leitenden Prinzip in der Staatsführung gemacht hat. (...) Ob wir das Gebäude unserer Wissenschaft durch Forschungsarbeit erweitern und ausgestalten, ob wir den Studenten Wissen und Erfahrung auf ihren Lebensweg mitgeben, ob wir an der erbbiologischen Gesundung des Volkskörpers mitwirken, immer dienen wir dem Leben unseres Volkes“. Die drei Glieder des Instituts, wissenschaftliche Forschung, akademischer Unterricht und erbärztliche Praxis, die von Verschuer schon in seiner Festansprache umrissen hat, waren eng miteinander verknüpft. Es war von Anbeginn Ziel des Instituts, die nationalsozialistische Ideologie

nicht nur durch Forschung und Lehre zu untermauern, sondern auch aktiv an der Verfolgungspraxis gegen Behinderte und „Rassen“, die die „Erbgesundheit des Volkes“ angeblich zu schädigen drohten, teilzunehmen, das Recht der Einzelnen auf ihren Körper im Interesse der „nordischen Rasse“ zu durchbrechen. Dass Wissenschaft und Machtapparat beim Aufbau eines Verfolgungssystems Hand in Hand zusammenwirkten, sollte auch hier offenkundig werden. Freiherr von Verschuer wollte die gesellschaftliche Anwendung der Wissenschaft vorantreiben. Er stellte den Zusammenhang zwischen theoretischer „Rassenforschung“ und Praxis der nationalsozialistischen „Rassenpolitik“ her. Seine Forschungsergebnisse sollten zur Legitimation von Nazi-Verbrechen dienen. Nutznießer staatlicher Machenschaften wurde er zum Beispiel durch die Möglichkeit der Durchführung von Experimenten, die erst durch die Entrechtung und polizeiliche Konzentration von Menschen gegeben war. Nach dem Motto „der Nationalsozialismus ist angewandte Biologie“ sollte das Institut am „Aufbau einer biologisierten Gesellschaft“ (Robert J. Lifton) mitwirken. Das erste Großprojekt des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene war eine „erbbiologische Bestandsaufnahme“ in der Schwalm (nordhessische Niederungslandschaft). Binnen 3 Jahren wurden 80 Prozent der über 6 Jährigen in der dortigen „alteingesessenen Bevölkerung“ medizinisch-anthropologisch erfasst. Von Verschuer - ein „rechtsradikaler Sozialdarwinist“, der sich auch dem Rassenkampf verpflichtet fühlte.

Der „rechtsradikale Sozialdarwinist“ (Lilli Segal) von Verschuer, der zuvor Abteilungsleiter der Abteilung Menschliche Erblehre am Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, Menschliche Erblehre und Eugenik gewesen war und 1942 auch dessen Direktor wurde, sah seinen Schwerpunkt zwar nicht in der Rassenanthropologie sondern in der Erbbiologie. Dass der eigentliche Forschungs- und Tätigkeitsschwerpunkt des Instituts die „Erbgesundheit des deutschen Volkes“, d.h. die „Rassenpflege von innen“ war, hielt die „Wissenschaftler“ jedoch nicht davon ab, sich auch mit den angeblich einzigen im Reichsgebiet

vertretenen „Fremdrassen“ der „Zigeuner“ und „Juden“ intensiv auseinanderzusetzen, deren Verfolgung „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen zu suchen und auch selbst zu praktizieren. Besonders ersteren galt deshalb eine gesonderte Aufmerksamkeit, da ihnen, wie Stein in seiner Doktorarbeit festhielt, eine rassisch immanente Geisteskrankheit innewohne, die dann die „Erbgesundheit“ des „deutschen Volkes“ zu gefährden drohe, wenn es zu einer genetischen Vermischung komme. Mindestens das Interesse an den Sinti und Roma also, die gleichzeitig als „artfremd“ und „minderwertig“ galten, stellte die Schnittmenge von Rassenanthropologie und -Hygiene dar. Unter von Verschuers Leitung wurden aus dieser Motivation heraus wichtige Beiträge zur „wissenschaftlichen“ Legitimierung der Zigeunerverfolgung geleistet. Insgesamt ist sein Institut in erstaunlichem Maße an rassenanthropologisch motivierten Verfolgungsmaßnahmen beteiligt gewesen. Der Hauptinhalt der „Rassenpolitik“ sollte laut ihm die „Judenfrage“ sein, da die Juden im Vergleich zu den Sinti und Roma zahlenmäßig weit stärker vertreten, in der Regel besser assimiliert waren und in der Bevölkerung eine prominentere Stellung innehatten. Als Gutachter bei „Rassenschandeverfahren“ urteilte der „Erbarzt“ von Verschuer stets zu Ungunsten potenziell jüdischer Angeklagter. Die Haltung des Freiherrn zur Massenvernichtung und sein Beitrag zu ihrer wissenschaftlichen Legitimation sind umstritten. Bekannt ist, dass er vehement „eine neue Gesamtlösung des Judenproblems“ (1941) forderte, da Assimilierung, Ghettoisierung und Emanzipation der Juden gescheitert seien. Das Institut setzte sich aus drei Elementen zusammen - „wissenschaftliche Forschung, erbärztliche Praxis und akademischer Unterricht“

Neben seinen Forschungs- und Lehrstellen verfügte das Institut auch über eine „amtsärztliche Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege“ in der „Eheberatungen mit rassenhygienischer Maßgabe“ für Frankfurt-Süd vom „Erbarzt“ (von Verschuer) persönlich durchgeführt wurden. Damit übernahm das Institut eine Teilfunktion des Gesundheitsamtes. „Ehetauglichkeitszeugnisse“ verweigerte er nicht nur Paaren mit „Erbleiden“ sondern auch nach Gutdünken „rassischen Mischpaaren“ und beteiligte sich so an der Durchsetzung von Eheverboten. Sinti und Roma bekamen prinzipiell aus rassischen Gründen Ehetauglichkeitszeugnisse

verweigert. Letztendlich untersuchte er jährlich bis zu 1000 Paare, die keineswegs nur aus Frankfurt stammten. Auch hat von Verschuer „Begutachtungen zur Unfruchtbarmachung“ gemacht und in der Folge Zwangssterilisationen angeordnet und durchgeführt. Er ist bekannt für seinen Einsatz für Zwangssterilisationen bei Sinti und Roma aus rassenhygienischen Gründen, obwohl es hierfür keine gesetzlichen Grundlagen gab. Zwar durften seit Inkrafttreten des „Erbgesundheitsgesetzes“ 1934 Menschen ohne deren Einwilligung künstlich unfruchtbar gemacht werden. Doch war auch dies eigentlich nur aus erbpathologischen, nicht aber aus rassistischen Gründen vorgesehen. Prof. Heinrich Wilhelm Kranz behielt den antizyganistischen Kurs seines Vorgängers bei.

Verschuer wechselte 1942 als Leiter an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, Menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin. Sein Nachfolger Prof. Heinrich Wilhelm Kranz behielt den antizyganistischen Kurs seines Vorgängers bei. „Die Zigeunerfrage erfordere“, so meinte Kranz, „bevölkerungs- und rassenpolitische praktische Folgerungen“. Der wohl berühmteste Sohn des Frankfurter „Musterinstituts“ war Josef Mengele. Er lernte und promovierte hier und erlangte traurige Berühmtheit durch seine Medizinverbrechen im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Das Universitätsinstitut hat einen enormen Beitrag zur Entrechtung und Entmenschlichung v.a. von Behinderten und Sinti und Roma in Theorie und Praxis während des „dritten Reiches“ geleistet. Auch kann das ehemalige Institut Modell stehen für die prekäre Situation der Wissenschaft, deren Instrumente im Kontext der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vollkommen usurpiert und zur Rechtfertigung und Etablierung der nationalsozialistischen Weltanschauung missbraucht wurden.

Robin Sutter

Erläuterungen

Otmar Freiherr von Verschuer, Prof. Dr. med. (1896-1969) – der „Erbarzt“. Humangenetiker und führender Rassenhygieniker während der NS-Zeit. Sein Spezialgebiet: Zwillingsforschung, Erbpathologie, Zwangssterilisierungen. Ab 1935 bis 1942 ist er Direktor des neu

gegründeten Instituts für Rassenhygiene und Doktor an der medizinischen Fakultät der Uni Frankfurt. Er ist Doktorvater von Josef Mengele und Gerhart Stein und Herausgeber der nationalsozialistischen Zeitungsbeigabe „Der Erbarzt“. 1942 wird er Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, Menschliche Erblehre und Eugenik, in dem er früher schon einmal gearbeitet hatte. Nach dem Krieg wird er rasch rehabilitiert und kann bis 1958 ungehindert rassenbiologische Ideen verbreiten.

Josef Mengele, Dr. phil. u. Dr. med. (1911-1979). Ab 1937 Mitarbeiter am Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt. Er promoviert 1938 bei Verschuer. Ab 1943 bis 1944 ist er leitender Lagerarzt im Zigeunerlager Auschwitz, dann im sogenannten „Häftlingskrankenbungalow“. Dort zeigt er sich gnadenlos und führt menschenverachtende medizinische Experimente, deren wissenschaftlicher Nutznießer von Verschuer wird, durch und überwacht die Vergasung der Häftlinge. Mengele soll beispielsweise bei einer „Wasserkrebs“-Epidemie im Sommer 1943 mehrere tausend gesunde Kinder mit Absicht infiziert und bereits erkrankte getötet haben, um Krankheitsverlauf und -Bild zu erforschen. „Wasserkrebs“ (Noma) ist eine opportunistische schwere bakteriell verursachte Krankheit, deren Verlauf durch Mundfäule und Blutvergiftung in der Regel im Tod endet. Mengele ist vor allem auch bekannt für seine Zwillingsforschung, Augenforschung, Experimente an Kleinwüchsigen und Menschen mit Missbildungen und Bluttests. Tausendfachen Mord und menschliche Qualen nahm er in der Hoffnung auf wissenschaftliche Erkenntnisse stets in Kauf. Zu Kriegsende gelingt dem Lagerarzt die Flucht. Er stirbt im Alter von 68 Jahren in Brasilien.

Gerhart Stein (1910-1971).

Der von Verschuer-Schüler erhält 1937 sein medizinisches Staatsexamen in Frankfurt. Er ist der Inbegriff der Symbiose von „Wissenschaft“ („Rassenkunde“) und dem staatlichen Machtapparat („Rassenpolitik“). Er profitiert von der polizeilichen Konzentration seiner Forschungsobjekte (KZ-Häftlinge) und erstellt für die Politik wiederum konkrete Konzepte für die Verfolgung von Sinti und Roma wozu er stets den Kontakt zu staatlichen Kriminalpolizeibehörden suchte. Seit 1938 ist er Mitarbeiter des Instituts und promoviert bei von Verschuer.

Seine Dissertation „Zur Psychologie und Anthropologie der Zigeuner in Deutschland“, in der er Sinti und Roma eine rassistisch-genetisch bedingte „Kriminalität und Asozialität“ vorwirft, ist wissenschaftlich nicht fundiert und wird gespeist aus jahrhundertealten Vorurteilen.

Erbbiologie. In diesem Zusammenhang Synonym für Humangenetik. Erforschung des menschlichen Erbguts.

Rassenhygiene. = Eugenik.

Die genetische Gesundheit einer als „Volk“ oder „Rasse“ definierten Gruppe ist ihr Forschungsgegenstand und Ziel. Die Feindbilder in der Rassenhygiene sind nicht fremde Rassen, sondern Erbleiden v.a. innerhalb der Rasse. Da aber beispielsweise Sinti und Roma in den Augen von Nationalsozialisten als rassistisch bedingt geisteskrank galten, waren auch sie Feindbild der Rassenhygieniker und Opfer der realgeschichtlichen Pendants der Rassenhygiene, wie den Zwangssterilisationen, und dem „Euthanasie-Programm“-Massenmorden an „lebensunwerten“ Menschen. Gesetzliche Bestimmungen wie das „Erbgesundheitsgesetz“ von 1935 im NS-Staat waren rassenhygienisch motiviert.

Rassenanthropologie.

Die medizinische Teildisziplin entstand in den 20ern und wurde „Orientierungswissenschaft“ im NS-Staat. In der Rassenanthropologie wird keine Unterscheidung in „erbkrank“ und „erbggesund“ vorgenommen wie bei der Rassenhygiene. Sie hat zum Ziel graduell den Wert verschiedener als „Rassen“ bezeichneter Menschengruppen zu ermitteln. Ihr Bestreben ist, die Vermischung „höherwertiger Rassen“ mit „artfremden“ Gruppen unterbinden. Die Disziplin schaffte die „rassenkundliche“ Begründung für die Genozide an Sinti und Roma wie Juden. Gesetzliche Bestimmungen wie das „Blutschutzgesetz“ von 1935 im NS-Staat waren rassenanthropologisch motiviert. Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau (1941-1945). Größtes nationalsozialistisches Vernichtungslager. Mehr als 1,1 Million Menschen wurden hier vernichtet (hauptsächlich vergast). Befreiung durch die Rote Armee am 27. Januar 1945. „Zigeunerlager Auschwitz“ (1943-1944). Abschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Hier wurden vor allem Roma konzentriert. Nur gut jede achte Person überlebte. Zwei Drittel der fast 20.000 Todesopfer starben an Mangelernährung oder krankheitsbedingt. Mehr als 5600 wurden vergast. Auch zu nennen seien die Opfer der Medizinverbrechen. Die Gewaltverbrechen in Auschwitz gegen ihr Volk bezeichnen die

NIE WIEDER RECHTSEXTREMISMUS!

Die antiextremistische Linie von Schwarz-Gelb zeigt die Gefahren des Extremismusansatzes, wie auch die politischen Folgen einer verkürzten Kritik daran. Staatliche Programme gegen »Rechtsextremismus« setzen erfolgreicher Intervention gegen Neonazi-Strukturen und -Ideologieelemente seit jeher Grenzen. Unabhängige Antifapolitik und Gesellschaftskritik können sie nicht ersetzen.

Antinaziarbeit in Zeiten des Hufeisens
Die Ankündigungen, die Förderung gegen sogenannten Rechtsextremismus neu zu konzipieren und dabei voll auf den Extremismusansatz zu setzen, sorgen für Protest in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Viele fürchten um den Bestand von staatlich finanzierter Arbeit gegen Neonazis und für deren Opfer. Zusammen mit dem politisch und medial angeheizten Diskurs um eine angebliche »linksextremistische Gefahr« ist die Verschlechterung für Legitimation und Handlungsspielräume von geförderter sowie unabhängiger antifaschistischer Arbeit tatsächlich nicht von der Hand zu weisen. Gleichzeitig drängt der Staat in die politische Bildungsarbeit, zieht ehemals zivilgesellschaftlich besetzte Bereiche an sich und versucht die Definitionshoheit über »das Problem« zu erlangen. Sicherheitsbehörden bieten mit Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung Weiterbildungen zu Totalitarismustheorie und »Extremismus« jeglicher Couleur an. Der Verfassungsschutz NRW vertreibt dazu passend massenhaft »Andi«-Comics in denen Antifaschismus und Kapitalismuskritik auf den Begriff der Gewalt reduziert werden. In Bayern wurde die »Bayrische Informationsstelle gegen Extremismus« gegründet, die Bürgertelefon, Bildungs-, Beratungs- sowie Vernetzungsstelle für Behörden, Kommunen, Schulen und Zivilgesellschaft sein soll. Aufgaben, die klassischen Tätigkeitsbereichen von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder deren professionalisierten Varianten, z.B. den Mobilen Beratungsteams, entsprechen, werden künftig Behörden übernehmen – die Stelle ist im Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt. Die Gefahren der Verstaatlichung zivilgesellschaftlicher Aufgaben im Kampf gegen Neonazis liegen auf der Hand: Staatliche Sicherheitsbehörden

sind an Informationsbeschaffung und Strafverfolgung interessiert. Unabhängige Interessenvertretung für Betroffene von Neonazigewalt oder Diskriminierung sind sie nicht. Denn ihre Problemanalyse folgt der Extremismusformel, die Neonazistrukturen und Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie als »Rechtsextremismus« – als Problem gesellschaftlicher Ränder, von Jugendlichen und von Gewalt thematisiert und repressive, ordnungsrechtliche Lösungen präferiert. Eine Definition des politischen Normalitätsbereichs und der davon abweichenden Ränder bleibt die Extremismusformel schuldig. Mit Symbolen wie dem Hufeisen, dessen Ränder sich annähern, wird suggeriert »Links-« und »Rechtsextremist_innen« würden sich politisch und ideologisch annähern und bekämpften gemeinsam eine demokratische Mitte. Die Entscheidung über »Mitte« und »Rand«, also die Bestimmung dessen, was als »demokratisch« akzeptiert wird, liegt im Zweifel beim Verfassungs- und Staatsschutz und deren assoziiertem Wissenschaftsapparat. Ruhe, Ordnung, Gesetzestreue und das formale Bekenntnis zum Verfassungsstaat werden so zu Maßgaben des politischen Akzeptanzbereichs. Die Elemente nationalsozialistischer Ideologie zum Randgruppenphänomen zu erklären, heißt gleichzeitig, deren Verbindung zur deutschen Normalität zu leugnen. Die »demokratische Mitte« versichert sich so ihrer moralischen Legitimität. Wer diese Legitimation in Frage stellt und Kritik übt z.B. an institutionellem Rassismus, antisemitischen Projektionen, Heterosexismus oder autoritärem Staatsverständnis, läuft Gefahr, als »linksextrem« konstruiert und damit selbst aus dem Bereich des politisch Normalen ausgeschlossen zu werden. In Bayern wurde zuletzt die »Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München« auf Weisung des Innenministeriums aus dem »Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus« ausgeschlossen, nachdem sie der Verfassungsschutz begründungslos als »linksextremistische Organisation« aufgelistet hatte. Wenn staatliche Förderung künftig von einer Verfassungsschutzüberprüfung abhängig gemacht werden sollte, kann das viele Initiativen treffen.

Kein Grund zur Nostalgie

Zu oft fällt bei den aktuellen Debatten

unter den Tisch, dass der Extremismusbegriff sich nicht erst mit Ministerin Schröder/Köhler in die Programme geschlichen hat. Seine Logik bestimmte schon zu Zeiten des staatlichen Antifasommers die Förderpolitik. Kritische Stimmen hatten es immer schwerer: Politische Anerkennung und finanzielle Unterstützung erhielten eher breite Bündnisse »Gegen Extremismus und Gewalt«, als Aktivitäten gegen rassistische Alltagsdiskriminierung in Behörden oder der lokalen Presse. Wer den Finger in die Wunde der Mehrheitsgesellschaft legt oder nach selbstverwalteten antifaschistischen Jugendzentren ruft, ist schnell raus. Der Opferberatungsstelle ABAD in Thüringen wurde schon zu Zeiten von CIVITAS die Förderung gestrichen, weil sie staatliche Migrationspolitik öffentlich anprangerte. Auch eine weitere Folge des Extremismusansatzes ist nicht neu: Er verstellt den realistischen Blick auf die politischen Zielvorstellungen der Neonazis. Wenn von »Rechtsextremismus« gesprochen wird, sind meistens NPD, Freie Kameradschaften, Autonome Nationalisten usw. gemeint. Diese zeichnen sich durch eine stringente nationalsozialistische Programmatik aus. Der Begriff »Rechtsextremismus« verwischt diese Kontinuitätslinie und stellt den (Neo-)Nazismus in erster Linie als Demokratiefeindschaft dar. Dabei sind völkische Kapitalismuskritik und ethnopluralistischer Rassismus mehr als das. Es sind aktuelle Antworten auf kapitalistische Krisenerscheinungen, die auch unter formalen »Demokrat_innen« auf Zustimmungen treffen. Gerade dieses gesellschaftliche Zustimmungspotential für Versatzstücke nationalsozialistischer Ideologie wird durch das formalistische Schema des Extremismusansatzes wegdefiniert.

Gegen jeden Extremismusbegriff
Mittlerweile ist die Extremismusformel in Wissenschaft und Zivilgesellschaft etabliert. Wer heute erfolgreich Mittel akquirieren will, muss sich an professionalisierten Strukturen messen lassen und das Antragsbusiness beherrschen. Antragsprache und Zielvorgaben haben sich in die Alltagssprache und Prioritätensetzungen eingeschlichen. Auch so geht Unabhängigkeit verloren. Ob kritische Wissenschaftler_innen, Mobile Beratungsteams oder auch Antifagruppen: Die meisten lehnen die Extremismusformel ab, arbeiten aber weiter in »Bündnissen gegen (Rechts-)Extremismus«. Allen offenen Briefe und Konferenzen zur Kritik an Förderpolitik und Extremismusbegriff zum Trotz, stellen sie

20 JAHRE KEIN ASYLRECHT - KEIN GRUND ZUM FEIERN

sich weiter als »Rechtsextremismusexpert_innen« vor oder betonen, dass »der Rechtsextremismus« ein grösseres Problem als »der Linksextremismus« sei. Damit reproduzieren sie die antiextremistische Logik und nehmen deren politische Konsequenzen billigend in Kauf. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung von Neonazis und deren Ideologie(elemente) bleibt die größtmögliche finanzielle und informelle Unabhängigkeit und die konsequente Thematisierung neonazistischer Ideologeme und deren struktureller Verankerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Letzteres ist ohne die konsequente Zurückweisung der Extremismusformel nicht zu haben. Das heißt, sich endlich von eingeschliffenen Begrifflichkeiten zu verabschieden. Und es gilt, sich nicht nur gegen die Neuausrichtung der Förderprogramme, sondern konsequent gegen den dahinter liegenden Gesamtansatz zu positionieren. Das bedeutet auch, Abhängigkeiten, die sich aus staatlicher Förderung ergeben, kritisch zu reflektieren und sich notfalls Fördervorgaben zu verweigern, die auf ein Antiextremismusbekennnis hinauslaufen. Das kann negative Auswirkungen auf die eigene Beratungsarbeit oder berufliche Karriere haben, aber auch positive, weil es zu einer (Re)politisierung führt. Weil die öffentliche Positionierung gegen den Extremismusansatz die eigene politische Marginalisierung, Kriminalisierung und das Ende der Förderung bedeuten kann, macht eine konsequente und politisch begründete Verweigerungshaltung nur Sinn, wenn sie im Bündnis unabhängiger Antifagruppen, kritischer Wissenschaftler_innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen geschieht: Es ist Zeit für einen konsequenten Abschied vom staatlich verordneten Antiextremismus und seinen Begrifflichkeiten.

Tilda Summer

Erstmalig erschienen in Antifaschistisches Info Blatt

„Bekackte Deutsche. Nichts hat sich verändert.“ (The Big Lebowski)

Seit Monaten verhandeln die Europäischen Mitgliedsstaaten über eine neue gemeinsame Asylpolitik. Die bisherige Zusammenarbeit ist derweil stark in die Kritik geraten. Ertrunkene Migrant_innen im Mittelmeer, von der EU finanzierte Abschiebelager in nordafrikanischen Staaten und tausende von obdachlosen sowie verarmten schutzbedürftigen Asylsuchenden prägen das Bild der Asylpolitik. Zudem ergehen immer häufiger Urteile von Gerichten – auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – die die rigide Abschiebepaxis der Europäischen Mitgliedsstaaten für unvereinbar mit den Menschenrechten erachten.

Die heutige Situation in Europa ist das Ergebnis vielfältiger Prozesse. Ein latenter Rassismus gegenüber schutzsuchenden Migrant_innen, eine rechtspopulistisch geprägte Debatte über Asyl, die Angst der europäischen Bürger_innen vor dem sozialen Abstieg und der Versuch seitens der EU-Staaten die Hoheit über ihre Grenzen aufrecht zu erhalten. In diesem komplexen Mosaik nimmt die Genese des Asylrechts in Deutschland jedoch eine besondere Rolle ein. Die faktische Abschaffung des Asylrechts in Deutschland vor 20 Jahren beeinflusste die Debatte über das europäische Asylsystem wesentlich.

Der alte Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz lautete noch: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Diese Norm war die direkte Reaktion auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, die Millionen von Menschen ermordet und ebenfalls Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat. Mit dem Grundgesetz sollte zumindest auf dem Papier der Anspruch der Bundesrepublik eingelöst werden, für alle aus politischen Gründen verfolgten Menschen einen sicheren Zufluchtsort zu schaffen. Die ebenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Vereinten Nationen verabschiedete

Genfer Flüchtlingskonvention stellte völkerrechtlich verbindlich fest, dass niemand in seinen/ihren Herkunftsstaat abgeschoben werden darf, wenn ihm/ihr dort unmenschliche oder erniedrigende Behandlung sowie die Todesstrafe droht.

Ein fauler Kompromiss

„Erinnerst du Dich noch an Rostock Lichtenhagen/Dort tobten echte Deutsche und das für mehrere Tage/ Danach war'n sie die Opfer und begannen laut zu flennen/Deshalb sag ich: Deutschland soll brennen.“ (Egotronic)

Das deutsche Asylrecht war insbesondere den konservativen Kräften ein Dorn im Auge. In praktisch jedem Bundestagswahlkampf wurde gegen das Asylrecht polemisiert, mit dem Argument die Mehrzahl der Asylbewerber_innen seien „Schein-Asylanten“, die nur wegen der finanziellen Perspektive nach Deutschland gekommen seien. Diese Position wurde auch von Teilen der Gewerkschaft und der SPD gestützt, die unter „Klassensolidarität“ oft nur die Solidarität mit den deutschen Arbeitnehmer_innen verstanden. Ab den 1980er Jahren verschärfte sich die Debatte in Deutschland zusehends. Die Boulevardpresse rund um die BILD-Zeitung und der SPIEGEL benutzten immer häufiger ausländerfeindliche Titelbilder, die „Das Boot ist voll“-Rhetorik der Presse ist bis heute ein immer wieder genutztes Argument. Zugleich schafften es Parteien wie ‚Die Republikaner‘ in diverse deutsche Landtage einzuziehen. Auch die Zahl rassistischer Straftaten stieg kontinuierlich. Nach der Wiedervereinigung kam es dann zu Pogromen gegen Migrant_innen. Am 17. September 1991 brannte unter dem lauten Applaus eines rassistischen Mobs das Asylbewerber_innenheim in Hoyerswerda. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Freiburg, Saarlouis, Thiendorf, Jüterborg, Hannover,

Antifaschistisches Info Blatt
Antifaschistisches Infoblatt
 Gneisenaustraße 2a
 10961 Berlin
 Einzelheft: 3,50 EUR
 Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
 Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)
 www.antifainfoblatt.de
 mail@antifainfoblatt.de
 facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
 twitter.com/Antifainfoblatt
 Refugees are welcome here?!
 Kostloses Probeexemplar

Weingarten, Hamburg, Münster – die Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen. Der Historiker Ulrich Herbert sprach davon, dass sich der „Terror gegen Ausländer auf ganz Deutschland ausgedehnt hatte.“ Es wäre eine Mär zu behaupten, die rassistischen Pogrome seien ein spezifisch ostdeutsches Phänomen gewesen. Im Osten wie im Westen Deutschlands wurden Migrant_innen mit und ohne deutschen Pass, Flüchtlinge und deren Familie angegriffen, verletzt oder sogar getötet. Den traurigen Höhepunkt stellte das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen Ende August 1992 dar. Das dortige Asylbewerber_innenheim wurde in Brand gesteckt, der über 1000 Menschen starke Mob vertrieb die Polizei von der Straße – die bis dahin recht teilnahmslos den Angriffen beigewohnt hatte. Angriffe auf Migrant_innen in weiteren deutschen Städten folgten.

Doch anstatt eine antirassistische Politik auf den Weg zu bringen und die Migrant_innen zu schützen, nutzte die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP den „Druck von der Straße“, um eine beispiellose inhaltliche Entleerung des Asylrechts durchzusetzen. Der Zugang zum politischen Asyl sollte stark eingeschränkt werden, hierfür bedurfte es jedoch einer 2/3-Mehrheit im Bundestag, um die Verfassungsänderung von Art. 16 GG durchzusetzen. Die FDP, bisher aus ihrer Tradition als Bürgerrechtspartei ein Gegner der Verfassungsänderung, schwenkte auf den Kurs der Unionsfraktion um. Bei der SPD waren es Hans-Ulrich Klose, Björn Engholm und Oskar Lafontaine, die mit der „Petersberger Wende“ das Grundrecht auf Asyl einschränken wollten. Die SPD-Fraktion im Bundestag folgte der neuen Ausrichtung. Am 26. Mai 1993 wurde mit 521 zu 132 Stimmen der neue Artikel 16 GG und Artikel 16a GG verabschiedet.

In Artikel 16a Abs. 1 GG hieß es zwar weiterhin „Politische Verfolgte genießen Asylrecht“. Dieses Recht schränkte Abs. 2 jedoch ein: „Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der

Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“ Dies bedeutet nun folgendes: alle Menschen, die aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder aus einem sogenannten „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreisen, dürfen in Deutschland keinen Asylantrag stellen und werden in die Länder, aus denen sie gekommen sind, zurückgeschoben. Das Bundesverfassungsgericht stützte die Verfassungsänderung in einer späteren Entscheidung und sprach vom Konzept der „Normativen Vergewisserung“. Demnach ist jeder Staat der EU per Gesetz ein sicherer Drittstaat und Deutschland habe es nicht zu bewerten, ob in diesem Land ausreichende Schutzmöglichkeiten für Asylbewerber_innen vorhanden sind. Da Deutschland zudem über keine relevanten europäischen Außengrenzen verfügt, ist es heutzutage praktisch unmöglich Deutschland zu erreichen ohne vorher einen ‚sicheren Drittstaat‘ zu durchqueren. Die Anerkennungquote in Deutschland für politisches Asyl sank rapide. Erhielten 1975 noch 22,2 Prozent der Asylantragssteller_innen Asyl nach Art. 16 GG – und dies stellte schon eine sehr niedrige Quote angesichts der Anzahl der Asylanträge dar - waren es im Jahr 2011 nur noch 1,5 Prozent. Das politische Asyl nach Art. 16a GG hat heute in Deutschland praktisch keine Bedeutung mehr. In der juristischen Praxis erhalten schutzsuchende Personen entweder über § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus oder nach § 60 Abs. 2-7 Aufenthaltsgesetz einen subsidiären Schutz vor Abschiebungen. Diese beiden Schutzmöglichkeiten sind in mancher Hinsicht dem Schutz von Art. 16a GG gleichgestellt, z.B. im Hinblick auf das Recht Familienangehörige nachziehen zu lassen, der Aufwand einen solchen Schutz vor Gericht zu erkämpfen ist indes mit mehr Zeit und Arbeit verbunden. Angesichts der prekären finanziellen Situation von Flüchtlingen und der nur unzureichenden Möglichkeiten Prozesskostenhilfe zu erhalten, ist der ehemals verfassungsrechtliche Anspruch an das politische Asyl unterlaufen.

Europa: Die Abschiebeunion

Die Drittstaatenregelung wurde später ‚europäisiert‘. In der Zeit der Rot-Grünen

Bundesregierung wurde auf der europäischen Ebene das sogenannte ‚Dublin-II-System‘ auf den Weg gebracht. Man orientierte sich hier an der deutschen Lösung und regelte für alle europäischen Staaten, dass Asylanträge nur in dem Staat gestellt werden können, in dem der_ die Asylantragsteller_in zuerst europäischen Boden betreten hat. Somit sind heutzutage Spanien, Italien, Griechenland und Ungarn als Staaten an den europäischen Außengrenzen für einen Hauptteil der Asylanträge verantwortlich. Die innereuropäischen Staaten, allen voran Deutschland, konnten sich über die EU von ihrer menschenrechtlichen Verantwortung praktisch befreien.

An Fluchtgründen mangelt es vielen Menschen derweil nicht. Hunger, Armut, Krieg und der Klimawandel zwingen viele Menschen ihre Heimat und Familie zu verlassen, um ein existenzsicherndes Auskommen zu erhalten. Staaten wie Italien und Griechenland waren dementsprechend schnell mit den vielen Asylanträgen überfordert und zusätzlich getrieben durch rechtspopulistische Bewegungen, die Europas Grenzen dicht machen wollen. Es kommt bis heute zu einer strukturellen Überlastung der italienischen und griechischen Asylsysteme, die sich mit der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise noch verstärkt. So war es folgerichtig, dass viele Verwaltungsgerichte in Deutschland und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem folgenreichen Urteil M.S.S. v. Griechenland und Belgien mit dem Konzept der Normativen Vergewisserung brachen und Abschiebungen verhinderten. Wenn, so der Tenor der Gerichtsverfahren, in europäischen Staaten kein menschenwürdiges Asylverfahren möglich ist, muss der Staat, in dem sich der_ die Asylsuchende gerade befindet, den Asylantrag annehmen. Seit einiger Zeit sind generell Abschiebungen nach Griechenland ausgesetzt, zu Italien gibt es immer mehr Urteile, die Abschiebungen verhindern. Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über Abschiebungen nach Griechenland und die Dublin-II-Verordnung im Oktober 2010 blieb folgenlos, da das deutsche Innenministerium eigenständig die Abschiebungen stoppte, um keine Generalabrechnung mit dem ‚Asylkompromiss‘ aus Karlsruhe zu riskieren. Dennoch ist nicht nur Dublin-II in die Krise geraten, sondern der deutsche Asylkompromiss

als Blaupause dieses menschenunwürdigen Systems. Die Reaktion der EU besteht nicht darin, die Asylsysteme zu verbessern. Wie bereits Anfang der 1990er Jahre beteiligen sich deutsche Politiker wie Innenminister Hans-Peter Friedrich an der Hetze gegen Migrant_innen und setzen ihr rhetorisches Programm auch in Politik um. So wird in der aktuellen Debatte um den Zuzug von Sinti und Roma die alte ‚Boot ist voll Rhetorik‘ wiederholt und die zumeist aus den Balkanstaaten stammenden Menschen per se als ‚Armutsfüchtlinge‘ verunglimpft – obschon die Sinti und Roma in vielen europäischen Staaten massiven Diskriminierungen und Pogromen ausgesetzt sind.

Die neue Strategie von Deutschland und der EU in der Asylpolitik ist auf zweierlei Art perfide: Erstens werden immer häufiger Abkommen mit nordafrikanischen Staaten geschlossen, die es ermöglichen Migrant_innen bereits bei ihrer Abfahrt im Mittelmeer abzufangen, sodass diese nicht mehr auf europäisches Territorium gelangen können. Ein besonders frappantes Beispiel hierfür war der italienisch-libysche Freundschaftsvertrag, mit dem sich Italien verpflichtete einige Milliarden Euro an das Gaddafi-Regime zu zahlen, worauf Libyen verstärkte Grenzkontrollen in seinen Hoheitsgewässern durchführte. Migrant_innen wurden somit, ohne ihren Fluchtgrund zu erörtern, sofort abgeschoben bzw. nicht einmal nach Europa gelassen. Zweitens ergibt sich aus den Dublin-II-Reformen keine grundsätzliche Abkehr von der Abschiebepolitik. Zukünftig werden insbesondere Menschen mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus und erfolgreichen Asylantrag Probleme bekommen. Denn die Situation in Italien und Griechenland bleibt weiterhin prekär, selbst mit einem Pass haben die Flüchtlinge dort keinen gesicherten Zugang zu Wohnraum, Arbeitsplätzen und medizinischer Versorgung. Wenn diese Menschen aus Perspektivlosigkeit in einen anderen europäischen Staat fliehen, werden sie von dort auch in Zukunft mit der Begründung abgeschoben, sie hätten ja bereits Schutz und Asyl erhalten. Das Europa der Hoffnungen ist für viele Menschen zu einem Europa des Alptraums geworden.

Antirassistische Perspektiven

„Europas Mauern werden fallen/An die Anemonen und Korallen/Wiederholte

Differenzen/Für Asyle ohne Grenzen“ (Tocotronic)

Im zwanzigsten Jahr nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts gibt es in Deutschland keinen Grund zum Feiern. Die unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen und die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zeigen, dass es in Deutschland weiterhin Terror von rechts gibt, das aber auch der Alltagsrassismus in der Bevölkerung und in der staatlichen Verwaltung virulent bleibt. Auf dieses doppelte Problem machten unlängst die Flüchtlinge selbst aufmerksam. Seit einem Jahr gibt es beständige Proteste von Flüchtlingen gegen die Residenzpflicht, gegen Abschiebeknäste und Abschiebungen. Mit Zeltcamps vor dem Brandenburger Tor und Demonstrationen durch das ganze Land machen sie auf ihr Anliegen aufmerksam und bekommen vielerorts den Polizeiknüppel zu spüren. Für antirassistische Gruppen und kritische Jurist_innennetzwerke könnten die Flüchtlingsproteste jedoch einen neuen Ansatzpunkt für Solidarität darstellen. Einerseits in der praktischen Unterstützung, mit Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und der direkten Hilfe für die Flüchtlinge in ihren Zeltcamps. Andererseits mit juristischen Beratungen in Abschiebeknästen, mit Klagen vor Gerichten auf soziale Leistungen und Flüchtlingsschutz. Die Debatte um das deutsche Asylrecht brachte nicht nur dessen Gegner auf die Bühne, auch Organisationen wie PRO ASYL, die Flüchtlingsräte und migrantische Selbstorganisationen gründeten sich rund um den Asylkompromiss.

Nicht zuletzt gilt es die Asylpolitik mit einer grundlegenden Kritik an Grenzen und der Armutssituation in Europa zu verknüpfen. Viele Flüchtlinge fliehen aus der Armut ihrer Heimatländer und landen in Europa in einem oftmals noch bittereren und zugleich rassistisch aufgeladenen Umfeld. In Deutschland hatte zuletzt das Bundesverfassungsgericht die Geldleistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze anheben lassen. Damit ist jedoch weder die Sondergesetzgebung für Migrant_innen im Sozialrecht verschwunden, noch garantieren die Hartz-IV-Sätze – für keinen Menschen in Deutschland – ein existenzsicherndes Leben. Die Ausweitung der Grenzkontrollen durch die EU wird zudem keinen Menschen von der Flucht abhalten. Die soziale Spaltung zwischen

dem Globalen Norden und Globalen Süden bleibt bestehen, solange werden Menschen aber für ein besseres Leben fliehen. Nicht die Migration ist das Problem, sondern die Ursachen, die sie hervorbringen.

Damit sich auch auf der europäischen Ebene etwas ändert, bleibt in Deutschland weiterhin die Aufgabe bestehen, das Vorbild für die menschenunwürdige Asylpolitik abzuschaffen: die Drittstaatenregelung und den Asylkompromiss insgesamt.

Ronja Bergmann studiert Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und ist aktiv im Arbeitskreis kritischer Jurist_innen.

Der Arbeitskreis kritischer Jurist_innen (akj) ist ein Zusammenschluss von Jura-Student_innen in Frankfurt am Main. Der akj setzt sich für ein kritisches Jurastudium ein, in dem eine Auseinandersetzung über das Recht als Herrschaftsverhältnis geführt wird. Zugleich organisiert der akj rechtspolitische Veranstaltungen (zuletzt zur juristischen Situation von Hausbesetzungen, Polizeigewalt und einer Kritik am Strafrecht) und beteiligt sich an der Anti-Repressionsarbeit im Rahmen von Demonstrationen. Bundesweit ist der akj Teil des Bundesarbeitskreises kritischer Juragruppen und Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Recht.

Mehr Infos: <http://akjffm.blogspot.de/>

VON DER FIKTIVEN BILDUNGSREPUBLIK UND DER UNTERFINANZIERTEN REALITÄT: EINE MEDIENKAMPAGNE ZUR FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

Im Gegensatz zu dem, was wissenschaftliche, dokumentierende Geschichtsschreibung hervorbringt, erwecken Erzählungen im Sinne einer story schnell den Verdacht, das Erzählte sei, auch wenn der/die Erzähler_in anderes beteuert, zumindest teilweise frei erfunden: eine Fiktion. Ganz ähnlich ist es mit dem Narrativ, das von (regierungs) politischer Seite zu den Themen Bildung und Bildungsfinanzierung unter der Überschrift der „Bildungsrepublik“ erzählt wird.

Angela Merkel rief die „Bildungsrepublik“ im Oktober 2008 auf dem Dresdner Bildungsgipfel aus. Die Erzählung dieser Republik ist schön: „Der Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen und nicht an finanziellen Hürden scheitern. Bildung ist ein Bürgerrecht.“ Überzeugende Lösungen für die Überwindung dieser Hindernisse gibt es allerdings nicht. Wie also soll Merkels Vision „Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle“¹ wahr werden? Bildung ohne angemessenes Wachstum der Bildungsfinanzierung, das ist die Realität, die seit Jahrzehnten keinen Platz im politischen Narrativ findet. Ende der 1970er wurde nach einer ersten Welle der Bildungsexpansion der Hochschulausbau aufgrund einer fragwürdigen demographischen Prognose zurückgehender Studierendenzahlen unterbrochen und stagnierte infolge des 1977 von Bund und Ländern getroffenen „Öffnungsbeschlusses“.² Die Unterfinanzierung wurde damals also politisch beschlossen. Heutige Beschlüsse, relativ mehr in Bildung zu investieren, sind in der realen Summe unzureichend, werden aber gleichzeitig als Erfolge herausgestellt.³ Das bedeutet, dass die Voraussetzungen, um das Narrativ der Bildungsrepublik zur Realität zu machen, nicht erfüllt sind – es bleibt eine Fiktion.

Konkret bedeutet das zum Beispiel, dass der hessische (Landes)Zuschuss pro Student_in zwischen 2009 und 2012 um mehr als 1000 Euro, das sind rund 11%, gesunken ist.⁴ Insgesamt ist das Hochschulbudget seit dem neuen Hochschulpakt 2011 um 34 Mio. Euro geringer, 70% davon trägt das Land. Anteilige 15% dieses Landes-Grundbudgets der Goethe-Universität wird

nach sogenannten „Erfolgsparametern“ mithilfe eines Punktesystems vergeben. Eine Frau z.B., die ihre Promotion in einem MINT-Fach5 abschließt, bringt der Uni 18000 Punkte. In Erfolgstaler umgerechnet sind das 12240 Euro.

Dass dieses System eigentlich eine Bereicherung ist, erzählt der Präsident der Goethe-Uni, Prof. Werner Müller-Esterl, gern. In einem Impulsreferat zur Idee einer Stiftungsuniversität, wie die Goethe-Uni sie seit 2008 wieder ist, berief er sich auf die Geschichte der Institution, die „von Anbeginn an zu 100% privat finanziert“ war, „von Bürgern für Bürger“. Ein wichtiger Schritt, um „im Humboldt'schen Sinne institutionell frei zu sein“, soll sein, den Anteil an Drittmitteln auf die Hälfte des Uni-Etats zu steigern, wobei z.B. Stiftungsprofessuren mit Partnern wie VW, der Telekom oder der DZ Bank eine entscheidende Rolle spielen.⁶

Wenn man überlegt, wer „die Bürger“ im Jahre 1914 waren und wer damals überhaupt eine Hochschulzulassung erhielt, lässt sich kritisch fragen, ob Müller-Esterls Pläne wirklich „zur gesellschaftlichen Öffnung“ führen, wie er kommentiert.⁷ So bekommt der Zusammenhang von Finanzierung und Bildungssystem noch einmal einen anderen Charakter.

In Hessen und im Bund ist also zu sehen, dass die Kluft zwischen der Fiktion der „Bildungsrepublik“ und der unterfinanzierten Wirklichkeit stetig größer wird. Im Bundestagswahlkampf 2013 stehen Bildung und ihre Finanzierung im Gegensatz zu den Klassikern Arbeit, Gesundheit, Rente weit unten auf der Prioritätenliste der Medien – solange nicht auch dieser Raum von uns wahrgenommen und besetzt wird. Proteste und Aktionen fanden bisher vor allem auf den Straßen statt. Diese Räume als Forum für Proteste zu nutzen ist wichtig. Aber es ist Zeit, sich auch im medialen Raum Gehör zu verschaffen.

Die Idee einer Medienkampagne zur Bundestagswahl 2013 ist es, eigene Analysen zur Misere des Bildungssystems selbst als Akteur_innen in die öffentliche Mediendebatte einzubringen. Nur so können wir die Deutungsmacht über unsere eigenen Themen behalten und Gegenarrative aufbauen. Die Forderung

einer angemessenen Finanzierung des gesamten Bildungssystems soll zentral sein. Damit wollen wir nicht behaupten, dass Geld alles ist, sondern darauf hinweisen, dass die Gewährleistung der materiellen Voraussetzungen ein erster Schritt ist, um den demokratischen Anspruch einer aktiven und gebildeten Bevölkerung zu legitimieren – ein Anspruch, der im Narrativ der Bildungsrepublik nicht auftaucht. Wir wollen niemandem sagen, wie seine oder ihre persönliche Bildung aussehen soll. Wir wollen das Spiel „Wahlkampf“ unterbrechen und daran erinnern, dass es um mehr geht als um Fiktionen, die niemand mehr hören will.

Mehr unter www.kampa2013.de.

Katia Backhaus



ENKLAVEN DER UNMITTELBARKEIT

EINIGE REFLEXIONEN ZUM VERHÄLTNISS VON GESCHICHTE, THEORIE UND PRAXIS

Ich möchte mich im Folgenden an das Problem und die Frage heran tasten, inwiefern tendenziell vor-bewusste Denkfiguren, Konzepte und Schemata das linke politische „Feld“ prägen und dadurch letztlich eher blockierend, als eröffnend oder befreiend wirken (der Begriff „die Linke“ wird hier in seiner allgemeinsten Bedeutung verwandt, nicht als normativer Begriff). Dies ist in dem Sinne gemeint, dass die fundamentalen Probleme, die einer potentiellen (marxistischen) Linken in dieser historischen Situation entgegen stehen, oft nicht mal angesprochen werden können, da sie hinter oft formalen oder irrelevanten Auseinandersetzungen verborgen bleiben - oder einfach „postmodern“ beiseite geschoben werden.

Die bekannte und vielzitierte Erkenntnis aus Marx' Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte in der es heißt, dass die Menschen zwar ihre eigene Geschichte machen, jedoch nicht aus freien Stücken, sondern unter ihnen überlieferten Umständen, sollte also auf radikale Weise auf die Linke selbst angewandt werden. Das Problem der Geschichte äußert sich für linke politische Theorie und Praxis also darin, dass die linke Tradition aller toten Geschlechter wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden lastet. Diese Aussage soll jedoch keineswegs bedeuten, dass „Traditionen“ per se schlecht sein müssen - im Gegenteil soll damit nur betont werden, dass die selbstkritische und historisch reflektierte Form des Bewusstseins in den Mittelpunkt gerückt werden muss. Dann kann sich sogar heraus stellen, dass die Tradition des revolutionären Marxismus und der Arbeiterbewegung in seiner Fragestellung und seiner Problematik neu bedacht werden muss - im Gegensatz zum scheinradikalen Gestus eines traditionslosen „Neuanfangs“.

Die Konzepte und Denkfiguren, die sich in unterschiedlichen historischen Phasen in das Unbewusste der Linken eingeschrieben haben, müssen als solche erkannt und kritisch reflektiert werden. Aber auch die vielen Versuche, die sich einer solchen Aufgabe einer kritischen Reflexion linker Geschichte widmeten, haben die Probleme

oft nicht gelöst, sondern meistens nur in einseitiger Weise auf diese reagiert, indem ihre „Kritik“ die Form einer Negativkopie annahm bzw. zu deren undialektischer Kehrseite wurde. An dieser Stelle könnte man wagen, von Formen der Verdinglichung in Theorie und Praxis zu sprechen oder -mit Hegel- von bloßem „Standpunkt-Denken“, das sich einer historischen und politischen Erfahrung verwehrt, indem die Probleme und Widersprüche bürgerlicher Gesellschaft und der revolutionären Versuche, diese zu überwinden, nicht ernst genommen oder völlig ignoriert werden. Unter den vielen Bedeutungen des Begriffs und der Methode von „Dialektik“ steht sicherlich an zentraler Stelle das Moment des Aushaltens und Erkennens von historisch-politischen Widersprüchen - im Gegensatz zu dem harmonischen Glattbügeln der Antagonismen, wie das in Kulturindustrie und Ideologie geschieht oder der einseitigen Identifikation mit der einen oder anderen Seite des Widerspruchs. Deshalb sollte Adornos Diktum ernst genommen werden, das sinngemäß besagt, dass viele nur über den Dingen stehen, weil sie nicht in den Dingen sind. Genauso verhält es sich oft mit der Geschichte (des Marxismus) und der Eitelkeit der Nachgeborenen.

In Anlehnung an die Essays „Resignation“ und „Marginalien zu Theorie und Praxis“ von Theodor W. Adorno, möchte ich einen Teil dieser Problematik mit dem sehr treffenden Ausdruck „Enklaven der Unmittelbarkeit“ oder der „Pseudo-Unmittelbarkeit“ bezeichnen und die Frage aufwerfen, was Adorno meinen könnte, wenn er vom Anarchismus als der „Rückkehr eines Gespenstes“ spricht. Die dort formulierte Kritik trifft - so meine These - nicht nur die Tendenzen seiner Zeit (1969), sondern lebt weiter und trifft heute vielleicht mehr denn je zu. Das Aufkommen der „Occupy!“-Bewegung wäre hier ein, aber nicht das einzige Beispiel. In aller Allgemeinheit und thesenhafter Form, will ich den Versuch unternehmen, aufzuzeigen, was es mit diesem „Gespenst“ (Adorno) oder mit diesem „Alp“ (Marx) innerhalb linker Theorie und Praxis auf sich haben könnte.

„Widerstand“ als kulturell überformte Praxis

Jenseits der Verklärung bestehender Staatsgebilde, hängt das Problem mit dem Konzept des „Widerstands“ auch und vor allem mit allseits verbreiteten und geläufigen linken Konzepten zusammen, die sich beispielsweise um Begriffe wie „Freiraum“, „alternative Lebensformen“, „Alltag“, „freie Kultur“, „Spontanität“, „Kreativität“, „Gegenentwurf“ etc. drehen.

Hier wird die Logik des Widerstands nicht auf Nationalstaaten projiziert, sondern auf Räume und Gegen-Räume oder Logiken und Gegen-Logiken: Dem Raum und der Logik des Kapitalismus wird ein im hier-und-jetzt bereits bestehender Raum und eine „alternative“ Logik entgegen gesetzt, in der es sich angeblich „frei“, ohne Repression und Autorität leben lässt. Viele linke Gruppen und (Wohn-) Gemeinschaften teilen diese Auffassung der kleinen, oftmals „anti-autoritär“ konnotierten Utopie im „Hier und Jetzt“. Das Bewusstsein von Geschichte schrumpft dadurch zur unmittelbaren Gegenwart zusammen. Der Horizont der politischen Phantasie bleibt dabei oft beschränkt, da die (erkämpften und besetzten) Räume selbst zum Endzweck erhoben werden; diese „Räume“ nehmen den Charakter einer eingebildeten „Enklave der Unmittelbarkeit“ an und werden politisch gesehen zum Rückfall in die abstrakte Utopie. Der Endzweck bzw. die gesamt-gesellschaftliche Utopie als politische und ethische Leitidee wird entweder aufgegeben oder als bereits realisiert angesehen. Hier scheint nicht mal „die Bewegung alles zu sein“ (E. Bernstein) wie zur Zeit des Revisionismusstreits in der Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts, als die Idee und Notwendigkeit einer Utopie und Revolution den „positiven Fakten“ geopfert wurde. Selbst wenn solch eine Kritik akzeptiert wird, neigen viele „Linke“ oft dazu, sich aus der Theorie-Praxis-Problematik heraus zu reden und die eigene Praxis mit dem Argument zu rationalisieren, dass die vielen kleinen „Freiräume“ als notwendige Bedingung und Möglichkeit verstanden werden müssen, um den großen Übergang d.h. die Revolution in die freie Gesellschaft herbei zu führen. Das heißt, dass selbst in den Fällen, in denen die häuslich eingerichtete „Enklave“ bewusst als bloßes Mittel zum Endzweck allgemein-menschlicher

Emanzipation betrachtet wird, man dazu neigt, diesem Mittel verhältnismäßig viel zu viel, manchmal sogar immense Bedeutung zuzuschreiben und es dadurch selbst in seinem Status als „Mittel“ zu fetischisieren. Das verbissene Festhalten an eingeschliffener Praxis kann schnell zum „there is no alternative“ werden. Manche Denkfiguren neigen zur Verdinglichung d.h. zum Erfahrungsverlust und enden in der Sackgasse bzw. in der Frustration, die entweder depolitisiert wirken kann oder im schlimmeren Fall einen „individuellen Rechtsruck“ verursacht - wie die 68er-Bewegung in vielen Fällen bewiesen hat.

Insofern wäre eine kritische Reflexion auf die historische Genese dieser Konzepte und der damit zusammenhängenden Vorstellungen (d.h. vor allem auf die 68er-Bewegung) vonnöten, um die blinden Flecke und Einseitigkeiten von „Freiraum“ oder „Gegenraum“-Konzepten in all ihrer Vielfalt und ihren Symbiosen zu thematisieren. Erst dann kann die nicht-reflektierte politische Form dieser Versuche bewusst gemacht werden, sodass eine fundamentale Neuorientierung linker Praxis möglich wird, die auch den unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen, sowohl der politisch Aktiven, als auch der politisch zu Adressierenden, gerecht wird. Dann könnte endlich die grundlegende Frage gestellt werden, wie die vielfältigen existenziellen Sorgen der Menschen im Kapitalismus auf einer allgemeineren Basis artikuliert und in Richtung humanistischer Emanzipation politisiert werden können. Dies wäre die essentielle Frage von Theorie und Praxis als einem dialektischen Spannungsverhältnis, das auf die gegenwärtige Not der historischen Situation reflektiert und die Frage von potentiell revolutionärer Politik aufwirft. Die Denkfigur, dass man eine „Gegenwelt“ innerhalb der bestehenden Welt aufbauen kann (und dadurch „Risse“ erzeugt), die dann sukzessive an Macht gewinnt durch quantitatives Wachstum, ähnelt in gewisser Weise der revisionistischen Denkfigur eines Eduard Bernstein und dient letztlich der Entpolitisierung großer Teile der Bevölkerung, indem grundlegende Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft der Tendenz nach kulturalisiert werden, also beispielsweise auf das Individuum und dessen „Authentizität“ und „Identität“ verlagert werden. Im Grunde handelt es sich hier um jenen sehr verschlungenen und sich selbst unklaren „Neoanarchismus“, auf

den Adorno Bezug nimmt, wenn er von dem Anarchismus als „Rückkehr eines Gespenstes“ spricht.

Die allgegenwärtige Gefahr besteht darin, dass sich eben jene „Enklaven der Unmittelbarkeit“ bilden, wodurch die Frage nach einer der gegenwärtigen historisch-politischen Lage angemessenen „richtigen“ Praxis verstellt wird. Pointiert ausgedrückt: Die Gefahr der Abschließung des Denkens gibt es (offensichtlicher Weise) im Stalinismus, aber auch in einer auf das Selbst fixierten neoanarchistischen Praxis, die „Authentizität“, „Ausdruck“ und „Widerstand“ zu ihrem Habitus deklariert - selbst wenn dabei der gute alte Marx symbolisch mitgetragen wird. Diese neoanarchistische Praxis muss sogar als historische Reaktion auf den Stalinismus verstanden werden d.h. als „Negativkopie“, die all die Werte und Prinzipien in den Mittelpunkt erhebt, die im Stalinismus offensichtlich komplett unterdrückt und zerstört wurden, nämlich „Individualität“ und „Spontanität“. Es geht hier natürlich nicht um eine schlechte Gleichsetzung, sondern um den historischen Zusammenhang, der sich in der 68er-Bewegung und den folgenden Jahrzehnten in seinen unterschiedlichen, oft „pathologischen“ Extrempositionen manifestiert hat.

In einer Zeit, in der revolutionäre Praxis aufgrund des historischen Scheiterns verstellt erscheint, gibt es nichts Schlimmeres als das Einrichten in dieser Situation. Dies gilt auch und gerade für die Linke, die selten gewillt ist, die eigene Theorie und Praxis selbstkritisch und ohne narzisstische Neigung zu beurteilen. Wenn Adorno schon sagte, dass die Möglichkeit einer Revolution zu Marx' Zeiten eine gegen den Trend war, dann gilt das für Heute vielfach potenziert. Es ist an der Zeit, dass die Linke sich grundlegende Fragen neu stellt und den Mut fasst, aus dem Habitus, der das linke Feld prägt, heraus zu brechen. Um W.Benjamin zu paraphrasieren: Es gibt nichts, was die Linke in dem Maße korrumpiert hätte, wie die Vorstellung, sie schwimme mit dem Strom. In der Linken äußert sich dieser Strom gegenwärtig vor allem in den Grundformen eines „neoanarchistischen Aktivismus“ und eines universitär geprägten „Akademismus“ - als zwei Seiten einer Medaille.

Nicolas Schliessler

LEBEN UND STUDIEREN AM FACHBEREICH ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN

Schon immer waren die Erziehungswissenschaften in Frankfurt am Main „in Bewegung“. Heute im Frühjahr 2013 haben wir den Campus Bockenheim in Richtung Westend verlassen. Viele der Beteiligten erleben das mit ambivalenten Gefühlen. Manches am „alten“ Campus hatte Symbolwert, war zu einem – wenngleich widersprüchlichen – Zeichen für eine Zeit und eine Bewegung geworden. Dies gilt nicht nur für die alten und etwas angestaubt wirkenden, gleichwohl aber traditionsreichen Lehrsäle im (bald ehemaligen) Hauptgebäude der Goethe-Universität. In höherem Maße noch steht das jedoch für den AfE-Turm, dem Hochhaus, das noch seinen Namen der „Abteilung für Erziehungswissenschaften“ verdankt, bevor es den entsprechenden Fachbereich überhaupt gegeben hat. Erst seit Mitte der neunziger Jahre sind alle Institute des Fachbereichs Erziehungswissenschaften an diesem Campus angesiedelt und doch waren seit dem Bau des Turms – dem „wir“ immerhin den Namen gegeben haben – nahezu alle Pädagogik-Studierenden irgendwann im Laufe ihrer akademischen Laufbahn dort. Dem alten Campus „einen Tribut zu zollen“, die Erinnerung an ihn zu erhalten, die kritische Perspektive des Fachbereichs 04 zumindest zu dokumentieren, vielleicht und hoffentlich auch fortzuführen, dazu will ein im April 2013 erscheinender Sammelband einen kleinen Beitrag leisten. Die Texte darin stammen sowohl von Lehrenden wie auch Studierenden und nehmen höchstunterschiedliche Aspekte in den Blick: Sowohl ein kurzer geschichtlicher Abriss zum „alten“ Campus wie auch dem Fachbereich Erziehungswissenschaften, als auch den analysierenden Blick von Studierenden auf ihre Studienbedingungen an diesem Ort wurden hier aufgenommen. In anderen Beiträgen wird sich kritisch mit der finanziellen Ausstattung am Fachbereich auseinander gesetzt, ebenso finden sich darin Aufsätze, die mit Hilfe von Fotografie als Mittel qualitativer Forschung die Studienbedingungen dort in den Blick nehmen.

Dieses Buch will einerseits verschiedene Perspektiven auf diesen Campus Bockenheim und hier vor allem auf „den Turm“ werfen, der immer polarisierte: Im Baustil des sogenannten Brutalismus

Anfang der Siebziger Jahre mit 117 Metern als seiner Zeit in Frankfurt höchstes Hochhaus erbaut, erschien er vielen Kritikern als unschön oder gar hässlich, als unangemessen hinsichtlich der räumlichen Gegebenheiten geplant und bald sogar als baufällig, zumindest jedoch als zunehmend sanierungsbedürftig. Früh fanden sich bereits Graffitis an den Wänden, er wurde als schmutzig und für die akademische Lehre als unwürdig geschmäht. Für Andere war „der Turm“ ein wichtiges Objekt der Identifikation mit ihrem Studium, ihrem Fachbereich und seiner in Jahrzehnten überwiegend ausgeprägt kritischen Perspektive. Probleme gab es gleichwohl genug (und zwar nicht nur mit der kritischen Perspektive), von den oft defekten Aufzügen bis hin zu mutwilligen Zerstörungen. In den Anfangsjahren protestierten der AStA und die Lehrenden zunächst gegen das „Paukersilo“ und später dafür.

Der Sammelband will eine Art gemeinsamen Schlussstrich der Studierenden wie der Lehrenden unter „unsere Zeit in Bockenheim“ ziehen, wo neben Studium, Verwaltung und Lehre vieles möglich war. Nach unserer Ansicht stellt dies eine der besten Eigenschaften des Fachbereichs Erziehungswissenschaften dar: alle Menschen, seien es Studierende, administrative Mitarbeiter_innen oder Lehrende, leb(t)en auch dort am Fachbereich Erziehungswissenschaften! Und sie haben von jeher eine besondere Form des Miteinander gefunden...

Buchhinweis:

Günter Burkart / Nikolaus Meyer (Hrsg.): Leben und Studieren am Fachbereich Erziehungswissenschaften. Abschied vom Campus Bockenheim, Frankfurt am Main 2013

Günter Burkart und Nikolaus Meyer



PROSA

Es gibt sie, diese Momente die so voll sind, dass man das Gefühl hat platzen zu müssen.

Diese Momente, so voll, dass man das Gefühl hat nie glücklicher sein werden zu können, als in diesem Moment.

Ich habe ihn meist morgens, wenn ich zufrieden und müde nach Hause laufe. Vorbei an den Gleisen, das Klackern einer Dose, das Zischen – kurz-, gelegentliches Scherzen mit dem Menschen der einen begleitet und auf einmal ist er da: dieser Augenblick an dem ich schreien möchte, mein Glück in die Welt hinaus und in mich hinein, und dir entgegen..

Diese Momente, in denen ich erkenne dass ich glücklich bin, weil ich gerade einen schönen Moment (er)lebe, im Wissen um die Unwiederholbarkeit und die Einzigartigkeit, in dem Wissen um die Unbedingtheit und des Glückes das damit einher geht.. Nichts bereuen. Diese Momente in denen ich mir ein Mischpult für mein Herz wünsche, weil ich glaube Menschen dann eher diesem Moment nahe bringen zu können. Momente, die ich niederschreiben muss um sie zu begreifen, von denen ich wieder und wieder erzählen will, um sie zu fassen.

Augenblicke die Kraft geben, die zurück auf den Boden der Tatsachen holen...

Es sind Momente. klein. voll. still. Aber sie machen es aus. Sie sind es die Kraft geben, die sind es die Glück bedeuten und erst durch sie bekommt alles andere einen Sinn.

Das sind sie. Momente. klein. voll. still. Aber sie machen es aus. Sie sind es die Kraft geben, sie sind es die Glück bedeuten und erst durch sie schaff ich es hin und wieder einen Stop einzulegen und bewusst zu genießen. Erst durch sie bekommt alles einen Sinn. Kein Leben in rosarot, viel eher der Weg durch einen Platzregen mit einem großen, wasserfesten Müllsack.

Diese Momente sind meine Haltestellen im Schnellzug durch das Leben. Ich nutze sie um auszusteigen, mir das Glück aus dem Hals und der Welt entgegen zu schreien. Um zu reden. Um zu schreiben. Um zu leben. Und irgendwo am Straßenrand stehe ich dann und finde mich und Dich, und vielleicht auch uns und euch- wie zufällig.

ADRESSEN

ASTA

Allgemeiner Studierendenenausschuss der Universität Frankfurt am Main

<http://www.asta-frankfurt.de>
Studierendenhaus, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-23181, Fax: 069 7020-39
E-Mail: info@asta.uni-frankfurt.de

Sekretariat

info@asta.uni-frankfurt.de
Regine Nicoleit (Studierendenhaus: Raum B2)
Telefon: 069 798-23181, Fax: 069 7020-39
Montag bis Freitag: 9:30 Uhr – 13:00 Uhr
Montag bis Donnerstag: 13:30 Uhr – 15:00 Uhr

ASTA-Sozialberatung

soziales@asta.uni-frankfurt.de
Mo 13:00 Uhr – 15:30 Uhr
Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B7
Mo 12:00 Uhr – 14:00 Uhr
Do + Fr 10:00 Uhr – 12:00 Uhr
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk (Trinkhalle)

ASTA-Rechts- und BAFöG-Hilfe

Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B7
Montag: 10:15 Uhr – 11:00 Uhr
Dienstag: 8:00 Uhr – 8:45 Uhr
Donnerstag: 17:45 Uhr – 8:30 Uhr
Freitag: 15:30 Uhr – 16:15 Uhr
IG-Farben Campus, AStA-Kiosk (Trinkhalle)
Mittwoch: 9:15 Uhr – 10:00 Uhr

Studienbedingungen

studienbedingungen@asta.uni-frankfurt.de
Termine auf Anfrage

ASTA-Projekt-/Kulturförderungsberatung

Campus Bockenheim, Studierendenhaus: Raum B4
Montag: 16:00 Uhr – 17:00 Uhr

Autonomes Ausländer_innenreferat

www.auslaenderinnenreferat.info

Autonomes FrauenLesben-Referat

<http://aflr.blogspot.de>

Autonomes Schwulenreferat

<http://www.frankfurter-schwule.de>

Autonomes Behindertenreferat

ibs@em.uni-frankfurt.de

ASTA-Vorstand

Daniel Katzenmaier, David Malcharczyk
vorstand@asta.uni-frankfurt.de

SONSTIGE

Studien-Service-Center Frankfurt am Main

Bockenheimer Landstr. 133, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-7980
ssc@uni-frankfurt.de

Studentenwerk Frankfurt am Main

Bockenheimer Landstr. 133, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-2301
<http://www.studentenwerkfrankfurt.de/>

AK Recht Uni Frankfurt am Main

c/o AStA Uni Frankfurt am Main
Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt
Telefon: 069 798-28095
akrechtunifrankfurt@yahoo.de
www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com
Dienstag: 21.00 Uhr – 22.30 Uhr
EA begleitend zu den Protestaktionen

STUDENTISCHE INITIATIVEN UND CAFÉS

Pupille e.V. - Kino in der Uni

Programm: www.pupille.org
Jeweils um 20:30 Uhr, Eintritt 2,50 €
Campus Bockenheim, Festsaal über dem KoZ

IG-Farben-Campus

Campus Trinkhalle am IG Farben (AStA-Kiosk)
Café Anna Blume IG 0.155
Philo-Café IG 2.451
Fachschaftscafé Jura & WiWi RuW 1.127
TuCa (finde einen neuen Raum für das TuCa!)

Campus Bockenheim

Café KOZ (Studierendenhaus)

FH-Campus

Café Profitratte Gleimstraße 2
Café Kurzschluss Kleiststraße 5 (Rotes Haus)
Neues Café Friedberger Landstraße (Gebäude 1)

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz

Kettenhofweg 130
60325 Frankfurt
www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!»

im ehemaligen Polizeigefängnis «Klapperfeld»
Klapperfeldstraße 5
60313 Frankfurt
www.faitesvotrejeu.tk
Zur Geschichte des ehemaligen Gefängnisses:
www.klapperfeld.de

Café ExZess

Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt
www.cafe-exzess.tk

AU

In der Au 14-16
60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org